



WORTPROTOKOLL

**der 13. Sitzung der
XX. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

Donnerstag, 26. Mai 2011

10.11 Uhr - 15.51 Uhr

Tagesordnung

1. *Fragestunde*
2. *Wahl eines vom Land Burgenland zu entsendenden Ersatzmitgliedes des Bundesrates*
3. *Selbständiger Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Günter Kovacs, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „3-2-1-Regelung beim Pickerl für Mopeds und Motorräder“*
4. *Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Verwendung der Landes-Fördermittel für burgenländische Kindergärten auch für Einrichtungsgegenstände*
5. *Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmen zur Förderung von Hackschnitzelanlagen im Burgenland*
6. *Selbständiger Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Beseitigung der ehemaligen Grenzübergänge im Burgenland*

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 1506)

Nachruf des Landtagspräsidenten Gerhard Steier für den verstorbenen NRAbg. a.D., LAbg. a.D. HR Matthias Achs (S. 1504)

Verabschiedung des Landtagsdirektor-Stellvertreters w.HR Dr. Anton Hombauer (S. 1505)

Wahl von Franz Stefan Hautzinger zum Ersatzmitglied des Burgenlandes im Bundesrat (S. 1534)

Fragestunde:

Anfrage Nr. 42 des Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl betreffend die Entwicklung des Feuerwehrwesens im Burgenland

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (S. 1509)

Zusatzfragen: Ing. Rudolf Strommer (S. 1510 u. S. 1510), Mag. Thomas Steiner (S. 1511), Gerhard Kovasits (S. 1512), Ewald Schneckner (S. 1512), Manfred Kölly (S. 1513) und Michel Reimon, MBA (S. 1514)

Anfrage Nr. 41 des Abgeordneten Manfred Kölly an Landesrätin Mag. Michaela Resetar betreffend Präsentation der Kernstrategie 2015

Beantwortung der Anfrage: Landesrätin Mag. Michaela Resetar (S. 1514)

Zusatzfragen: Manfred Kölly (S. 1516 u. S. 1517), Ing. Rudolf Strommer (S. 1517) und Gerhard Kovasits (S. 1518)

Anfrage Nr. 44 des Abgeordneten Christoph Wolf an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl, wie die Informationsarbeit des Jugendreferates konkret gestaltet wird

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (S. 1519)

Zusatzfragen: Christoph Wolf (S. 1519 u. S. 1520), Johann Tschürtz (S. 1521), Mario Trinkl (S. 1521) und Christian Sagartz, BA (S. 1522)

Anfrage Nr. 45 des Abgeordneten Mag. Werner Gradwohl an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl betreffend Projekte der burgenländischen Kommunen im Bereich der Energieeffizienz

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (S. 1523)

Zusatzfragen: Mag. Werner Gradwohl (S. 1523 u. S. 1524), Gerhard Kovasits (S. 1525), Manfred Köllly (S. 1525) und Erich Trummer (S. 1526)

Anfrage Nr. 49 des Abgeordneten Johann Tschürtz an Landeshauptmann Hans Niessl betreffend Reform der Landesverfassung

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmann Hans Niessl (S. 1527)

Zusatzfragen: Johann Tschürtz (S. 1528 u. S. 1529), Michel Reimon, MBA (S. 1530), Mag. Kurt Maczek (S. 1531) und Ilse Benkö (S. 1532)

Verhandlungen

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Verhinderung einer europäischen Transferunion (Zahl 20 - 137) (Beilage 228)

Begründung der Dringlichkeit (S. 1584)

Redner: Johann Tschürtz (S. 1584), Michel Reimon, MBA (S. 1587), Kurt Lentsch (S. 1590), Christian Illedits (S. 1593), Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (S. 1598), Manfred Köllly (S. 1600), Robert Hergovich (S. 1605) und Landeshauptmann Hans Niessl (S. 1606)

Ablehnung des Dringlichkeitsantrages (S. 1609)

Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Günter Kovacs, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 213) betreffend „3-2-1-Regelung beim Pickerl für Mopeds und Motorräder“ (Zahl 20 - 129) (Beilage 218)

Berichterstatteerin: Klaudia Friedl (S. 1534)

Redner: Manfred Köllly (S. 1534), Michel Reimon, MBA (S. 1536), Gerhard Kovasits (S. 1537), Mag. Thomas Steiner (S. 1539) und Günter Kovacs (S. 1541)

Annahme des EntschlieÙungsantrages (S. 1543)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 214) betreffend Verwendung der Landes-Fördermittel für burgenländische Kindergärten auch für Einrichtungsgegenstände (Zahl 20 - 126) (Beilage 219)

Berichterstellerin: Edith Sack (S. 1544)

Redner: Manfred Kölly (S. 1544), Ilse Benkö (S. 1546), Leo Radakovits (S. 1548) und Edith Sack (S. 1553)

Annahme des EntschlieÙungsantrages (S. 1556)

Bericht und Abänderungsantrag des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 216) betreffend Maßnahmen zur Förderung von Hackschnitzelanlagen im Burgenland (Zahl 20 - 128) (Beilage 220)

Berichtersteller: Josef Loos (S. 1557)

Redner: Manfred Kölly (S. 1557), Michel Reimon, MBA (S. 1559), Gerhard Kovasits (S. 1560), Mag. Werner Gradwohl (S. 1563) und Josef Loos (S. 1567)

Annahme des EntschlieÙungsantrages (S. 1569)

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 215) betreffend Beseitigung der ehemaligen Grenzübergänge im Burgenland (Zahl 20 - 127) (Beilage 221)

Berichtersteller: Gerhard Pongracz (S. 1570)

Redner: Manfred Kölly (S. 1570), Michel Reimon, MBA (S. 1573 u. S. 1582), Johann Tschürtz (S. 1574), Ing. Rudolf Strommer (S. 1577) und Ewald Schneckner (S. 1580)

Annahme des EntschlieÙungsantrages (S. 1583)

Landesregierung

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 1506)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 11 Minuten

Präsident Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich er öff n e die 13. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 12. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Vor Beginn der Sitzung darf ich Sie ersuchen, dass wir uns von den Plätzen erheben und gemeinsam des gestern verstorbenen Nationalrates, Bundesrates, Landtagsabgeordneten und Bürgermeisters Hofrat Matthias Achs gedenken. *(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)*

Nachruf für den verstorbenen Nationalrat a.D. Hofrat Matthias Achs

Präsident Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit großer Bestürzung haben wir gestern erfahren müssen, dass das langjährige Mitglied des Österreichischen Nationalrates, des Bundesrates, des Burgenländischen Landtages, der langjährige Bürgermeister der Marktgemeinde Gols, Herr Hofrat Matthias Achs, im 72. Lebensjahr verstorben ist.

Hofrat Matthias Achs wurde am 6. Dezember 1939 in Gols geboren. Nach Absolvierung der Pflichtschule arbeitete er zunächst als Landwirt. Später trat er in den Polizeidienst ein, wo er auch die Beamten Matura nachholte.

Im Jahre 1972 begann seine politische Laufbahn als Gemeinderat der Marktgemeinde Gols. Bereits 1977 übernahm er die Funktion des Bürgermeisters. Dieses Amt bekleidete er bis zum Jahre 2006.

Am 6. Juli 1981 wurde er vom Burgenländischen Landtag zum Mitglied des Bundesrates gewählt. Am 1. Oktober 1985 wurde er als Mitglied des Burgenländischen Landtages angelobt, welchem er bis zum 12. Jänner 1989 angehörte.

Danach erfolgte sein Wechsel in den Nationalrat. Am 25. Jänner 1989 wurde er erstmals angelobt. Nach über 10 Jahren Tätigkeit im Österreichischen Nationalrat beendete er seine Funktion mit 29. Oktober 1999.

Hohes Haus! Matthias Achs war weit über die Grenzen unseres Heimatlandes bekannt und wurde allseits geschätzt. Im Jahre 2000 wurde ihm durch den Herrn Bundespräsidenten der Berufstitel Hofrat verliehen.

Auch das Land Burgenland würdigte seine Arbeit. In einer feierlichen Zeremonie wurde ihm das Komturkreuz des Landes verliehen. Matthias Achs war aber nicht nur politisch sehr engagiert, wenn man zum Beispiel an den Burgenländischen Zivilschutzverband denkt, stößt man automatisch auf Matthias Achs, der diesen Verband jahrelang als Präsident führte.

Oder, wenn man an das Golser Volksfest denkt, so ist automatisch Matthias Achs als Begründer und als Autorität im Blickpunkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann heute mit Stolz sagen, dass Mathias Achs zu jener Generation von Politikern gehörte, die maßgeblich am Aufbau unseres Heimatlandes mitgewirkt haben. Er hat für Gols, für das Burgenland, für Österreich und seine Menschen wertvollste Arbeit geleistet.

In diesen Stunden der Trauer gehört unsere ganze Anteilnahme seiner Familie, seiner Gattin und seinen Kindern.

Namens des Burgenländischen Landtages sagen wir Hofrat Mathias Achs an dieser Stelle ein schlichtes Dankeschön.

Wir wollen ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Herzlichen Dank. *(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)*

Verabschiedung von Herrn Landesamtsdirektor-Stellvertreter Hofrat Mag. Dr. Anton Hombauer

Präsident Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dieser sehr traurigen Angelegenheit darf ich jetzt im Übergang vor Eingang in die Sitzung eine, ich möchte es nicht als Angelegenheit, sondern als eine herzensbezogene Geschichte umsetzen, nämlich, die Verabschiedung eines Mannes, der langatmig im Dienst des Amtes der Burgenländischen Landesregierung gestanden ist, eigentlich noch immer steht, aber heute auf Geheiß zum letzten Mal dieser Sitzung des Burgenländischen Landtages beiwohnt.

Es handelt sich um Hofrat Mag. Dr. Anton Hombauer, der als Landesamtsdirektor-Stellvertreter heute, wie bereits gesagt, dieser Sitzung dankenswerter Weise noch einmal beiwohnt und den wir gemeinsam heute auch in seiner Funktion verabschieden wollen.

Ich darf kurz auf seinen Lebenslauf eingehen und ihn als Person skizzieren. Er wurde am 20.02.1949 in der Gemeinde Wulkaprodersdorf geboren und ist stolzer Vater einer Tochter. Seine Gattin ist leider verstorben.

Von 1955 bis 1959 besuchte er die Volksschule in Eisenstadt, von 1959 bis 1968 das Gymnasium in Eisenstadt.

Von 1968 bis 1969 leistete er den Präsenzdienst beim Österreichischen Bundesherr. Von 1969 bis 1975 studierte er an der Universität Wien Rechtswissenschaften. Von Juli 1974 bis 1975 absolvierte er sein Gerichtspraxisjahr im Bezirks- beziehungsweise Landesgericht in Eisenstadt.

Am 28.10.1975 wurde er in den Landesamtsdienst aufgenommen und trat als rechtskundiger Verwaltungsdienstbeamter der Landesamtsdirektion bei.

In der kurzen Skizzierung, lieber Anton, im Verhältnis jetzt auf deine ganzen Stationen darf ich folgendes anführen:

Von April 1976 Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See, 1977 Versetzung zur Abteilung 5/I - Agrarwesen, 1978 Ablegung der Dienstprüfung für den rechtskundigen Verwaltungsdienst, Verwendung im Magistrat der Freistadt Rust.

Als nächste Station: Dienstantritt in der Abteilung 5/I, wieder Naturschutz, Abteilung 4, Abteilung 3 - Finanzen - Stellvertreter des Abteilungsvorstandes, Kontrollamtsvorstand Stellvertreter durch den Landeskrollausschuss, Nominierung in den Unabhängigen Verwaltungssenat 1997.

Dann, Amtsdirektor des Landesschulrates für Burgenland, Leitung Innerer Dienst.

Rückversetzung in die Abteilung 5 und Ernennung zum Vorstand der Abteilung 5.

Betrauung der Funktion des Landesamtsdirektor-Stellvertreters mit 01.04.2004 und Beförderung in die Dienstklasse IX.

Am 20.08.2008 absolvierte Anton Hombauer das 35-jährige Dienstjubiläum.

Im Grunde genommen ist er in seiner Amtsführung und in seiner Darstellung mit Sicherheit ihnen allen - und speziell auch der Bevölkerung des Burgenlandes - als eine

sehr gewichtige, aber auch sehr zielstrebige Autorität immer wieder bekannt, beziehungsweise auch entgegen getreten.

Ich freue mich, dass ich es erleben durfte, mit Dir gemeinsam hier Sitzungen abzuhalten, die immer im rechtskundigen Sinne auch den Zuspruch Deinerseits erfahren haben.

In meiner und unserer beider Volksgruppensprache wünsche ich Dir auch alles Liebe, alles Gute. Lipa hvala! Čestitam! Sve dobro! Čuda uspjeha!

Herzlichen Dank! Alles Gute! *(Der Präsident übergibt Landesamtsdirektor-Stellvertreter Hofrat Mag. Dr. Anton Hombauer ein Abschiedspräsent. - Allgemeiner Beifall)*

Präsident Gerhard Steier: Wir kommen nun zum normalen Fortlauf der heutigen Sitzung. Ich ersuche dafür die Frau Schriftführerin Andrea Gottweis um Verlesung des gegebenen Einlaufes.

Bitte Frau Abgeordnete. Sie sind am Wort.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführerin Andrea Gottweis: Einlauf für die 13. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Der Beschlussantrag, mit dem der Landesrechnungsabschluss 2010 genehmigt wird (Zahl 20 - 135) (Beilage 226);
2. Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über eine Weiterführung der stabilitätsorientierten Budgetpolitik (Österreichischer Stabilitätspakt 2011) zugestimmt wird (Zahl 20 - 136) (Beilage 227).

Weiters sind

ein Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kavasits auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Verhinderung einer europäischen Transferunion (Zahl 20 - 137) (Beilage 228);

selbständige Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Wolfgang Sodl, Mag. Werner Gradwohl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Verhinderung des Ausbaus des Atomkraftwerks in Jaslovske Bohunice (Slowakei) (Zahl 20 - 138) (Beilage 229);
2. der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Ing. Rudolf Strommer, Doris Prohaska, Christian Sagartz, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Erlassung des Gesetzes, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird (Zahl 20 - 139) (Beilage 230);
3. der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Doris Prohaska, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend eine rasche und umfassende Reform des Bildungssystems (Zahl 20 - 140) (Beilage 231),

sowie Prüfungsberichte vom Burgenländischen Landes-Rechnungshof

1. betreffend die Überprüfung des Rechnungsabschlusses 2009 des Landes Burgenland (Zahl 20 - 130) (Beilage 217), und

2. betreffend die Überprüfung der Landesamtsdirektion hinsichtlich ihrer (verfassungs-) rechtlichen Verpflichtungen (Zahl 20 - 134) (Beilage 225),

eingelangt.

Die Beantwortungen der schriftlichen Anfragen sind eingelangt.

1. des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (Zahl 20 - 121) betreffend Katastrophenschutz (Zahl 20 - 131) (Beilage 222);
2. der Landtagsabgeordneten Ilse Benkö an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (Zahl 20 - 122) betreffend Gesamtenergieverbrauch der Kurbad Tatzmannsdorf AG (Zahl 20 - 132) (Beilage 223);
3. des Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz an Landesrat Dr. Peter Rezar (Zahl 20 - 120) betreffend Pflegegeld (Zahl 20 - 133) (Beilage 224).

Weiters sind Petitionen des Jugend-Landtages vom 12. Mai 2011

1. betreffend die Verbesserungen von Bildungschancen für junge Menschen im Burgenland (E 9);
2. betreffend Verbesserung der Mobilität junger Menschen im Burgenland (E 10);
3. betreffend der Entlastung junger ArbeitnehmerInnen in Ausbildung befindlicher Jugendlicher (E 11) und
4. betreffend der Zukunftsstrategien für das Energieland Burgenland (E 12)

eingelangt.

Präsident Gerhard Steier: Herzlichen Dank Frau Abgeordnete.

Die Regierungsvorlage Zahl 20 - 135, Beilage 226, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 20 - 136, Beilage 227 und den selbständigen Antrag Zahl 20 - 139, Beilage 230, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 20 - 138, Beilage 229, weise ich dem Rechtsausschuss- und dem Unweltausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 20 - 140, Beilage 231, weise ich dem Rechtsausschuss,

die Prüfungsberichte des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes Zahl 20 - 130, Beilage 217 und Zahl 20 - 134, Beilage 225, weise ich dem Landeskontrollausschuss,

die Petitionen des Jugendlandtages E 9 bis E 12, weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die Beantwortungen von schriftlichen Anfragen Zahl 20 - 131, Beilage 222, Zahl 20 - 132, Beilage 223, und Zahl 20 - 133, Beilage 224, habe ich den Fragestellern und den Damen und Herren des Hohen Hauses übermittelt.

Die Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Verhinderung einer europäischen Transferunion Zahl 20 - 137, Beilage 228, erfolgt gemäß § 24 Abs. 3 und 6 GeOLT spätestens um 15:00 Uhr.

Ich gebe nun die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt:

1. Fragestunde;
2. Wahl eines vom Land Burgenland zu entsendenden Ersatzmitgliedes des Bundesrates;
3. Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Günter Kovacs, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 213) betreffend „3-2-1-Regelung beim Pickerl für Mopeds und Motorräder“ (Zahl 20 - 129) (Beilage 218);
4. Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 214) betreffend Verwendung der Landes-Fördermittel für burgenländische Kindergärten auch für Einrichtungsgegenstände (Zahl 20 - 126) (Beilage 219);
5. Bericht und Abänderungsantrag des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 216) betreffend Maßnahmen zur Förderung von Hackschnitzelanlagen im Burgenland (Zahl 20 - 128) (Beilage 220);
6. Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 215) betreffend Beseitigung der ehemaligen Grenzübergänge im Burgenland (Zahl 20 - 127) (Beilage 221).

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Fragestunde

Präsident Gerhard Steier: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - es ist 10 Uhr und 27 Minuten - mit dem Aufruf der Anfragen.

Die erste Anfrage ist von Herrn Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl gerichtet. Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Klubobmann Ing. Strommer um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter. Sie sind am Wort.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wie sehen Sie die Entwicklung des Feuerwehrwesens im Burgenland?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Am Wort ist von der Regierungsbank Mag. Franz Steindl als Landeshauptmann-Stellvertreter.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Vor knapp drei Wochen gab es österreichweit den Tag der Feuerwehr und um diesen Tag der Feuerwehr sehr viele

Veranstaltungen im Burgenland, wo auf das Feuerwehrwesen aufmerksam gemacht wurde.

Es ist dies eine Tradition, weil gerade das burgenländische Feuerwehrwesen in unserer Gesellschaft sehr stark vernetzt und verankert ist. Wir haben insgesamt 376 Feuerwehren in 171 Gemeinden. 319 Ortsfeuerwehren, 7 Betriebsfeuerwehren und alle auf freiwilliger Basis, die sehr professionell arbeiten, sich immer wieder vorbereiten und bei Einsätzen sehr rasch helfen können. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

2009 gab es die Hochwasserkatastrophe im Burgenland. Wenn man sich vor Augen führt, was da geleistet wurde seitens der Blaulichtorganisationen, seitens der Burgenländischen Feuerwehren. Es waren insgesamt 7.300 Mitglieder ständig im Einsatz, insgesamt 256 Feuerwehren und 36.000 Einsatzstunden.

Ja, da ging man schon mit der Freiwilligkeit an die Grenze ihrer Kapazität. Wenn nicht das Bundesheer gewesen wäre und andere Blaulichtorganisationen, hätten wir den vielen Menschen nicht helfen können.

Ich sehe als Verantwortlicher für das Burgenländische Feuerwehrwesen die Entwicklung der Feuerwehren aus drei Blickwinkeln. Nämlich, ich bin selber seit 1973 Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr, ich war auch Bürgermeister und somit der Chef der Feuerwehr in der Gemeinde und ich bin jetzt mehr als 10 Jahre Feuerwehrreferent in der Burgenländischen Landesregierung.

Alleine, wenn man sich die Entwicklung anschaut der letzten 10 Jahre, dann hat sich zum Beispiel der Mannschaftsstand von 15.000 Personen auf 16.500 um 10 Prozent erhöht.

Es sind insgesamt schon zirka 1.000 Frauen bei den Freiwilligen Feuerwehren, das ist großartig, das ist eine gute Entwicklung.

Wir haben auch bei der Jugend einen enormen Zulauf. Gab es 1.100 Jugendliche bei den Freiwilligen Feuerwehren vor 10 Jahren, so sind es jetzt mehr als 1.500.

Und wenn man sich die Einsätze anschaut: Vor 10 Jahren 4.000 Einsätze, jetzt über 6.500 Einsätze. Und diese Einsätze haben sich in Richtung technische Einsätze verlagert.

Wenn man sich diese 6.500 Einsätze vor Augen führt: 20 Prozent Brandeinsätze und 80 Prozent technische Einsätze. Das erfordert eine besondere Ausbildung und die wird auch in der Landesfeuerweherschule angeboten.

Aber nicht nur in der Landesfeuerweherschule sondern auch in den Bezirken vor Ort mit Grundkursen oder mit Funkkursen. Es gibt eine Palette, eine Vielzahl, an Kursangeboten.

Es gab im Vorjahr 128 Lehrgänge mit 3.300 Lehrgangsteilnehmern, die sich Urlaub nehmen, die versuchen sich in ihrer Freizeit weiter zu bilden. Und dafür möchte ich als Feuerwehrreferent den 16.500 Feuerwehrmitgliedern ein recht herzliches Dankeschön aussprechen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ja, seitens des Landes und des Bundes wurde viel investiert. Wir haben zum Beispiel in den letzten 10 Jahren 109 neue Feuerwehrhäuser gebaut. Es sind insgesamt 295 Einsatzfahrzeuge angeschafft worden.

Hier gibt es einen Finanzierungsschlüssel: Nämlich ein Drittel zahlt die Feuerwehr selbst, ein Drittel die Gemeinde und ein Drittel kommt vom Land. Wir haben insgesamt 25,4 Millionen Euro investiert, seitens Bund und Land über den Katastrophenfonds und

über die Bedarfszuweisungen der Gemeinden, und haben versucht, die Feuerwehren bestens auszustatten.

Das ist auch gelungen. Wir haben auch die Feuerweherschule modernisiert. Wir haben ein Kompetenzzentrum für Katastrophenschutz und Feuerwehrwesen gebaut, das Brandhaus eröffnet und die Landessicherheitszentrale installiert. Also alles in allem gab es in den letzten 10 Jahren eine hervorragende Entwicklung im burgenländischen Feuerwehrwesen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Strommer.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Meine erste Zusatzfrage, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben von einem erfreulichen Zulauf auch bei der Jugend zur Werte- und Gesinnungsgemeinschaft Feuerwehr berichtet. Damit die auch im Einsatz entsprechend koordiniert werden können, bedarf es einer Alarmierung und Kommunikation die auch zielgerichtet ist.

Ihrer Meinung nach: Welche Bedeutung haben Alarmierung und Kommunikation im Feuerwehrwesen?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Herr Abgeordneter! Eine ganz Wesentliche, wenn man bedenkt, dass die ersten Sekunden entscheidend sind. Die ersten Sekunden können Hab und Gut retten. Die ersten Sekunden können Leben retten. 95 Prozent der Einsätze werden von der erstausrückenden Feuerwehr vorgenommen.

Das bedeutet, wir haben ein gutes Netzwerk, wo wir sehr rasch und schnell an Ort und Stelle sind und helfen können.

Die Kommunikation hat eine besondere Bedeutung, weil es darum geht, dass man bereits auf dem Weg zum Einsatzort die Informationen bekommt, über Funk.

Das Funkwesen ist bestens ausgebaut, wir haben den analogen Funk und werden jetzt in den nächsten drei Jahren das burgenländische Feuerwehrwesen auf den digitalen Funk umstellen. Die Fördergelder stehen bereit.

Mit der neuen Landessicherheitszentrale, wo insgesamt rund 250 Einsätze pro Tag abgewickelt werden, haben wir gute Erfahrungen gemacht.

Es gibt hier eine gute Zusammenarbeit zwischen Feuerwehrwesen, Rettungsdienst und der Landesverwaltung und daher wollen wir natürlich im Bereich der Kommunikation auch in den nächsten Jahren Maßnahmen setzen, damit wir eben diese Kommunikation noch verbessern können. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ob ein Einsatz einer Organisation, einer Einsatzorganisation, wie es die Freiwillige Feuerwehr ist, auch entsprechend erfolgreich ist, ist davon abhängig, ob eine gute Vorbereitung getätigt ist.

Wir haben Katastrophenschutzpläne erstellt. Hier sind die Gemeinden in die Pflicht genommen worden.

Wie werden die burgenländischen Gemeinden, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, bei der Datenerfassung für die Erstellung der Katastrophenschutzpläne unterstützt?

Präsident Gerhard Steier: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe bereits im Jahr 2004 die Katastrophenschutzpläne der Gemeinden und der Bezirke digitalisieren lassen, auf ein modernes Intranet gestellt, wo die wichtigsten Daten seitens der Gemeinden oder seitens der Bezirke, dann des Landes, eingegeben werden.

Hier haben wir insgesamt 100.000 Euro aufgewendet. Mit 20.000 Euro pro Jahr versuchen wir hier die Instandhaltung dementsprechend zu finanzieren. Es sind insgesamt 10.000 Objekte eingegeben worden, 9.000 Personen.

Das ganze muss immer aktualisiert werden, das ist das Problem. Eingeben ist schnell passiert, aber dann die Pflege, die laufende Pflege. Hier haben wir bei einer Bezirkshauptleute-Konferenz Überlegungen angestellt, wie können wir die Gemeinden animieren, dass hier laufend diese Daten gewartet werden.

Wir haben mit Ende Mai glaube ich, eine erste Information zwischen Bezirksverwaltungsbehörden und der Gemeinden, also, wo zweimal im Jahr, diese Daten stichprobenartig überprüft werden. Alles in allem funktioniert aber das System.

Mein Bestreben ist es, nachdem jetzt die Gemeinden und die Bezirksverwaltungsbehörden damit arbeiten, dass auch die burgenländischen Feuerwehren noch besser als bisher mit eingebunden werden. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben es zu Beginn schon kurz erwähnt, vor wenigen Wochen wurde das neue Brandhaus eröffnet.

Wie wird sich dieses neue Brandhaus auf die Ausbildung der burgenländischen Feuerwehrmitglieder auswirken?

Präsident Gerhard Steier: Danke. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dieses Brandhaus wurde in Betrieb genommen. Es hat bei 2,8 Millionen Euro gekostet. 85 Prozent davon kommen über EU-Förderungen, über die so genannte territoriale Kooperation. Das bedeutet, es gibt hier eine Zusammenarbeit mit den ungarischen Feuerwehren.

Dieses Brandhaus dient dazu, dass man besonders gefährliche Situationen nachsimulieren kann, dass man hier gemeinsam versucht, auch zu überlegen, wie kann man sehr schnell Brände bekämpfen.

Das wird von den ungarischen Feuerwehren genauso jetzt in Anspruch genommen, und ist so ausgebaut, dass sogar Brandtemperaturen bis zu 600 Grad erreicht werden können, man kann also wirklich gefährliche Situationen hier simulieren.

Das dient vor allem dazu, dass es mehr Sicherheit bei den Feuerwehrleuten gibt. Denn wenn man das erproben kann, wenn man da ständig im Einsatz ist, dann hat man auch eine gewisse Routine.

Es gibt auch Leistungsbewerbe. Ich selber habe auch vor drei Jahren, glaube ich, einen Leistungsbewerb im „Schweren Atemschutz“, absolviert, und weiß, dass das sehr, sehr schwierig ist.

Also diese Investition ist eine gute, eine gut gelungene Investition in mehr Sicherheit des Burgenlandes. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine weitere Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Gerhard Kovasits.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Es ist von Seiten der EU geplant, eine EU-Feuerwehr einzurichten.

Was halten Sie davon?

Präsident Gerhard Steier: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! *(Abg. Johann Tschürtz: Es geht um Griechenland, weil die keine haben.)* Wir haben, Gott sei Dank, in Österreich ein Freiwilligennetz und auf dieses Freiwilligennetz sollten wir auch in Zukunft nicht verzichten.

Denn die Feuerwehren, gerade im Burgenland, und ich habe gesagt, jeder 17. Burgenländer ist Mitglied einer Freiwilligen Feuerwehr, es gibt Ortschaften, da ist jeder Vierte, jeder Dritte eigentlich Mitglied einer Freiwilligen Feuerwehr und die leisten Gewaltiges.

Nicht nur jetzt, wo es darum geht, mehr Sicherheit der Bevölkerung zu bieten, im Ernstfall da zu sein, sondern sie bringen sich auch gesellschaftspolitisch sehr ein. Die Feuerwehren in kleinen Gemeinden leisten im Bereich des Umweltschutzes, im Sozialbereich oder im Kulturbereich eine wichtige Aufgabe.

Daher halte ich an diesem freiwilligen System, an diesem dichten Netzwerk der Hilfsbereitschaft im Burgenland fest, und meine, dass wir eine derartige Überlegung seitens der Europäischen Union in Österreich auf jedem Fall nicht brauchen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine weitere Zusatzfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Ewald Schneckner.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Ewald Schneckner (SPÖ): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Kollege Kölly hat unlängst die Zusammenlegung von Feuerwehren angeregt.

Sie haben eine solche hier im Hohen Haus ebenfalls schon, wenn auch Ansatzweise, thematisiert.

Müssen sich die mehr als 16.500 freiwilligen Feuerwehrmitglieder des Burgenlandes, welche zugegebenermaßen eine hervorragende Arbeit für unser Heimatland leisten, jetzt fürchten, dass Sie als Feuerwehrreferent, in einer Allianz mit Kollegen Kölly, vielen *(Allgemeine Heiterkeit)* unserer kleinstrukturierten Feuerwehren die Lebensgrundlage entziehen?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter und Feuerwehrreferent.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben recht, ich habe eine Allianz, aber nicht mit dem Herrn

Abgeordneten Kölly, sondern (*Abg. Johann Tschürtz: Noch nicht. Das weiß man nicht.*) mit den 16.500 Feuerwehrmitgliedern (*Abg. Johann Tschürtz: Das weiß man nicht.*) und darauf bin ich stolz. (*Beifall bei der ÖVP*)

Sie können sicher sein, dass ich alles tun werde, um (*Abg. Ilse Benkö: Vielleicht nicht schriftlich. – Abg. Johann Tschürtz: Das weiß man nicht.*) das burgenländische Feuerwehrwesen auch in Zukunft zu unterstützen.

All das, was auf Freiwilligkeit aufgebaut ist, wie gesagt, ist ein dichtes Netzwerk. Wenn aber Feuerwehren oder Gemeinden überlegen, dass sie vielleicht da und dort freiwillig zusammenlegen, dann wird es von uns da keine Probleme geben, wenn das die Feuerwehren und die Gemeinden wollen.

Aber ich halte derzeit diese 326 Feuerwehren in den 171 Gemeinden als eine sinnvolle Einrichtung und wir werden auch in Zukunft nicht daran rütteln. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine weitere Zusatzfrage kommt vom Abgeordneten Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben es richtig gesagt, die Feuerwehren sind sehr wichtig für das Land und für die Gesellschaft, gar keine Diskussion.

Sie haben aber auch gesagt, wie das finanziert wird, die ganze Situation. Ein Drittel das Land, ein Drittel die Gemeinde, ein Drittel die Feuerwehr. Ich sage zwei Drittel wird von den Gemeinden bezahlt, denn die Feuerwehr gehört zur Gemeinde. Das wissen Sie genauso wie ich.

Ich muss aber eines feststellen, dass die Gemeinden schlussendlich finanzielle Probleme haben, alle Gemeinden 171 zwar nicht, aber doch sehr viele, und daher denke ich auch an einen Synergie-Effekt, wo können wir Sparmaßnahmen treffen, mit Synergie-Effekten zusammenarbeiten.

Sie, als zuständiger Referent und Wirtschaftsfachmann und auch Vertreter in der Landesregierung, denke ich, sollten sich Gedanken machen dürfen, wo können wir wirklich zusammenarbeiten und Einsparungsmaßnahmen treffen? Wo?

Präsident Gerhard Steier: Die Frage ist auf Einsparungsmaßnahmen. (*Abg. Manfred Kölly: Wo kann man einsparen?*) Danke Herr Abgeordneter. Am Wort ist der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Selbstverständlich gibt es diese Gespräche auch im Burgenländischen Landesfeuerwehrverband, das weiß auch der Landesfeuerwehrkommandant oder das gesamte Kommando. Und wir versuchen natürlich wo es geht, Einsparungen auch zu treffen.

Das beginnt bei der Klassifizierung der Feuerwehren, das müssen wir uns überlegen. Ist es notwendig, dass jede Feuerwehr mit einer gewissen Ausstattung vorgesehen ist? Das sind auch finanzielle Überlegungen. Manches Mal auch Überlegungen, kann man dann diese Geräte bedienen?

Denn, Sie müssen sich vorstellen, wenn jemand mit schwerem Atemschutz ausgerüstet ist, eine Feuerwehr, und die Feuerwehrleute sind aber tagsüber in der Arbeit, vielleicht sogar Pendler und es passiert etwas oder es bricht ein Brand aus, dann nützen die besten Geräte nichts, wenn man sie nicht bedienen kann.

Selbstverständlich gibt es - aber nicht von meiner Seite, sondern vom Landesfeuerwehrkommando - Überlegungen, dass man langfristig überlegt: Wie kann man dieses System nicht zerschlagen, sondern verbessern?

Nochmals: Ich halte an den 326 Feuerwehren fest. Wir haben ein dichtes Netzwerk an Freiwilligkeit, das sollten wir nicht zerstören.

Aber dann da und dort wo man Verbesserungen anbringen kann, bin ich natürlich auf Ihrer Seite. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Michel Reimon. Ich erteile ihm das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Michel Reimon, MBA (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Da stellt Ihnen Ihr Klub so eine dramatisch brisante Frage, und Sie antworten da in aller Kürze!

Könnten Sie dem Hohen Landtag noch einmal im Detail erklären, wie ursuper Sie als Feuerwehrreferent eigentlich sind, weil das ist ja der Grund, um das es da geht. Ich habe es immer noch nicht verstanden auch nach 15 Minuten nicht. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Das spricht aber nicht für Dich.)*

Präsident Gerhard Steier: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie sind am Wort.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Um das System der burgenländischen Feuerwehren zu verstehen, müsste man Mitglied einer freiwilligen Feuerwehr sein.

Ich lade Sie gerne ein beizutreten, dann werden Sie das freiwillige System vielleicht auch verstehen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Die zweite Anfrage im Rahmen der Fragestunde ist vom Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly an Frau Landesrätin Mag. Michaela Resetar gerichtet.

Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Kölly um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Im Zuge der Präsentation der Kernstrategie 2015 vom Burgenland Tourismus wurde angekündigt, dass künftig mit Hilfe qualitativer und quantitativer Messkriterien („Sensoren“) der Fortgang der Strategieumsetzung kontrolliert werden soll.

Wie sehen diese Messkriterien aus?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Herr Präsident! Zunächst darf ich festhalten, dass im Jahr 2004, als ich in die Burgenländische Landesregierung eingetreten bin, eine Tourismusstrategie 2010 gemeinsam mit dem Landeshauptmann vorgestellt wurde.

In dieser Tourismusstrategie, damals im Jahr 2010, haben wir verschiedene Säulen festgelegt, in der es um Gesundheit, Natur, Kultur, Sporterlebnis und Wein und Kulinarik geht.

Selbstverständlich ist diese Zeit schon sehr lange her, und wir haben schon im Vorfeld viele Arbeiten, viele Arbeitskreise gebildet, gemeinsam mit den Unternehmerinnen und Unternehmern, mit Obleuten, mit all jenen, die im Tourismus Verantwortung tragen, um eine Tourismusstrategie 2015 weiter zu entwickeln.

Ich darf auch festhalten, dass im Jahr 2010 das sechste Rekordergebnis erzielt wurde und seit meinem Amtsantritt im Jahr 2004 die Nächtigungen im Burgenland von 2,3 Millionen auf 2,9 Millionen gestiegen sind. Das ist ein Anstieg von 22 Prozent.

Bei den Gästeankünften haben wir sogar eine Steigerung von 37 Prozent.

Diese Tourismusstrategie 2015 baut natürlich auf das Jahr 2010, auf die damalige Strategie auf, denn das was gut ist soll man bewahren, aber natürlich auch weiter entwickeln.

Deshalb auf Ihre Frage zurückzukommen, wir haben versucht, in dieser Tourismusstrategie 2015 andere Messkriterien, messbare Messkriterien, die so genannten Sensoren, einzubauen, um auch eine gewisse Kontrolle zu haben, wie sich die Tourismusstrategie 2015 entwickelt und ob wir eventuell im Nachhinein Nachbesserungen zu tätigen haben.

So sollen aufgrund von jährlichen Vergleichen der Fortgang und der Erfolg dieser Messkriterien auch korrigiert, beziehungsweise festgestellt werden, ob sie eingehalten wurden.

Messkriterien sind zum Beispiel: Übernachtung, die Entwicklung der Marktanteile oder Wertschöpfung.

Aber diese so genannten Sensoren, die wir noch eingeplant haben, sind zum Beispiel, die Anzahl neuer Angebote, die Gästezufriedenheit, die Anzahl buchbarer Angebote im Internet, der Umsatz pro Nächtigung, die Anzahl der Tagesausflugsgäste, der Umsatz pro Tag pro Tagesgast, der Marktanteil der Nächtigungsmarkt, die zur Verfügung stehenden Betten, die Qualität der Betten und die Qualität des Controllings.

Wir haben sehr viele Maßnahmen darin zusammengefasst, um darüber hinaus neben den Nächtigungen auch andere Kriterien einzuführen und das Burgenland auf Erfolgskurs weiter zu halten.

Im Jahr 2015 soll das Burgenland eine touristische Marke mit Leuchtturmfunktion sein. Wir haben verschiedene Maßnahmen gesetzt, die in den unterschiedlichsten Monaten gut ankommen.

Wir haben uns vorgenommen gemeinsam, dass wir viel stärker auf den internationalen Markt gehen, das gelingt uns in manchen Monaten sehr gut, in manchen dann weniger.

Ich bin aber sehr froh darüber und auch sehr stolz, und ich darf eine Zahl - die gestern herausgekommen ist - verlautbaren, das ist das Übernachtungsergebnis im April 2011: Da gab es ein Plus von 9,2 Prozent. Auch sehr beachtlich ist, dass vor allem bei den ausländischen Gästen eine Steigerung von 6,7 Prozent erreicht wurde.

Wenn wir jetzt den Jänner - weil der März ist ja nicht zu gut gelaufen -, wenn wir aber jetzt den Jänner bis zum April hernehmen, dann haben wir bei den ausländischen Gästen ein Plus von 5,3 Prozent.

Beim inländischen Gast haben wir einen Rückgang, aber alles in allem gibt es nach wie vor ein Plus von 0,2 Prozent, und ich bin überzeugt, dass wir dieses Plus noch ausbauen können.

Es gab gestern eine wunderschöne Gala in der Hofburg. Ich darf allen Danke sagen, die Verantwortung für diese Veranstaltung getragen haben. *(Abg. Johann Tschürtz: Wieso macht man das nicht im Burgenland?)*

Ich möchte auch hinweisen, dass wir in dieser Veranstaltung natürlich auch mit sehr viel Touristika sprechen konnten, unter anderem mit dem Geschäftsführer der Burgenlandtherme in Bad Tatzmannsdorf, mit dem Hotel Avita, Peter Prisching, der gemeint hat, sie sind übervoll jetzt im Mai und im Juni mit Gästen, mit Fußballgästen, die ihre Trainingslager in Bad Tatzmannsdorf abhalten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Kölly.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrte Frau Landesrätin! 90 Jahre Burgenland in Wien gefeiert statt im Burgenland, das ist auch eine komische Situation. Aber sei es wie es sei. Wir hätten genug Räumlichkeiten, auch im Burgenland das abzuhalten und Gäste zu uns einzuladen.

Aber meine Frage geht woanders hin, in die Richtung: Die Therme Lutzmannsdorf konnte jetzt nicht verkauft werden, an den Mann gebracht werden. Wie sehen Sie die Situation derzeit in Lutzmannsburg?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Man kann in allem etwas positiv sehen und in allem etwas negativ. Sie gehören zu der zweiten Kategorie dazu, *(Abg. Manfred Kölly: Im Gegenteil.)* das ist Ihnen überlassen.

Tatsache ist, dass wir gestern sehr viele Gäste begrüßen konnten und sehr viele Medien dort waren - ATV, Seitenblicke, ORF, BKF, die verschiedensten ..., *(Abg. Manfred Kölly: Die wären im Burgenland auch gekommen.)* Nein, die kommen nicht überall hin. *(Abg. Manfred Kölly: Warum nicht?)*

Tatsache ist, dass sehr viele Freunde und Gäste, die uns weit über die Grenzen als Botschafter dienen, wir hier gemeinsam feiern durften.

Wir machen selbstverständlich auch im Burgenland sehr viele Veranstaltungen, aber Sie haben das System nicht verstanden, dass man ab und zu als Bundesland auch in ein anderes Land gehen muss.

Man muss auch ab und zu auf die ITB fahren, Internationale Tourismus-Börse - für jene, die es nicht wissen, um auch international das Burgenland zu vermarkten und selbstverständlich auch internationale Gäste in das Burgenland zu bringen.

Zu Ihrer Frage zum Verkauf der Therme Lutzmannsburg: Es wurden nicht die notwendigen Sicherheiten aufgebracht, deshalb wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Aber ich bin sehr froh darüber und dankbar dem WIBAG Aufsichtsrat, der erstens einmal einen Grundsatzbeschluss gefasst hat, dass in die Therme investiert wird. Dieses Geld, diese Fördermittel sind schon bereitgestellt worden, nämlich sechs Millionen Euro an Fördermitteln stehen bereit. Es sollen ungefähr 20 Millionen Euro investiert werden.

Ich habe schon sehr viele Gespräche mit dem Geschäftsführer Wolfgang Stündl geführt. Es wird ein tolles Projekt. Es ist ein Projekt, das erstens einmal die Therme aufwertet, den Sonnenpark als Hotel aufwertet.

Aber es ist auch ein Projekt, das die vielen Betriebe die dort entstanden sind, von einem Privatzimmervermieter genau so wie ein Vierstern-Betrieb, wo auch ein

Zusatzangebot geschaffen wird, das der gesamten Region und dem Bezirk gut tun wird.
(Beifall bei der ÖVP)

Präsident Gerhard Steier: Danke Frau Abgeordnete. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Kölly.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrte Frau Landesrätin! Wir wissen schon von was wir reden. (Abg. Ing. Rudolf Strommer: *Wir schon.*) Die Gäste sollen ins Burgenland kommen, erstens einmal.

Zweitens einmal: Lutzmannsburg, warum wurde nicht mit anderen Leuten verhandelt?

Das soll keine Frage sein, sondern meine Frage lautet: Was kostet so eine Werbung auf Printmedien in ganz Burgenland, mit verschiedenen Printmedien? Und was halten Sie davon, wenn da steht: Mehr Urlaub machen, statt teuer heizen. Dann schlage ich auf und es steht da unten: BEGAS. (Abg. Mag. Thomas Steiner: *Das musst Du die BEGAS fragen.* – Abg. Reinhard Jany: *Musst Du die BEGAS fragen.*)

Sie sind auch für das Land zuständig und die BEWAG und BEGAS sind in Verhandlungen, wo man derzeit sagt, dass wir einen Zusammenschluss machen wollen.

Wie stehen Sie zu solchen Werbungen? (Abg. Manfred Kölly zeigt einen Zeitungsausschnitt mit der Werbung)

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Es waren zwei Fragen. Frau Landesrätin, ich darf Sie bitten, die letzte Frage zu beantworten, weil das war die Frage.

Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Also ich gehe davon aus, dass Sie den Medienspiegel kennen, wo man genau nachschauen kann, was man für eine Anzeige bezahlt.

Was die BEGAS für dieses Inserat bezahlt, das entzieht sich meiner Kenntnis. (Abg. Manfred Kölly: *Das ist eine Tourismus-Werbung.* – Abg. Johann Tschürtz: *Das ist für Tourismus.*) Das ist eine BEGAS-Werbung. Sie sind da Eigentümer. Sie können da bei der BEGAS nachfragen.

Also ich bin dafür nicht verantwortlich. (Abg. Manfred Kölly: *Wie soll ich sagen? Das ist die Seewinkeltherme, eine Seewinkelwerbung.* – Beifall bei der ÖVP)

Präsident Gerhard Steier: Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Klubobmann Ing. Rudolf Strommer.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Von der BEGAS zurück zum Tourismus. Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Anfang April haben Sie als Tourismuslandesrätin gemeinsam mit dem Herrn Tourismusminister Dr. Mitterlehner den Aktionsplan Tourismus 2011, eine Kooperation zwischen Bund und Land, unterzeichnet.

Was ist der wesentliche Inhalt dieser Kooperation?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): Ich muss noch einmal ganz kurz auf den Abgeordneten Kölly zurückkommen, weil mir ist jetzt ein Satz eingefallen von der Martha Schultz, das ist die Vizepräsidentin der Wirtschaftskammer Österreich.

Die Martha Schultz ist eine Unternehmerin und hat ungefähr 600 Betten und viele Anlagen in Tirol. Übrigens Tirol hat 42 Millionen Nächtigungen, das Burgenland 2,9 Millionen, und die Martha Schultz hat erzählt, dass sie an 150 Tagen im Ausland unterwegs ist, um Gäste zu werben. *(Abg. Manfred Kölly: Das hinkt aber jetzt ein bisschen, der Vergleich.)*

Also wie gesagt, nein, der Vergleich hinkt überhaupt nicht, *(Abg. Manfred Kölly: Für mich.)* weil Sie immer sagen, man soll nur im Burgenland bleiben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Um jetzt *(Abg. Manfred Kölly: Der Vergleich hinkt.)* den Bogen zu spannen zu Tirol und der Martha Schultz und allen Tourismuslandesräten Österreichs: Es gab eine Konferenz in Linz.

Wir haben uns gemeinsam erstmals mit dem Tourismusminister Mitterlehner zusammengesetzt, um auf Maßnahmen und Aktivitäten zu setzen, den so genannten Aktionsplan, um gemeinsam als Österreich und noch verstärkt mit der Österreich Werbung aufzutreten und burgenland- und österreichweit, aber auch natürlich im Ausland zu werben.

Es gibt die „Innovationsmillion“ pro Jahr bis 2013, um neuen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen. Es gibt eine verstärkte betriebliche Kooperationsförderung, und es gibt auch ein abgestimmtes Marketing im Ausland.

So hat zum Beispiel der Burgenland Tourismus gemeinsam mit der ÖW – Österreich Werbung - verschiedene Maßnahmen gesetzt, um zum Beispiel unter dem Motto „Glücksmomente“ gemeinsam auf dem deutschen Markt aufzutreten.

Oder auch unter dem Motto "Kulturgeflüster" gemeinsam in der Schweiz und Deutschland noch zusätzlich unser Kulturangebot zu bewerben und zusätzliche Gäste in das Land zu bringen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Frau Landesrätin. Eine weitere Zusatzfrage kommt vom Abgeordneten Gerhard Kovasits.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Sehr geehrte Frau Landesrat! Nachdem der Tourismus ein Interesse daran haben muss, dass unser See, unser Schilfgürtel, erhalten bleibt, folgende Frage:

Gibt es für den derzeit verwilderten Schilfgürtel, für welchen durch die Trockenheit akute Brandgefahr besteht, irgendein Sanierungskonzept?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Am Wort sind Sie, Frau Landesrätin. *(Abg. Kurt Lentsch: Beim Schilfgürtel haben wir Höchststand am Wasser. Es ist kein trockener Schilfgürtel.)*

Landesrätin Mag. Michaela Resetar (ÖVP): *(Abg. Johann Tschürtz: Geht schon.)* Also ich bin dafür nicht zuständig. Ich glaube, da ist der Agrarlandesrat zuständig.

Deshalb... *(Abg. Kurt Lentsch: Wir haben einen Höchstwasserstand. Es ist der Schilfgürtel nicht ausgetrocknet.)* im Moment ist Höchstwasserstand. Also ich weiß jetzt nicht, ich verstehe jetzt ehrlich gesagt nicht ganz die Frage, weil Höchstwasserstand ist, weil keine Gefahr besteht. *(Abg. Johann Tschürtz: Oh ja. – Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Frau Landesrätin.

Da keine weitere Zusatzfrage mehr gerichtet ist kommen wir zum Aufruf der dritten Anfrage. Sie ist gerichtet vom Herrn Abgeordneten Wolf an Herrn Landeshauptmann

Stellvertreter Mag. Franz Steindl. Ich bitte daher Herrn Abgeordneten Wolf um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christoph Wolf (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Im April 2011 wurde die Jugendinfostelle Burgenland im Landhaus Neu eröffnet und auch die Jugendinformation auf neue Beine gestellt.

Wie wird die Informationsarbeit des Jugendreferates konkret gestaltet?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie sind am Wort.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ja, die Jugendinformationsstelle ist im April verlegt worden in das Landhaus Alt und bietet natürlich viele Möglichkeiten wenn sich Jugendliche informieren möchten.

In diesem Sinne möchte ich auch alle Jugendlichen, die heute gekommen sind um bei dieser Fragestunde auch zuzuhören, willkommen heißen. Ich möchte Sie auch einladen, die Jugendinformationsstelle zu besuchen.

Es gibt eine Menge an Informationen. Zwei Mitarbeiter sind ständig in dieser Jugendinformationsstelle und die Informationen reichen von Zivil-, Präsenzdienstberatung, Ferialjobs, Auslandsaufenthalte bis zum Jugendschutzgesetz - eine breite Palette an Themen.

Im Rahmen der europäischen Jugendwoche habe ich auch das Programm des Landesjugendreferates vorstellen dürfen. Es gibt auch die Möglichkeit, dass wir vor Ort sind. Das heißt die Jugendinformationsstelle ist mobil.

Wir versuchen alle Jugendzentren zu besuchen und sie mit Informationen auszustatten. Darüber hinaus haben wir die Homepage des Landesjugendreferates modernisiert. Wir sind im Internet vertreten. Internet ist eine ganz wichtige Informationseinrichtung vor allem für Jugendliche.

Wenn man bedenkt, im Jahr 2001 haben 33 Prozent der Jugendlichen das Internet jeden Tag genutzt, jetzt sind es über 80 Prozent. Oder wenn ich nur daran denke, sieben von zehn Jugendlichen nutzen Facebook, Myspace, Twitter und so weiter. Auch hier sind wir sehr prominent vertreten.

Wir haben web2.0 modernisiert. Wir sind über Facebook erreichbar, über Twitter versuchen wir auch kurzfristige Benachrichtigungen über aktuelle Themen zu geben.

Sie können auch über das iPhone, über iPhone App, die neuesten Informationen bekommen. Sie sehen, es gibt eine Menge an Möglichkeiten, wie wir Informationen weiter transportieren. Diese Informationen werden auch gerne von den Jugendlichen entweder vor Ort oder in der Jugendinformationsstelle hier in Eisenstadt oder über das Internet abgerufen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Wolf.

Abgeordneter Christoph Wolf (ÖVP): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Meine erste Zusatzfrage lautet: Das Landesjugendreferat hat in den letzten Monaten schon sehr viele Veranstaltungen durchgeführt, immer wieder neue und innovative Projekte gestartet. Wie wurden diese Projekte angenommen im ersten Halbjahr?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben ein Finale am Wochenende - den Karaoke-Wettbewerb. Den haben wir in den meisten Schulen in allen Bezirken durchgeführt. Über 100 Jugendliche haben daran teilgenommen.

Wir erwarten natürlich ein ganz tolles Finale beim Stadtfest in Eisenstadt. Darüber hinaus gibt es Ideenwettbewerbe. Einen haben wir gemeinsam mit dem Landesschulrat ausgeschrieben, nämlich zum Thema „Zukunft Burgenland“. Hier gibt es einen Einsendeschluss mit 30. Juni.

Das heißt die Aufforderung an alle Jugendlichen, ihre Ideen einzubringen. Sie werden prämiert, sie werden dargestellt und wir versuchen auch diese Ideen umzusetzen. Im Jahr 2011 hat ja die Europäische Union das Jahr zur Arbeit der Freiwilligentätigkeit erklärt und hier geht es darum, dass wir auch die vielen Jugendorganisationen vor den Vorhang bitten.

Es wird in der Cselley Mühle in Oslip eine große Veranstaltung geben, wo wir Persönlichkeiten, die in der Jugendarbeit aktiv sind, auszeichnen. Das Datum ist der 17. Juni. Wir haben die AlphaCard kreiert. Die ist nicht nur eine moderne Jugendkarte mit Jugendausweis, sondern auch eine europaweite Jugendkarte, wo man sehr viele Begünstigungen bekommt.

Das heißt, man hat über 80.000 Vorteile, wenn man zum Beispiel unterwegs ist als Jugendlicher und man benützt die Bahn zum Beispiel Richtung Spanien. Dann hat man bis zu 20, 25 Prozent Kostenvorteile und vieles mehr. Also Sie sehen, es gibt hier eine breite Palette an Angeboten, die wir von den Projekten her, in den nächsten Wochen auch durchführen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Dankeschön. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Wolf.

Abgeordneter Christoph Wolf (ÖVP): Eine weitere Anfrage die wohl wesentlich wichtiger ist für all jene jungen Menschen auf den Zuschauertribünen: Welche Aktivitäten werden im heurigen Jahr noch gesetzt und können von den jungen Menschen auch besucht und genutzt werden?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Antwort würde jetzt wahrscheinlich diese eine Minute sprengen, aber ich werde ganz kurz auf gewisse Punkte eingehen: Der Jugendbandwettbewerb wird zum 16. Mal durchgeführt, er findet den Abschluss im Finale am 1. Juli in der Cselley Mühle in Oslip.

Es gibt auch eine zweite Band-Veranstaltung - X-Celebration, wo die Siegerband, aber auch Bands aus den Nachbarländern mitmachen und wo es eine große Veranstaltung geben wird. Es gibt die klassischen Redewettbewerbe. Der Redewettbewerb in Ostsprachen und der Aufsatzwettbewerb finden im Herbst statt.

Wir haben das Eurocamp wieder organisiert nämlich mit youngCaritas von 11. bis 18. Juli. Diesmal im Haus Burgenland in Altenmarkt. Es werden 35 Jugendliche aus acht verschiedenen Nationen teilnehmen.

Wir planen wieder im Herbst die Aktion „Habe die Lehre“ und wollen die Jugendlichen animieren, dass sie sich vor allem die Berufsbilder anschauen. Lehre ist etwas, was besonders attraktiv ist, weil eine Lehre durchlässig ist.

Man kann eigentlich alles werden bis zum Hochschulprofessor. Wir wollen informieren. Es gibt auch auf unserer Website die verschiedensten Informationsmöglichkeiten, was tut man nach der Schule.

Es gibt auch Kurzvideos, damit man hier ein bisschen einen Einblick bekommt in das Berufsleben. Also Sie sehen, eine Menge an Veranstaltungen, die wir noch im 2. Halbjahr 2011 geplant haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Tschürtz. Sie sind am Wort.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Freiheitliche Partei hat ja ihre Forderung nach der theoretischen Führerscheinausbildung schon vor mehreren Jahren bekundet. Wir haben auch diesbezüglich eine Aktion gesetzt.

Durch die theoretische Führerscheinausbildung in den Schulen könnte der Führerschein für Jugendliche um 50 Prozent billiger werden. Was halten Sie von dieser Idee?

Präsident Gerhard Steier: Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Grundsätzlich halte ich diese Idee für gut. Man muss sie durchdenken, ob es hier rechtliche Barrieren gibt.

Wenn es die nicht gibt und man kann gewisse Dinge vorbereiten, ja dann bin ich dafür, dass man derartige Projekte nicht nur andenkt, sondern vielleicht auch umsetzt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Trinkl.

Abgeordneter Mario Trinkl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wie viele Jugendliche haben seit der Eröffnung die Jugendinfostelle konkret genutzt?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter! Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es sind sehr, sehr viele gewesen deswegen, weil es nicht nur um die Jugendinformationsstelle hier im Hause geht, sondern auch weil es darum geht, dass wir vor Ort in den Jugendzentren informieren.

Hier gab es bereits viele Veranstaltungen und vor allem werden viele Jugendliche die modernen Kommunikationsmöglichkeiten Internet nutzen, um sich Informationen zu holen. Also ich habe jetzt diese Zahlen nicht im Kopf, aber wenn Sie wollen, geben ich Ihnen gerne oder reiche ich Ihnen die gerne nach, *(Abg. Mario Trinkl: Bitte!)* denn es geht darum, dass wir nicht nur eine Jugendinformationsstelle haben, sondern dass wir sehr beweglich, flexibel sind und dass wir über diese modernen Kommunikationsmöglichkeiten mit den Jugendlichen im ständigen Kontakt sind. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Sagartz.

Abgeordneter Christian Sagartz, BA (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Zum Bereich der Jugendinformation gehört auch der Bereich Kultur. Der Jugendkulturpreis wird heuer zum 14. Mal ausgeschrieben. Hat ja viele Talente im Burgenland gefördert. Wie sehen die Schwerpunkte im Jahr 2011 aus?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ja, das stimmt. Der Jugendkulturpreis wird jetzt schon zum 14. Mal ausgeschrieben. Er erfreut sich besonderer Beliebtheit und ist eine Möglichkeit, wo Jugendliche ihre Talente unter Beweis stellen können.

Dieser Jugendkulturpreis ist auch eine Plattform für viele Jugendliche. Wenn ich nur an einige Namen denke, die sogar nationale und internationale Karriere gemacht haben. Zum Beispiel eine Clara Frühstück, sie hat den Jugendkulturpreis bekommen oder ein David Kleintl, Willi Spuller, die Band Garish hat internationale Karriere gemacht oder Katharina Tiewald, die ebenfalls über den Jugendkulturpreis bekannt geworden ist.

Wenn ich nur die Anzahl der Einreichungen und der Teilnehmer vom Vorjahr hernehme, dann stimmt mich dieser Jugendkulturpreis, was die Zukunft anbelangt, sehr positiv, denn im vorigen Jahr haben insgesamt 75 Künstlerinnen und Künstler, junge Künstler, in verschiedene Sparten eingereicht. Insgesamt sind 231 Werke dementsprechend auch gesichtet und bewertet worden.

Alles in allem freue ich mich schon auf die Vergabe des heurigen Jugendkulturpreises. Es gibt nämlich etwas Besonderes. Im Jahr der Freiwilligen und im Lisztjahr wird auch ein Sonderjugendkulturpreis vergeben.

Hier können nämlich alle einreichen, die in den letzten zehn Jahren den ersten, den zweiten oder den dritten Platz gemacht haben. Hier gibt es eine eigene Jury. Ich möchte auch betonen, dass das nicht mit öffentlichen Geldern alleine finanziert wird, sondern hauptsächlich über Sponsoren und dafür sage ich ein recht herzliches Dankeschön.
(Beifall bei der ÖVP)

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Da keine weitere Zusatzfrage gerichtet wird, kommen wir zum Aufruf der vierten Anfrage. Sie ist gerichtet vom Herrn Abgeordneten Mag. Gradwohl an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl. Ich bitte daher um Verlesung Ihrer Anfrage.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Werner Gradwohl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Wie beurteilen Sie die Aktivitäten und Projekte der burgenländischen Kommunen im Bereich der Energieeffizienz?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Thema erneuerbare Energie, Energieeffizienz, ist ein Mega-Thema geworden, vor allem im Burgenland.

Wir haben eines erreicht, dass wir vor allem im Bereich der erneuerbaren Energie Trendsetter in ganz Europa geworden sind. Wenn man bedenkt, dass 60 Prozent des Strombedarfs bereits über erneuerbare Energie abgedeckt werden können.

Wir sind dabei, dass wir die Windräder, die Biomasse-Werke ausbauen, dass wir im Bereich der Photovoltaik, im Bereich verschiedenster technischer Möglichkeiten, wie man erneuerbare Energie produzieren kann, dass wir hier mitfinanzieren.

Dann ist es großartig, dass wir wahrscheinlich bis zum Jahr 2013, also in zwei Jahren, 100 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbarer Energie abdecken können. Aber damit wir das auch in Zukunft gewährleisten können, geht es vor allem nicht nur um die erneuerbare Energie, sondern auch um die Energieeffizienz.

Das bedeutet, wir müssen überall nachdenken, wie wir Energie sparen können. Hier gehen sehr viele Impulse seitens der burgenländischen Gemeinden aus. Da brauchen wir keine Gesetze schaffen, sondern hier gibt es eine Fülle von Ideen, die umgesetzt werden.

Auch das Land unterstützt diese Ideen im Bereich der Förderung von Alternativenergieanlagen, aber auch für Gemeinden bei kommunalen Neubauten und Sanierungen. Auch seitens des Bundes gibt es hier Programme über den Klimaaktivfonds.

Bundesminister Niki Berlakovich, ein Burgenländer, ist der politisch Zuständige. Wir haben bereits in vielen Gemeinden punktiert Erfolge erzielen können, wenn ich nur daran denke, dass sich bereits 22 Prozent der Gemeinden mit Elektromobilität beschäftigen, schon ausgerüstet sind mit Elektrofahrzeugen.

Das ist der richtige Weg. Mein ehrgeiziges Ziel ist, wenn also die Technik noch besser perfektioniert wird im Bereich der Elektromobilität, im Bereich der Speicherkapazität, dass wir den Fuhrpark der burgenländischen Gemeinden langfristig auf diese Elektromobilität oder sanfte Mobilität umstellen. Es gibt also hier eine Menge an Beispielen, wie diese Effizienz bereits gelebt wird.

Es gibt im Bezirk Jennersdorf die Lichtregion, wo sich die 12 Gemeinden zusammentun und versuchen, hier ein Projekt umzusetzen im Bereich der Beleuchtung. Es gibt im Bereich des Bezirkes Güssing - das wissen Sie - das Zentrum für Erneuerbare Energie, wo es darum geht nicht nur in der Stromversorgung, sondern auch in der Wärmeversorgung im alternativen, Treibstoff zu forschen. Das gelingt auch.

Das heißt, wer aufhört besser zu werden, hat aufgehört gut zu sein. Das ist das Motto der 171 Gemeinden. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Landes, aber auch zur Energieeffizienz. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Gradwohl.

Abgeordneter Mag. Werner Gradwohl (ÖVP): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Durch die drohende Thematik der AKWs rund um Österreich, ist ein neuerlicher Impuls durch die Energiepolitik gegangen. Gott sei Dank gibt es hier Initiativen. So unter anderem peilen Sie ein Rot-Goldenes Silicon Valley - wenn ich das so bezeichnen kann - an und sprechen von einer kommunalen Motivationsstrategie. Was verstehen Sie darunter konkret?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Mein Motto lautet nicht verordnen, sondern vorleben. Das tun die Gemeinden. Ich habe als Gemeindeferent schon vor vielen Jahren den Energiesparwettbewerb der burgenländischen Gemeinden ausgeschrieben.

Es nehmen viele Gemeinden daran teil. In Summe sind es 150 Gemeinden, mit hervorragenden Konzepten. Nicht jede Gemeinde kann erster sein, aber alle Konzepte sind willkommen und wichtig, weil sie nämlich dann auf eine Homepage gestellt werden, wo man die Möglichkeit hat, sich hier das Beste herauszuholen. Vieles ist bereits umgesetzt worden.

Der zweite Punkt, oder die zweite Aktivität ist der Energy Globe Award, der vergeben wird Jahr für Jahr, auch hier im Burgenland, wo nicht nur Gemeinden mittun können, sondern auch Betriebe, Vereine, Private. Wo es nicht nur einen Burgenlandpreis gibt, nicht nur einen nationalen Preis auf Österreichebene, sondern sogar einen internationalen Preis gibt.

Hier gibt es auch einige Betriebe im Burgenland die mitgemacht haben, besonders gut abgeschnitten haben. Also das bedeutet, mein Motto lautet: Wenn man versucht im Bereich der Kreativität die Gemeinden zu animieren dass sie mittun, dann brauchen wir keine zusätzlichen Vorschriften, Motivation ist alles. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke vielmals. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Gradwohl.

Abgeordneter Mag. Werner Gradwohl (ÖVP): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Sie sprühen ja nur so von Energie für die erneuerbare Energie. *(Allgemeine Heiterkeit)* Wir haben im Burgenland auch sehr viele junge, ausgebildete Experten auf diesem Gebiet, die HTLs, Universitäten und Fachhochschulen absolviert haben.

Mir geht es aber vor allem darum, dass die Gemeinden sehr hoch motiviert sind, sich intensiv mit dieser Umweltproblematik auseinandersetzen. Kennen Sie aus Kommunen. Auch die Kommunalakademie engagiert sich hier.

Kennen Sie Kommunen, Gemeinden, die Sie an konkreten Beispielen hier festsetzen könnten?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich kann eine Gemeinde hervorheben, es wird Ihnen vor allem als Bezirksmandatar sehr „unangenehm“ sein, es ist Neckenmarkt, das hier durch einen sehr agilen Bürgermeister sehr gute Wege geht. In Neckenmarkt wird sich eine Fabrik der Zukunft ansiedeln.

Es sind zwei Firmen, 40 Arbeitsplätze werden geschaffen und hier geht es vor allem darum, dass man im Bereich der erneuerbaren Energie alles Mögliche versucht. Es wird auch eine Holzvergaseranlage geplant, mit einem ersten Schritt mit rund 660.000 kWh pro Jahr, wo man versucht, auch hier eine sogenannte Energieunabhängigkeit in einer Gemeinde langfristig zu erreichen.

Darüber hinaus werden die beiden Firmen, die sich hier in Neckenmarkt ansiedeln werden, vor allem Solarstraßenbeleuchtung für Europa produzieren.

Also ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Weg im Bereich Greenjobs zu investieren. Insgesamt gibt es in Österreich bereits 200.000 neue Jobs. Das ist eine Wachstumsbranche und ich kann jedem Bürgermeister nur Recht geben, wenn er hier Initiativen, wie zum Beispiel der Neckenmarkter Bürgermeister, ergreift. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Herr Abgeordneter Kovasits, ich erteile Ihnen das Wort.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Nachdem ja die öffentliche Hand auch eine gewisse Vorbildwirkung hat, würde mich interessieren, auf wie vielen Dächern von öffentlichen Gebäuden im Burgenland befinden sich eigentlich Photovoltaik- oder Solaranlagen?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich habe jetzt nicht genau statistisch die Zahl im Kopf. Aber wenn Sie durch das Burgenland fahren, durch die 171 burgenländischen Gemeinden, dann werden Sie feststellen, dass gerade im Bereich der öffentlichen Bauten, im Bereich der Gemeindeinfrastruktur, sehr vieles in Richtung erneuerbarer Energie an Zeichen gesetzt wurden.

Ich sage Ihnen nur ein Beispiel, in Unterrabnitz-Schwendgraben hat der damalige Bürgermeister im Bereich der Lichteffizienz Zeichen gesetzt und konnte damit erreichen, dass 40 Prozent der Kosten, der Energiekosten, pro Jahr eingespart werden konnten.

Also, wenn Sie durch das Burgenland fahren, dann merken Sie, dass gerade in diesen kleinen Gemeinden des Burgenlandes in dieser Richtung sehr, sehr viel passiert und da sage ich als Wirtschaftsreferent und Gemeindereferent ein recht herzliches Dankeschön dafür. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Eine weitere Zusatzfrage, gerichtet vom Abgeordneten Manfred Kölly. Sie sind am Wort.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Nicht nur Neckenmarkt, Gemeinde Oberpullendorf, Bezirk Oberpullendorf, setzt auf Alternativenergie und auch andere Möglichkeiten, sondern auch Deutschkreutz. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Wie Sie den Medien entnehmen können, macht Deutschkreutz mit seinen Windrädern den ganzen Bezirk stromautark. Wir haben einen hervorragenden Partner die AWP. Ich kann mich erinnern, als ich mir das zum Ziel gemacht habe, als Bürgermeister das anzuschaffen, stimmte die ÖVP gegen das Projekt.

Ich frage mich oder ich frage Sie, soll das in Zukunft so weitergehen in den Gemeinden, dass die ÖVP-Mandatare gegen Alternativenergie stimmen?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Sie verwechseln jetzt Birnen mit Äpfeln oder weiß ich was. *(Abg. Manfred Kölly: Das war so!)* Denn damit der Windpark in Ihrer wunderschönen Gemeinde Deutschkreutz errichtet werden konnte, waren gewisse Grundlagen erforderlich *(Abg. Manfred Kölly: Alle erledigt!)* Nämlich, einen Moment! Es erfordert, dass es eine rechtsgültige Umwidmung, dass man sich im Raumplanungsbeirat damit beschäftigt, *(Abg. Manfred Kölly: Ist doch*

logisch!) dass wir die Flächen ausweisen, (*Abg. Manfred Kölly: Das ist logisch!*) dass wir im Raumplanungsbeirat auch eine Abstimmung durchführen, dass wir in der Regierung das beschließen.

Ich kann mich nicht erinnern, dass die ÖVP im Raumplanungsbeirat oder in der Regierung dagegen gestimmt hätte. (*Abg. Manfred Kölly: In Deutschkreutz in der Gemeinde war es so! – Beifall bei der ÖVP - Abg. Manfred Kölly: In Deutschkreutz in der Gemeinde waren sie dagegen!*)

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Trummer.

Abgeordneter Erich Trummer (SPÖ): Herr Landeshauptmann-Stellvertreter!

Österreich zahlt unzählige Millionen Euro durch Versäumnisse von Umweltminister Berlakovich für Klimaschutzzertifikate. Das ist bereits bekannt. Das ist wichtiges Umweltschutzgeld, das leider ins Ausland fließt. Andererseits haben die Gemeinden große finanzielle Sorgen und können wichtige Maßnahmen im Bereich Umwelt nicht finanzieren.

Einzelne vorhandene Förderungen sind leider nicht einmal ein Tropfen am heißen Stein. Ich kann mir auch nicht vorstellen, so wie Sie es vorher gesagt haben, dass Sie damit wirklich zufrieden sind.

Deshalb, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, was werden Sie unternehmen, dass Bundesminister Berlakovich burgenländischen Gemeinden mit der Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen besser unterstützt wie bisher?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich bedanke mich für diese Frage, damit ich klar stellen kann, da gibt es absolut kein Versäumnis eines Regierungsmitgliedes. Sondern es gibt Ziele, die die gesamte Bundesregierung in ihren allen Bereichen verfolgt und wo man versucht, diese Ziele auch zu erreichen.

Aber zu Ihrer konkreten Frage. Es hat der Bundesminister Berlakovich, ein Burgenlandminister, diesen Klimaaktivfonds. Aus diesem Klimaaktivfonds können Gemeinden Förderungen erhalten: Wenn Gemeinden in die Elektromobilität investieren, ob das jetzt E-Scooter sind, Fahrräder oder Elektrofahrzeuge, gibt es dafür Förderungen!

Da gibt es eine Liste, je nachdem ob es mehrspurige Elektrofahrzeuge sind, gibt es Förderungen bis zu 2.500 Euro, bei Verwendung von Ökostrom bis 5.000 Euro, das geht runter bis 400 Euro bei Elektrofahrrädern. Damit Sie sehen, dass wir sehr gut zusammenarbeiten.

Als Gemeindereferent habe ich den Gemeinden angeboten, in meinem Bereich, wo ich die Bedarfszuweisungen ausschütete, wenn eine Gemeinde ihren Fuhrpark allmählich auf Elektromobilität umstellt und Förderungen vom Klimaaktivfonds bekommt, dann werde ich das in Form der Bedarfszuweisungen für die burgenländischen Gemeinden verdoppeln. Das ist mein Beitrag. (*Beifall bei der ÖVP*)

Präsident Gerhard Steier: Danke, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Wir kommen zum Aufruf der fünften Anfrage. Sie ist gerichtet vom Herrn Abgeordneten Tschürtz an Herrn Landeshauptmann Hans Niessl. Ich bitte daher Herrn Abgeordneten, Klubobmann Johann Tschürtz um Verlesung seiner Anfrage.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Im Jahr 2009 luden Sie die im Landtag vertretenen Parteien zu Verhandlungen über eine Reform der Landesverfassung. Die Verhandlungen scheiterten und mündeten in vorzeitigen Neuwahlen. Eine wesentliche Frage in den damaligen Verhandlungen war die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle.

Herr Landeshauptmann, wie denken Sie über eine Stärkung des Landeskrollausschusses nach?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann, Sie sind am Wort.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Es ist für mich in meiner über zehnjährigen Tätigkeit als Landeshauptmann des Burgenlandes wichtig, dass kontrolliert wird. Ich finde es für sehr, sehr wichtig, weil wir immerhin im Land 2.000 Beschäftigte haben, es viele verschiedene Abteilungen gibt, dass wir 2.000 Lehrer, 2.000 Beschäftigte in den Krankenanstalten haben.

Bei so einem umfassenden Betrieb, wie der Öffentliche Dienst im Burgenland, ist es wichtig, dass gut gearbeitet wird und dass auch entsprechend kontrolliert wird.

Wir haben das auch insofern ernst genommen, als es vor über zehn Jahren in manchen Bereichen größere Kritiken vom Rechnungshof gegeben hat, ein Beispiel unsere Krankenanstalten und wir gemeinsam mit dem Rechnungshof, den sehe ich als Partner für seine Anregungen, immer wieder Verbesserungen gemacht haben.

Der letzte Rechnungshofbericht über unsere Krankenanstalten im Burgenland hat gezeigt, dass es kaum Kritik gibt, weil wir im Krankenanstaltenbereich praktisch 100 Prozent der Anregungen umgesetzt haben.

Sie als Vorsitzender des Kontrollausschusses wissen, dass der Bericht des Rechnungshofes auch besagt, dass fast 90 Prozent der gesamten Anregungen des Rechnungshofes im Land Burgenland umgesetzt wurden.

Das heißt, dass wir von allen österreichischen Bundesländern den höchsten Umsetzungsgrad bei unseren Rechnungshofberichten verzeichnen konnten. Das habe ich in der Vergangenheit sehr ernst genommen, auch die Regierungsmitglieder.

Das muss natürlich auch in der Zukunft ernst genommen werden. Diese Kontrolle ist gut. Der Bundes-Rechnungshof und der Landes-Rechnungshof haben in diesen über zehn Jahren ausgezeichnete Arbeit geleistet. Die Anregungen wurden weitestgehend umgesetzt.

Zum nächsten Punkt. Wir haben die Stärkung der Oppositionsrechte diskutiert, in einem Gesamtpaket. In einem Gesamtpaket, wo wir gesagt haben, wir wollen im Rahmen einer Verfassungsreform einiges im Land Burgenland verändern. Mein Vorschlag war damals, den Landtag zu verkleinern, die Landesregierung zu verkleinern und den Proporz abzuschaffen.

Im Zuge dieses Gesamtpaketes haben wir umgekehrt gesagt, es sollen dann die Oppositionsrechte aufgewertet werden und gestärkt werden. Nachdem es zu der Umsetzung dieses Gesamtpaketes nicht gekommen ist, ist es auch klar, dass man sich

nicht einen kleinen Teil herausnehmen kann und sagen, diesen kleinen Teil wollen wir, weil das ein Ganzes ist, weil das ein Paket ist und über das wir jetzt nicht diskutieren.

Denn jetzt setzen wir andere Prioritäten, nämlich für die Burgenländerinnen und Burgenländer zu arbeiten und können in diesem einen Jahr, neuer Burgenländischer Landtag, neue Burgenländische Landesregierung, auf viele Verbesserungen, Veränderungen, hinweisen.

Das Burgenland steht heute sehr gut da. Das Burgenland ist gut durch die Krise gekommen. Rahmenbedingungen zu schaffen in unserem Jubiläumsjahr „90 Jahre Burgenland“, damit der Aufstieg fortgesetzt wird, das ist jetzt unser Hauptziel. *(Beifall bei der SPÖ)*

Jetzt auch ein objektiver Gesamtvergleich mit den Kontrollrechten des Burgenlandes im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Vor allem mit dem Bundesland Kärnten, wo Ihre Partei die Freiheitlichen das Sagen haben.

Im Burgenland hat jeder einzelne Abgeordnete die Möglichkeit eine Akteneinsicht zu machen. In Kärnten ist das nicht der Fall. Alle Ausschussmitglieder können ebenfalls eine Akteneinsicht beantragen und bekommen diese Akteneinsicht auch. In Kärnten ist das nicht der Fall.

Der Vorsitzende des Kontrollausschusses, also Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, stellt im Burgenland die stärkste Oppositionspartei und genau das sind Sie als stärkste Oppositionspartei. In Kärnten ist das nicht der Fall. Da wählt die Mehrheitspartei den Ausschussvorsitzenden des Kontrollausschusses.

Also eine deutliche Verbesserung hier im Burgenland, dass die Oppositionspartei den Kontrollausschuss abbestellt und in Kärnten kann es die Mehrheitspartei beschließen. Das sind wesentliche Unterschiede zwischen uns und dem Bundesland Kärnten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Abschließend noch einen Satz. Unser Rechnungshof ist unabhängig und weisungsfrei. Ich bin überzeugt, dass viele sehr tüchtige kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort beschäftigt sind.

Wir wollen den Rechnungshof nicht verpolitisieren, wir wollen ihn weisungsfrei und unabhängig belassen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Klubobmann Tschürtz.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Das mit der Akteneinsicht stimmt natürlich nicht. Falls Sie das Schreiben noch nicht bekommen haben, vom Landesamtsdirektor. Der teilt ganz klar mit, dass der Kontrollausschuss keine Möglichkeit der Akteneinsicht hat.

Falls Sie das Schreiben noch nicht vom Herrn Landesamtsdirektor bekommen haben, der teilt ganz klar mit, dass der Kontrollausschuss keine Möglichkeit einer Akteneinsicht hat.

Zum Zweiten: Es gibt keine Möglichkeit, Regierungsakte zu sehen.

Das heißt, der Kontrollausschuss hat nicht die Möglichkeit zu sehen, welche Akten in der Regierung beschlossen werden.

Deshalb meine Frage, und ich meine das nicht negativ, sondern meine Frage zur Aufwertung des Kontrollausschusses: Können Sie sich vorstellen, dass der Kontrollausschuss auch Akteneinsicht in Regierungsakte nehmen kann?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt viele Beispiele, dass Abgeordnete Akteneinsicht genommen haben.

Also insofern gibt es die Möglichkeit, die es in Kärnten generell nicht gibt, bei uns natürlich in vielen Bereichen.

All jene Bereiche, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgewickelt werden, da besteht natürlich die Gefahr, das ist rein eine Verfassungsbestimmung. Alles was nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist, aus datenschutzrechtlichen Gründen, da kann nicht Einsicht gewährt werden, weil das unter Umständen in den nächsten Tagen in der Zeitung steht und dass daraus aus datenschutzrechtlichen Gründen ein Problem ergibt.

Ich habe überhaupt kein Problem mit entsprechender Transparenz, wo das möglich ist.

Alles, was vom Gesetz her möglich ist, soll der Kontrollausschuss machen. Was er nicht machen darf, das ist auch nicht möglich. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Herr Abgeordneter Tschürtz.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Das nehme ich sehr positiv zur Kenntnis.

Das heißt, dass wir auch die Möglichkeit haben, im Kontrollausschuss Akteneinsicht zu nehmen. Ich komme auf das noch zurück.

Aber eine Frage bezüglich des Rechnungshofes. Dass 88 Prozent der Anregungen des Rechnungshofes umgesetzt wurden, ist sehr begrüßenswert. Da sieht man ja, dass der DI Katzmann wirklich hervorragende Arbeit leistet, sonst würde man nicht 88 Prozent umsetzen.

Die Frage, die sich aber stellt, ist bei den Prüfaufträgen. Das heißt, es kann jeder Klub einen Prüfauftrag pro Jahr abgeben und ein Drittel der Abgeordneten.

Daher meine Frage: Könnten Sie sich vorstellen, damit mehr Prüfaufträge an den Rechnungshof kommen können, dass nicht ein Drittel der Abgeordneten, sondern ein Zehntel der Abgeordneten bereits einen Prüfauftrag stellen können?

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe gesagt, in einem Gesamtpaket kann man über mehr Kontrollrechte natürlich diskutieren.

Das Land Niederösterreich - um ein weiteres Beispiel, um nicht nur Kärnten zu nehmen - hat gar keinen Kontrollausschuss zum Beispiel, sondern hat einen Rechnungshof.

Also wir liegen im österreichischen Durchschnitt mit den Oppositionsrechten, mit den Kontrollrechten, deutlich über den anderen österreichischen Bundesländern.

Der Rechnungshof sucht sich teilweise doch selbst jene Aufgabengebiete, die er kontrolliert.

Ich traue im Wesentlichen - und da geht es doch nicht nur um den Landes-Rechnungshof, es geht auch um den Bundesrechnungshof, von dem wir ständig kontrolliert werden. Natürlich kann er auch einen Auftrag bekommen. Aber der Bundes-Rechnungshof prüft auch, ohne dass er einen entsprechenden Auftrag von der Landesregierung oder vom Hohen Landtag bekommt.

Genauso ist es beim Landes-Rechnungshof. Dort, wo er die Schwerpunkte setzt, da überlegt man sich etwas, warum dort kontrolliert wird. Es wird permanent gearbeitet. Man kann nicht in den Raum stellen, wenn wir keinen Prüfungsauftrag erteilen, dann haben die nichts zu tun.

Das Gegenteil ist der Fall, dass dort ständig gearbeitet wird. Ihre Themenschwerpunkte auch erarbeitet werden, vom Rechnungshof festgelegt wird, wo kontrolliert wird.

Ich denke, dass der Rechnungshof sich immer jene Kapitel herausholt, wo sie glauben, dass hier eine Kontrolle wichtig und notwendig ist.

Ich glaube, diese Freiheit des Rechnungshofes, das zu kontrollieren, was die Weisungsunabhängigen tatsächlich wollen, und nicht, was die Politik beauftragt, das ist das Besondere des Rechnungshofes und da möchte ich auch nicht daran rütteln. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage kommt vom Abgeordneten Reimon.

Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Michel Reimon, MBA (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Zu einem anderen Recht der Opposition, nämlich diese Fragestunde.

Die läuft seit Monaten so ab, dass rote Abgeordnete rote Regierungsmitglieder eine Gefälligkeitsfrage stellen und umgekehrt.

Jetzt haben wir es dreimal hintereinander gehabt, dass schwarze Abgeordnete ein schwarzes Regierungsmitglied fragen, wie super es ist.

Das ist für mich als Oppositionspolitiker eine unbrauchbare Fragestunde. Deswegen nehme ich daran nicht teil.

Ohne Gesetzesänderung, wir könnten es wesentlich besser machen, wenn nur noch Oppositionspolitiker Fragen stellen und sie darauf verzichten, sich Gefälligkeitsfragen ... *(Zwiesgespräche in den Reihen – Zwischenruf eines Abgeordneten: Das ist Demokratie?)* Ohne Gesetzesänderung.

Was halten Sie davon, darauf zu verzichten, sich von SPÖ-Abgeordneten Fragen stellen zu lassen? *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Das ist das Recht der Demokratie. Geh, bitte. – Abg. Christian Illredits: Das interessiert auch die Öffentlichkeit. Sonst hört es die Öffentlichkeit nicht.)*

Präsident Gerhard Steier: Bitte Herr Landeshauptmann, Sie sind am Wort.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Sie haben sicherlich die letzten Monate, nicht nur den heutigen Tag, wo es speziell Fragen gegeben hat, beobachtet und auch heute war es so, dass die Freiheitlichen praktisch in jeder Landtagssitzung bis jetzt Fragen an mich gestellt haben. Sie haben die Möglichkeit genauso, an mich diese Fragen zu stellen.

Ich glaube, es muss ein demokratisches Recht jeder Partei hier im Landtag sein, Fragen zu stellen, an jeden, der hier in der Regierung sitzt.

Ich glaube, es soll nicht der Schwerpunkt sein, das sage ich auch, dass mich nicht die eigene Partei die ganze Fragestunde fragt, aber dass natürlich das Recht bestehen muss, dass jede Partei an jedes Regierungsmitglied Fragen stellen kann, ist ein demokratisches Grundrecht.

Daran sollten wir nicht rütteln. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann. Eine weitere Zusatzfrage vom Abgeordneten Mag. Maczek.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Kurt Maczek (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Der Landtagsabgeordnete Tschürtz hat in der 11. Sitzung des Burgenländischen Landtages folgende Aussage getätigt. Ich darf aus dem Protokoll zitieren: Dieser Kontrollausschuss hat einfach weniger Kompetenzen als der Prüfungsausschuss in Großmutschen. Das ist einfach so. Das ist wirklich so.

Was halten Sie von dieser Aussage? *(Zwiegespräche in den Reihen)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Hohes Haus! Unabhängig von der Tatsache, dass Großmutschen keinen eigenen Prüfungsausschuss hat, weil Großmutschen ein Ortsteil von Frankenu-Unterpullendorf ist *(Abg. Johann Tschürtz: Also Frankenu!)*, was doch ein Unterschied ist, weil das eine Großgemeinde ist, muss ich dazu sagen, die haben dort einen exzellenten Obmann des Prüfungsausschusses, des Kontrollausschusses, nämlich einen Wirtschaftsakademiker, der die Kontrolle dort wirklich mit höchster Kompetenz sehr ernst nimmt. Er ist übrigens Mitarbeiter in meinem Büro. *(Heiterkeit in den Reihen)*

Also insofern. Ja, es gibt ja nichts Gravierendes, aber es gibt auch eine genaue Kontrolle - und da wird der Bürgermeister auch nichts dagegen haben. Genauso wie ich nichts dagegen habe, wenn der Landes-Rechnungshof kontrolliert.

Die Gemeinden und die Prüfungsausschüsse der Gemeinden haben die Aufgabe zu überprüfen, ob eine Gemeinde wirtschaftlich, zweckmäßig und sparsam geführt wird. Das ist - glaube ich - überschaubar. Das machen die Kontrollorgane in den Gemeinden recht gut.

Der Landes-Rechnungshof hat mehr Kompetenz dazu bekommen, weil der Landes-Rechnungshof jetzt auch Gemeinden überprüfen kann.

Der Landes-Rechnungshof und der Bundes-Rechnungshof haben mehr Kompetenzen dazu bekommen, weil er den Stabilitätspakt, ebenfalls die Einhaltung des Stabilitätspaktes, überprüfen kann. Also wieder eine zusätzliche Aufgabe.

Ich glaube, dass der Landes-Rechnungshof diese Aufgabe - nämlich das Land zu kontrollieren - mit seinen Ressourcen natürlich voll erfüllen kann, auch erfüllt.

Ich glaube, wir brauchen kein zusätzliches Kontrollorgan gründen, dass wir die Gemeinden noch zusätzlich überprüfen.

Wir haben - wie gesagt - auch immer Kontakt. Wenn der Landes-Rechnungshof Ressourcen braucht, dann haben wir dafür auch ein offenes Ohr. Wir haben dort Unterstützung.

Ich nehme die Kontrolle sehr ernst im Land. Erst vor zehn Jahren oder vor neun Jahren ist der Landes-Rechnungshof in dieser Form, in dieser Regierungsform, in dieser ähnlichen Zusammensetzung des Landtages, beschlossen worden.

Als Landeshauptmann bin ich sehr froh, dass eine der ersten Beschlüsse des Burgenländischen Landtages die Installierung des Landes-Rechnungshofes war, dass diese Arbeit auch sehr wichtig ist und dass wir die Anregungen umgesetzt haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann.

Eine weitere Zusatzfrage? – Bitte Frau Abgeordnete Benkö.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Eine Reform der Landesverfassung scheint wieder in weite Ferne gerückt zu sein.

Wir alle wissen, mittlerweile besteht der Hohe Landtag aus fünf Parteien. Unzulänglichkeiten unserer Verfassung werden immer mehr erkennbar, zumal die Verfassung aus einer Zeit des Zwei-Parteien-Systems entstand.

Meine konkrete Frage: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Unterstützen Sie unseren Vorschlag, einen Burgenland-Konvent einzuberufen, der sich ausschließlich mit der Reform der Landesverfassung auseinandersetzt?

Präsident Gerhard Steier: Danke Frau Abgeordnete. Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es hat auch einen Bundes-Konvent bereits gegeben, der - glaube ich - ein Jahr lang getagt hat. *(Abg. Johann Tschürtz: Drei!)* Drei Jahre. Die Ergebnisse sind bekannt.

Wir waren gestern in der Hofburg, am Dachfoyer. Dort haben die Österreichgespräche in den vergangenen zehn Jahren stattgefunden. Die Ergebnisse sind ebenfalls bekannt.

Es gibt im Bereich der Verfassung ganz klare Standpunkte. Standpunkte, die auch wochen-, monate-, jahrelang diskutiert wurden. Die eigentlich auch im Landtag nicht mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen werden konnten.

Jetzt kann man über das noch einmal diskutieren und weiter diskutieren.

Wir haben andere Prioritäten jetzt zu setzen. *(Zwischenruf der Abg. Ilse Benkö)* Wir haben die Prioritäten zu setzen, natürlich auch die Freiwilligen einzuladen und die Burgenländerinnen und Burgenländer einzuladen, mit uns 90 Jahre Burgenland zu feiern.

Da haben Sie absolut recht, weil die Burgenländerinnen und Burgenländer verantwortlich sind, dass sich dieses Land so gut entwickelt hat.

Deswegen laden wir die Menschen ein und deswegen feiern wir 90 Jahre Burgenland aufgrund der Tüchtigkeit der Burgenländerinnen und Burgenländer. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zu unseren Prioritäten. Das heißt, wir haben ein Budget beschlossen von einer Milliarde Euro. Wir sind dabei, für das nächste Jahr ebenfalls ein Budget in dieser Größenordnung zu erstellen.

Da haben wir in den letzten Wochen, Monaten schon sehr intensiv gearbeitet.

Wir greifen in verschiedensten Bereichen die Reformen an, die in den vergangenen Jahrzehnten nicht angegriffen wurden, nämlich Zusammenführung von BEWAG und BEGAS, von RMB und von WiBAG.

Auch in anderen Bereichen Synergien zu nützen, um eine effiziente Verwaltung zu haben und den bestmöglichen Strompreis in der Zukunft für die Burgenländerinnen und Burgenländer zu präsentieren und garantieren zu können.

Auf der anderen Seite haben wir 40 Millionen Euro für unseren Innovationsfonds zur Verfügung gestellt und aufgestellt.

17 Millionen für den Risikokapitalfonds, um Arbeitsplätze im Burgenland neu zu schaffen, um Arbeitsplätze zu erhalten.

Gute Rahmenbedingungen für die Wohnbauförderung zu haben.

Das ist unsere Arbeit, mit dem beschäftigen wir uns jetzt.

Ich glaube, das braucht auch das Burgenland, damit der Aufstieg auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden kann. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Landeshauptmann. Da keine weitere Zusatzfrage gerichtet wird, schliesse ich die Fragestunde.

2. Punkt: Wahl eines vom Land Burgenland zu entsendenden Ersatzmitgliedes des Bundesrates.

Präsident Gerhard Steier: Der 2. Punkt der Tagesordnung ist die Wahl eines vom Land Burgenland zu entsendenden Ersatzmitgliedes des Bundesrates.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Durch das Ausscheiden von Herrn Andreas Liegenfeld als Ersatzmitglied des Bundesrates wurde diese Wahl erforderlich. Diese Wahl wird gemäß Art. 49 L-VG durchgeführt.

Von der ÖVP, der das Vorschlagsrecht für diese Funktion zusteht, wurde ein gehörig unterstützter Wahlvorschlag eingebracht. Er lautet auf Herrn Franz Stefan Hautzinger aus Halbtürn als Ersatzmitglied des Bundesrates.

Ich ersuche nun, die Stimmzettel für diese Wahl zu verteilen.

Präsident Gerhard Steier *(nach Verteilen der Stimmzettel):* Die Stimmzettel sind verteilt, sodass ich die Schriftführerin Frau Andrea Gottweis ersuche, die Namensliste zu verlesen. Die Damen und Herren Landtagsabgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

Bitte Frau Schriftführerin.

(Über Namensaufruf durch Frau Landtagsabgeordnete Andrea Gottweis hinterlegen die Abgeordneten Benkö Ilse, Friedl Klaudia, Friedl Werner, Geissler Rudolf, Mag. Gradwohl Werner, Hergovich Robert, Illedits Christian, Jany Reinhard, Kölly Manfred, Kovacs Günter, Kovasits Gerhard, Lentsch Kurt, Loos Josef, Mag. Maczek Kurt, Dr. Moser Manfred, Pongracz Gerhard, Prohaska Doris, Radakovits Leo, Reimon Michel, MBA, Sack Edith, Sagartz Christian, BA, Salamon Ingrid, Sampt Helmut, Schneckner Ewald, Sodl Wolfgang, Steier Gerhard, Mag. Steiner Thomas, Ing. Strommer Rudolf, Sulyok Norbert, Titzer Gabriele, Trinkl Mario, Trummer Erich, Tschürtz Johann, Weghofer Matthias, Wolf Christoph und Andrea Gottweis selbst die Stimmzettel in der Wahlurne.)

Präsident Gerhard Steier: Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche die Frau Schriftführerin Andrea Gottweis und den Herrn Schriftführer Gerhard Pongratz die Auszählung der Stimmen vorzunehmen.

Walten Sie bitte Ihres Amtes.

Präsident Gerhard Steier (*nach vorgenommener Stimmzählung*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurden 36 Stimmen abgegeben, davon sind 35 Stimmen gültig, eine Stimme ist ungültig.

Herr Franz Stefan Hautzinger ist somit mit 35 gültigen Stimmen zum Ersatzmitglied des Bundesrates gewählt.

Ich beglückwünsche ihn zur Wahl und wünsche ihm für seinen weiteren Aufgabenbereich alles Gute.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Günter Kovacs, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 213) betreffend „3-2-1-Regelung beim Pickerl für Mopeds und Motorräder“ (Zahl 20 - 129) (Beilage 218)

Präsident Gerhard Steier: Die Berichterstattung über den 3. Punkt der Tagesordnung, den Bericht des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Günter Kovacs, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung, Beilage 213, betreffend „3-2-1-Regelung beim Pickerl für Mopeds und Motorräder“, Zahl 20 - 129, Beilage 218, wird Frau Landtagsabgeordnete Klaudia Friedl vornehmen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich darf die Frau Abgeordnete ans Rednerpult bitten und um Berichterstattung ersuchen.

Berichterstatterin Klaudia Friedl: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Günter Kovacs, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „3-2-1-Regelung beim Pickerl für Mopeds und Motorräder“ in ihrer 9. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 11. Mai 2011, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Günter Kovacs, Mag. Thomas Steiner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „3-2-1-Regelung beim Pickerl für Mopeds und Motorräder“ die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Gerhard Steier: Danke Frau Berichterstatterin. Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly ist als erster Redner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter. **Abgeordneter Manfred Kölly** (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke, dass ich die Möglichkeit seitens des Präsidenten habe, mich hier zu Wort zu melden.

Allgemein. Nur denke ich, es ist Mittagspause und die Herrschaften von der Regierungsbank haben sich schon nach dem Geruch zum Essen verabschiedet und das ist in den Klubs anscheinend so üblich, bevor man hier bleibt, um doch einige Punkte zu diskutieren und sich anzuhören, „vertschüsst“ man sich.

Aber bevor ich in die ... (*Landesrätin Mag. Michaela Resetar: Nicht alles negativ sehen! Wir sind da!*)

Frau Landesrätin, wenn Sie ein Problem haben, können Sie auch Mittagessen gehen.

Das ist genau der Punkt, wo ich immer sage, ich habe da kein Problem, Sie haben doch einen Fernsehapparat können mithören, was hier gegenüber den anderen Fraktionen diskutiert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Vorfeld wurde diskutiert, ob überhaupt eine Landtagssitzung stattfinden soll, weil nur einige Punkte hier zur Diskussion stehen.

Ich finde das für absurd, wenn es Kolleginnen oder Kollegen gibt, die hier ganz einfach sagen, diese Diskussion brauchen wir nicht.

Ich denke, dass wir sehr wohl hier eine Diskussion führen sollen und auch müssen.

Dafür wurden wir auch von der Bevölkerung des Landes gewählt, hier uns mit Arbeit dementsprechend für die Bevölkerung einzusetzen und auch einiges umzusetzen.

Das ist doch der Sinn der Sache, des Landtages, vernünftige Vorschläge auch zu diskutieren oder vielleicht abzuändern, weil es gibt sowieso bald bei jedem Antrag einen Abänderungsantrag, außer wenn SPÖ und ÖVP sich immer wieder jetzt den Kuschelkurs gefunden haben und sich natürlich diesen Antrag gemeinsam gestalten.

Soll so sein. Ich habe kein Problem damit.

Ich bin auch dafür, dass solche Anträge dementsprechend diskutiert gehören, und das sind auch Anträge, die meistens an den Bund gerichtet sind.

Daher ist auch meine klare Feststellung und Frage: Was geschieht damit, wenn wir hier beschließen, dass das an den Bund geht? Wie rasch wird das im Bund behandelt? Wann bekommt man endlich auch eine Rückmeldung? Siehe Vorsteuerabzugsberechtigung bei Feuerwehren, wenn wir heute eine Diskussion geführt haben über Freiwilligenjahr.

Ist der schubladiert? Ist schon etwas zurückgekommen? Das wäre meine Frage.

Hier wäre es notwendig auch an die Oppositionsparteien, die selbstverständlich gerne mitarbeiten und auch gestalten wollen, hier eine Information zukommen zu lassen.

Aber wenn wir heute sprechen von einer Regelung vom Pickerl für Mopeds und Motorräder, dann war es dem ORF anscheinend sehr wichtig, dass dieser Tagesordnungspunkt am Vorabend schon gespielt wurde. Landauf, landab, nächsten Tag den ganzen Tag gespielt wird, und ich werde auch einen Antrag einbringen in Richtung Vignetten.

Eine Vignette pro Wechselkennzeichen ist genug. Sie wissen ganz genau was passiert. Man kann nur mit einem Fahrzeug auf der Schnellstraße oder Autobahn fahren.

Ich hoffe auch, dass der ORF dann dementsprechend auch so berichtet wie er bei den „Red Bikern“ oder wie sie sich schon nennen, völlig egal, Hauptsache es geschieht etwas. Ich habe kein Problem damit. Auf das bin ich aber gespannt, ob das tatsächlich auch so seitens des ORF berichtet wird.

Aber zu dem Antrag selber. 3-2-1-Regelung beim Pickerl für Mopeds und Motorräder kann ich nur zustimmen.

Selbstverständlich ist es auch logisch für die Liste Burgenland, dass man sich grundsätzlich für eine vernünftige Entlastung der Steuerzahler ausspricht.

Das sind alles Steuerzahler, wir sind alle Steuerzahler, gerade vor dem Hintergrund der immer noch hohen Pendlerzahlen und Spritpreise und so fort.

Man sollte sich auch überlegen, ob wir nicht einen Antrag gemeinsam formulieren und stellen, dass der Staat nicht so viel Steuern auf diese Energiepreise draufschlägt.

Wenn man sich anschaut, dass 57 Prozent der Staat kassiert von den Energiepreisen, sprich Sprit, dann muss man sich schon langsam fragen, wie schwer es die Pendler haben.

Wenn hier angeführt ist, dass man die Pendler auch dementsprechend entlastet, aber auch andere, die in die Arbeit fahren mit dem Zweirad und so weiter.

Aber eines muss sicher sein. Es muss sichergestellt sein, dass die Sicherheit vorrangig sein muss.

Aber ich unterstelle keiner Firma, dass sie hier irgendwelche Pickerl hergibt ohne dass sie da genau überprüft und dass die Sicherheit gewährleistet ist.

Daher denke ich, dass die Liste Burgenland auch diesem Antrag zustimmen wird, hoffe auf baldige Information, ob es umgesetzt wird, ja oder nein.

Denn SPÖ und ÖVP sitzen ja im Bund in der Regierung, und es wäre schon notwendig, nur ein Telefongespräch mit der Frau Infrastrukturministerin oder Finanzministerin, egal wer auch hier zuständig ist, klar zu sagen, ja, wir stehen dazu, danke wir machen das.

Dann bin ich erfreut für unsere burgenländischen Motorradfahrer, Mopedfahrer und dergleichen auch.

In diesem Sinne werde ich diesen Antrag selbstverständlich unterstützen.

Zweiter Präsident Kurt Lentsch (*der den Vorsitz übernommen hat*): Als nächster Redner hat sich Herr Landtagsabgeordneter Michel Reimon zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Michel Reimon, MBA (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zum Antrag kann man in Kürze alles sagen: Ich sehe nicht wirklich etwas, was dagegen spricht.

Nachdem Motorräder sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder modernisiert haben, kann man wahrscheinlich beim Pickerl ein bisschen mit der Zeit gehen und das nicht so oft überprüfen. Super! Wahnsinnsantrag, die Grünen werden zustimmen.

Wir haben vier Anträge in diesem Landtag. Alle vier richten sich das Land an den Bund, intern oft genannter Wunsch ans Christkind, weil dann der Bund damit tut, was immer er will oder auch nichts.

Vier Anträge - das Land an den Bund. Kein einziges Landesgesetz wird heute hier auch nur im Ansatz diskutiert.

Offensichtlich haben die Regierungsfractionen nichts zu tun.

Das Land steht aus meiner Sicht. Wir hätten dramatische Dinge zu tun im Bereich des Naturschutzes und des Umweltschutzes, vor allem bei der Raumplanung. Wir werden komplett zersiedelt, überall kommt außerhalb der Ortschaften ein großer Supermarkt, eine große Fabrikhalle nach der anderen hin. Wir schauen zu, wie das Land zersiedelt wird.

Es tut sich nichts bei der Kinderbetreuung, der Gratiskindergarten ist nur bis 2012 gesichert.

Wir sollten uns dringend Gedanken darüber machen, wie wir das, wenn das Geld in eineinhalb Jahren ausgeht, absichern und nicht erst in einem Jahr darüber nachdenken.

Aber das ist vielleicht spannend für die Gemeinderatswahl, also tun wir jetzt nichts.

Wir haben einen kompletten Stillstand bei der Reform der Landesfinanzen, auch da nichts, kein Antrag!

Aber wir reden darüber, ob wir den Bund bitten, irgendwelche Motorradvignetten, Pickerl sonst irgendetwas zu erleichtern.

Das ist ein absolut skandalöser Zustand.

Der ORF hat mich mit „man kann diese Sitzung ersatzlos streichen“ zitiert. Das habe ich aber in dieser Form nicht gesagt.

Ich habe gesagt, man kann diese Sitzung ersatzlos streichen und muss darüber nachdenken, ob der Landtag in der Form noch gerechtfertigt ist oder nicht zur Diskussion gestellt werden sollte.

Das ist kein Aushängeschild für den Föderalismus was hier passiert.

Landtage wurden, haben eine interessante Entwicklung genommen, wurden gegründet. Denen wurde in der Landeskompetenzgebung oder in der Gesetzgebung Kompetenzen zuerkannt, die in den 50ern nicht hoch gestanden sind.

Der Naturschutz, der Umweltschutz, die Kinderbetreuung - das waren Themen, um die sich die Länder kümmern hätten können.

Für uns als Grüne sind das sehr zentrale Themen. Wir würden das eigentlich begrüßen, wenn da wirklich was weitergeht und sehr intensiv gearbeitet wird.

Das ist nicht der Fall.

Nachdem diese wichtigen Themen in den Ländern nicht ausgiebig und nicht in der Art und Weise, wie sie es verdienen würden, betreut werden, stelle ich wirklich zur Frage, ob die bei uns richtig aufgehoben sind und ob sich nicht irgendwer darum kümmern sollte.

Schauen Sie weiter in ihre Notebooks! Was anderes ist offensichtlich nicht interessant. Danke.

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächster Redner hat sich Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Kovasits zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die KFZ-Überprüfung ist ein gesetzlich vorgeschriebener Vorgang und wird im § 57a des Kraftfahrzeuggesetzes von 1967 geregelt. Sie soll die Verkehrs- und Betriebssicherheit des Kraftfahrzeuges sicherstellen.

Des Weiteren wird die Umweltverträglichkeit überprüft. Von dieser gesetzlichen Überprüfung sind lediglich Anhänger, mit denen eine Geschwindigkeit von 25 km/h nicht überschritten werden darf, Zugmaschinen wie landwirtschaftliche Traktoren und Motorkarren mit einer Bauartgeschwindigkeit von nicht mehr als 25 km/h sowie selbstfahrende Arbeitsmaschinen und Transportkarren mit einer Bauartgeschwindigkeit von nicht mehr als 30 km/h befreit.

Der Überprüfungsstermin richtet sich nach dem Monat der Fahrzeugerstzulassung, jedoch kann dieser auf Antrag der Behörde verschoben werden.

War früher die Begutachtung jährlich vorgeschrieben, so ist bei Neufahrzeugen der EG Fahrzeugklasse M1 seit April 2002 die so genannte 3-2-1 Regelung in Kraft.

Gemäß dieser Regelung ist die erste Begutachtung drei Jahre nach Erstzulassung fällig, danach nach zwei Jahren und anschließend jedes Jahr. Die Überprüfung kann frühestens einen Monat vor dem auf der Plakette vermerkten Monat getätigt werden, muss

jedoch spätestens mit Ende des vierten Monats nach angegeben Monat erfolgen. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Historische Fahrzeuge müssen alle zwei Jahre einer Begutachtung unterzogen werden. Alle anderen Fahrzeuge, die nicht der Fahrzeugklasse M1 entsprechen, jährlich. Bei bereits abgelaufenen Plaketten kann es im Ausland zu erheblichen Problemen bis hin zum Entzug des Kennzeichens oder des Zulassungsscheines kommen, wenn dieser Staat die Toleranz nicht anerkennt.

Durchgeführt werden kann die Überprüfung in eigens dafür autorisierten KFZ-Werkstätten, bei den Autofahrerklubs ARBÖ und ÖAMTC, bei Ziviltechnikern sowie in Technischen Büros. Über das Ergebnis der Überprüfung wird ein schriftliches Gutachten erstellt und dem Zulassungsbesitzer vor Ort ausgefolgt.

Von der Pflicht der regelmäßigen Begutachtung ausgenommen sind Fahrzeuge im Besitz des Bundes und der Länder, von Gemeindeverbänden, von Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohner, der von diesen Gebietskörperschaften unter ihrer Haftung betriebenen Unternehmungen sowie Fahrzeuge von Verkehrsunternehmungen im ausschließlichen Eigentum des Bundes, wenn sie eigens dafür geeignetes Personal beschäftigen, welches regelmäßig Überprüfungen im Sinne der Bestimmungen durchführen kann.

Ermächtigt werden Einrichtungen zur Durchführung von regelmäßigen Begutachtungen auf Antrag vom jeweiligen Landeshauptmann, wobei die Ermächtigung nur vertrauenswürdigen Personen verliehen werden darf. Gleichzeitig ist festzulegen, in welcher Art und Weise die Prüfstellen erkennbar gemacht sein müssen.

Durch den Landeshauptmann müssen die Voraussetzungen für die Erteilung der Ermächtigung und die ordnungsgemäße Begutachtung regelmäßig überprüft werden. Dabei ist die Ermächtigung zu widerrufen, wenn der Ermächtigte nicht mehr vertrauenswürdig ist.

Die Begutachtungspunkte werden zum Gutachten zusätzlich aufgelistet. Ausgefolgt werden die Plaketten in den Farben Weiß und Grün. Der weiße Aufkleber wird Personenkombinations- und Lastkraftwagen bis 3,5 Tonnen mit einem Benzinmotor und Katalysator sowie abgasarmen Dieselfahrzeugen und Anhängern erteilt.

Alle anderen Fahrzeuge erhalten einen grünen Aufkleber. Ursprünglich gab es die Plakette in der Farbe Rot. Im Zuge dieser Begutachtung wurden nur die wichtigsten Bauteile wie Bremsen, Stoßdämpfer, Rost an tragenden Teilen und ähnliches kontrolliert.

Nachdem im KFZ-Wesen der ökologische Aspekt zunehmend Beachtung fand, wurde zusätzlich der Motor auf seinen Schadstoffausstoß überprüft. Ab diesem Zeitpunkt wurden grüne Plaketten vergeben. Die roten Aufkleber verblieben nur mehr den Anhängern.

Seit Einführung der Katalysatoren werden für diese Fahrzeuge und Anhänger weiße Pickerl vergeben, da diese anderen Grenzwerte haben. Somit sind nunmehr weiße und grüne Farben zu sehen.

Zur § 57a Überprüfung sind der Zulassungsschein, sowie bei Fahrzeugen mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3.500 kg ein Genehmigungsnachweis mitzubringen.

Im Zuge der Begutachtung werden folgende Punkte, so genannte Prüfelemente kontrolliert: Ausrüstung, wie Warndreieck und Verbandszeug, Beleuchtungs- und Warneinrichtungen, Sicherheitseinrichtungen, Fahrwerk, Fahrgestell und Karosserie, Reifen und Räder, Motor und Bremsen.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der § 57a KFG kennt also nur drei Ausnahmen von der jährlichen Überprüfung.

1. Neu zugelassene Fahrzeuge der Klassifizierung M1, also PKW, Kombis und teilweise LKW, die bereits die heute auch für Motorräder, Mopeds angestrebte 3-2-1 Regelung haben.
2. Historische Fahrzeuge, welche nur alle zwei Jahre zur wiederkehrenden Begutachtung müssen.
3. Fahrzeuge des Bundes, der Länder und teilweise der Gemeinden, welche unter bestimmten Voraussetzungen von eigens dafür beschäftigten Personen überprüft werden dürfen.

Es wird also sicher kein großes Problem sein, eine vierte Ausnahme in den § 57a KFG einzufügen. Aber, was haben die Motorrad- und Mopedfahrer von dieser sensationellen Entlastung? Sie ersparen sich ein paar Euro pro Jahr und opfern dafür die Sicherheit, zu wissen, dass sie mit einem technisch einwandfreiem Gerät unterwegs sind.

Diese Sicherheit ist aber gerade im Bereich der einspurigen Fahrzeuge immens wichtig.

Ganz spezielle im Segment der Mopeds, die nach Stürzen oft nur notdürftig zusammengeflickt und wieder in Betrieb genommen werden. Ich glaube nicht, dass wir das wirklich verantworten können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie die Biker wirklich entlasten wollen, dann gibt es genug intelligentere Möglichkeiten dazu. Sorgen Sie zum Beispiel dafür, dass diese Ihr einspuriges Fahrzeug mit dem mehrspurigen Fahrzeug auf ein Wechselkennzeichen anmelden können, denn das bringt den Bikern ein paar Hundert Euro im Jahr.

Oder, sorgen Sie dafür, dass die Autobahnvignette am PKW des Bikers auch auf seinem Bike Gültigkeit hat. Damit können Sie wesentlich effizienter entlastet werden und gleichzeitig ist die Sicherheit der einspurigen Fahrzeuge weiterhin gewährleistet.

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächster Redner hat sich Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Ich finde es relativ witzig, wie diese Debatte begonnen hat.

Zuerst kommt der Kollege Kölly heraus, beschwert sich, dass die Regierungsmitglieder den Saal verlassen haben, weil sie Mittagessen gehen, dann redet er drei Minuten und er geht auch aus dem Saal. (*Abg. Doris Prohaska: Vielleicht ist auch er essen gegangen.*)

Ich nehme an, dass er auch Mittagessen gegangen ist, (*Abg. Mag. Werner Gradwohl: Oder vielleicht stellt er sein Auto weg.*) das Auto wegstellt, oder, ich weiß nicht was tut. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Dann kommt der Kollege Reimon heraus, sagt, dass das ja irgendwie ein Witz ist, dass wir da nur Anträge haben, die sich an den Bund wenden und dass das überhaupt keine Initiativen sind, die das Land betreffen.

Ich meine, erstens, stimmt das nicht, weil der nächste Punkt sich an das Land wendet. Zweitens wäre es doch auch Ihre Aufgabe, selbst initiativ zu werden und zur

Finanz-, zur Umwelt- oder zur Naturschutzpolitik etwas einzubringen. *(Ein Zwischenruf des Abgeordneten Michel Reimon, MBA)*

Ich glaube, es ist derzeit für die Oppositionspolitiker ein Problem, dass wir eine Regierung haben, die arbeitet, die nicht streitet und viel weiterbringt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ich möchte aber trotzdem ganz kurz auf das Thema selbst eingehen. Wir wissen ja alle, dass Leute, die sich ein neues Motorrad kaufen, derzeit einem teuren Irrtum aufsitzen können. Nämlich dann, wenn sie glauben, dass die Regelung so ist, wie beim Auto, die berühmte 3-2-1 Regelung.

Das ist nämlich nicht so. Da fragt man sich natürlich dann: Warum ist das nicht so? Ich möchte schon sagen: Natürlich gibt es Argumente dafür, dass man bei Motorrädern jährlich überprüft.

Auf der einen Seite könnte die regelmäßige Kontrolle der Abweichungen vom Normzustand, etwa durch andere Auspuffanlagen, natürlich schon ein Hintergedanke des Gesetzgebers sein, dass er hier auf ein einjähriges Intervall gesetzt hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein weiteres Argument ist, dass viele Motorräder natürlich eingewintert werden, idealerweise in der Garage, schlechtestenfalls im Freien und da leiden natürlich gewisse Systeme, wie beispielsweise das Bremssystem oder auch die Reifen entsprechend.

Die § 57a Begutachtung ist grundsätzlich eine gute Sache, denn man bekommt eine objektive Diagnose. Man erfährt, ob Reparaturen notwendig sind und stellt die Verkehrs- und Betriebssicherheit fest.

Die unterschiedlichen Intervalle wurden schon erwähnt. Beim PKW die 3-2-1-Regelung, bei historischen Fahrzeugen alle zwei Jahre, bei anderen Fahrzeugen jährlich. Es gibt aber viele Experten, die raten, auch wenn die Intervalle anders sind, spätestens alle zwei Jahre einen freiwilligen Test zu machen.

Ich denke, trotzdem ist der Wunsch vieler Motorradfahrer, die eine analoge Regelung zum Auto zu bekommen, schon nachvollziehbar, weil es natürlich Geld kostet, weil es auch mit Zeitaufwand verbunden ist.

Ich denke, der Verkehrsteilnehmer muss selbst das größte Interesse haben, dass er ein technisch einwandfreies Fahrzeug hat. Immerhin geht es doch um sein eigenes Leben, um seine eigene Gesundheit, auch um das Leben und die Gesundheit der Mitmenschen.

Deshalb bin ich der Meinung, dass wir es durchaus verantworten können, hier zu verlangen, dass die Motorradfahrer eine analoge Regelung zum KFZ bekommen, wobei dann die Eigenverantwortung der Motorradfahrer natürlich entsprechend größer ist. *(Beifall bei der ÖVP - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich muss nur sagen, besonders optimistisch, dass es rasch zu einer solchen Änderung kommt, bin ich nicht wirklich. Wir sind nicht zuständig, wir können nur das zuständige Organ, den Nationalrat, ersuchen, sich Gedanken zu machen. Kollege Kölly ist auch wieder da.

Ich hoffe, das Essen hat geschmeckt. *(Abg. Manfred Kölly: Ja! Leider nur eine Wurstsemmel.)*

Wie gesagt, besonders optimistisch, dass es rasch zu einer Lösung kommt, bin ich nicht, denn viele Experten sind für die Beibehaltung der derzeitigen Regelung.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, wird die ÖVP diesen Antrag natürlich unterstützen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächster Redner hat sich Herr Landtagsabgeordneter Günter Kovacs zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Günter Kovacs (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe sehr genau zugehört, was meine Vorredner zu diesem Antrag argumentiert haben und wie sie es getan haben.

Da möchte ich doch ein wenig einhaken. Herr Abgeordneter Kölly! Sie stellen sich hier heraus und sagen, dass die Regierungsmitglieder nicht da sind, beschweren sich darüber, und haben gar nichts oder ganz wenig zur Sache selbst gesagt. *(Abg. Manfred Kölly: Das brauche ich auch nicht. Es steht doch ohnehin alles da.)* Das hat mich eigentlich sehr enttäuscht. *(Abg. Manfred Kölly: Steht alles da!)*

Zum Abgeordnete Reimon möchte ich Folgendes sagen: Sich zu beschweren, dass die Tagesordnung nicht viel hergibt, dann, sich hier herzustellen und zur Sache aber rein gar nichts zu sagen, ist wirklich einmalig.

Das ist auch bemerkenswert. *(Abg. Michel Reimon, MBA: Das ist so ein unwichtiger Antrag! Absolut entbehrlich, also weg damit! - Abg. Manfred Kölly: Ihr lest doch ohnehin nur vor, was vorne am Antrag steht. - Abg. Ingrid Salamon: Also bitte!)*

Natürlich darf ich auch erwähnen, *(Abg. Manfred Kölly: Das ist aber so! Es steht alles da! - Abg. Ingrid Salamon: Geh, höre doch auf!)* dass sich die FPÖ und die ÖVP sehr sachlich, fachlich und auch korrekt mit diesem Thema auseinandergesetzt haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine Damen und Herren! Wir reden heute hier nicht über irgendeine Nebensächlichkeit, nicht über die Befindlichkeit irgendeiner Interessensgruppe und nicht über ein Stück Plastik, das zufällig Pickerl heißt. *(Abg. Michel Reimon, MBA: Eine absolute Nebensächlichkeit.)*

Wir beschäftigen uns hier mit der Sicherheit von Menschen. Deswegen bin ich dankbar, dass ernsthaft gesprochen wird. Denn nichts, werte Kolleginnen und Kollegen, darf uns als Abgeordnete wichtiger sein, als die Sicherheit der Burgenländerinnen und Burgenländer. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Dafür müssen wir uns in allen Facetten einsetzen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Geschätzte Damen und Herren! Die wichtigste Frage zu diesem Anliegen, dass der Motorradklub „Red Biker“ an uns herangetragen hat und das wir nun hier im Landtag debattieren, lautet bei diesem Hintergrund daher: Ist eine Angleichung der Pickerlregelung der Motorräder an jene, die für PKW gilt, aus Sicherheitsaspekten verantwortbar, oder nicht.

Ich sage, meine Damen und Herren: Ja, das ist verantwortbar, denn das, was vom Gesetzgeber für neue Autos für rechtens und verantwortbar erklärt worden ist, muss auch für Motorräder rechtens und verantwortbar sein.

Hier geht es also nicht um Sicherheit, sondern um Fairness. Dafür, meine Damen und Herren, sprechen einige Argumente:

1. Es gibt keinen Beleg dafür, dass neue Motorräder technisch schlechter gebaut wären, als Autos und deswegen mehr Sicherheitsbetreuung bräuchten, als Autos.

Warum sollen also aber die Motorradfahrer mit ihren Geräten öfter zum Pickerl? Das wäre doch unlogisch, meine Damen und Herren!

2. Die Fahrleistung von PKW und Motorrädern ist höchstunterschiedlich. PKW-Fahrer sind, so wertet die Statistik Austria aus, im Burgenland mit dem Erstauto rund 16.600 km pro Jahr unterwegs.

Das ergibt in drei Jahren, wenn dann ein neues Auto das erste Mal in die Werkstatt zum Pickerl fährt, eine Fahrleistung von 49.800 km. Der Motorradfahrer legt pro Jahr im Durchschnitt rund 4.900 km zurück. Warum soll also ein durchschnittlicher Motorradfahrer mit seinem Untersatz nach 4.900 km zum Pickerl, während ein durchschnittlicher Autofahrer mit seinem PKW das erst beim zehnfachen der Kilometerleistung tun muss? Meine Damen und Herren! Das ist völlig unlogisch!

3. Selbst Fans alter Fahrzeuge, Oldtimer, also von Autos, die mitunter schon Jahrzehnte und abertausende Kilometer auf dem Tacho haben, müssen, so hält es der Gesetzgeber für verantwortlich, nur alle zwei Jahre zur Inspektion. Beide, Oldtimer und Motorräder, sind in der Regel nur von April bis Oktober unterwegs.

Warum soll also ein funkelnagelneues Motorrad sicherheitstechnisch um so viel anfälliger sein als ein Jahrzehnte altes Auto und in doppelt so kurzen Intervallen zur Inspektion? Das, meine Damen und Herren, ist völlig unlogisch!

Daher, Hohes Haus, kann ich sehr gut verstehen, dass die Motorradfahrer sich hinstellen, und sagen: Wir wollen keine Extrawurst, aber, wir wollen genau das, was der Gesetzgeber auch für PKW vorsieht.

Ich finde, werte Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht nur recht und billig, sondern auch fair. Auch dafür, nämlich für Fairness, treten wir gerne ein. *(Beifall bei der SPÖ)*

Geschätzte Damen und Herren! Viele, die ein Motorrad fahren und sich für gleiches Recht im Zusammenhang mit der geltenden Pickerlregelung einsetzen, geht es nicht um die Kosten, aber man soll auch die nicht außer Acht lassen. Immerhin zahlen jetzt Motorradfahrer für drei Inspektionen zusätzlich gegenüber Autolenkern.

Das ist insbesondere für jüngere Menschen ein Argument. Ich will jedenfalls nicht haben, dass der Gesetzgeber Jüngere zur Kassa bittet, ohne ein wirklich überzeugendes Argument zu haben.

Das trägt nicht zur Verkehrssicherheit bei, sondern nur zum politischen Verdruss. Daher dieser Antrag, denn auch wir brauchen keine unverständlichen, unlogischen Gesetze, sondern verständliche Regelungen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Es ist bereits auch im Vorfeld von Umsatzeinbußen gesprochen worden. Etwa, für Autofahrerklubs, deren Arbeit ich im Übrigen sehr schätze, wenn die Pickerlregelung im Sinne des Antrags geändert wird, werden ARBÖ und ÖAMTC weniger Umsatz haben.

Das stimmt auf der einen Seite. Ich frage aber: Was ist besser und zielführender? Sollen wir eine Regelung verteidigen, die unlogisch und unfair ist, oder sollten wir nicht darüber nachdenken, was wir tun können, dass die Verkehrssicherheit wirklich anhebt und auch den Klubs etwas bringt.

Natürlich ist die Alternative das Sinnvolle und Vernünftige. Statt auf unverständliche Pickerleinnahmen zu pochen, sollten wir alle zusammen darauf hinwirken, dass es mehrere Verkehrssicherheitskurse und Fahrsicherheitstrainings gibt.

Wir sollten darauf schauen, dass Motorrad- und Autofahrer ihre Fahrzeuge freiwillig auch in den ersten beiden beziehungsweise im vierten Jahr überprüfen lassen.

Wenn wir dazu motivieren können sind nicht nur Umsätze gesichert, sondern auch alle auf der Straße mehr gesichert. Das gilt es für uns zu erreichen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Es ist zwar höchst erfreulich, dass Unfälle unter ZweiradfahrerInnen zurückgehen, es gibt aber dennoch Gruppen, die Sorgen machen. Das sind zum einen junge LenkerInnen von Mopeds und Kleinmotorrädern.

Sie waren im Vorjahr leider an jedem zweiten Motorrad- und Mopedunfall beteiligt. Zum anderen geht es um die Altersgruppe ab 40 Jahren, die so genannten Wiederaufsteiger zum Motorradfahren, die mit wenig Übung nach Jahrzehnten wieder auf ein Motorrad steigen und nicht über jene Koordination verfügen, die für maximale Sicherheit notwendig ist.

Was wir brauchen, ist also ein deutlicher Sprung bei den Fahrsicherheitstrainings. Dazu gibt es durchaus gute Ansätze. Verkehrsministerin Doris Bures ist hier sehr initiativ. Es ist auch die Verkehrsabteilung der zuständigen Landesrätin Resetar tätig. Die Landesrätin ist auch hier tätig. Die Polizei engagiert sich. Es sind ARBÖ, ÖAMTC, einige andere oder auch die „Red Biker“ im Bereich Fahrsicherheit aktiv.

Schön, aber wir brauchen hier deutlich mehr. Ich werde daher als Verkehrssprecher der SPÖ die Vertreter der relevanten Stellen zu einem Gespräch einladen. Gemeinsam gilt es nachzudenken, wie wir das Angebot und die Inanspruchnahme von Fahrsicherheitsausbildung und -trainings steigern können.

Dabei liegen mir besonders die jungen Menschen am Herzen. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir gerade in jedem Bezirk ein kostenloses Fahrsicherheitstraining ermöglichen.

Wenn wir nur ein einziges junges Leben damit retten können, meine Damen und Herren, Hohes Haus, ist jeder Aufwand gerechtfertigt und wir können wirklich für mehr Sicherheit sorgen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion stimmt dem vorliegenden Antrag zu. Wir setzen uns für das Anliegen von 25.000 Motor-, Moped- oder Mofafahrern im Burgenland ein, weil sie bei der Pickerlregelung mehr Fairness verdient haben.

Wir setzen uns für 25.000 Motorrad-, Moped- und Mofafahrer ein, indem wir uns gegen unlogische, unverständliche Gesetze einsetzen, aber für intelligente und sinnvolle Maßnahmen bei der Verkehrssicherheit stark machen.

Meine Damen und Herren, Danke schön! *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, hat die Frau Berichterstatterin das Schlusswort. *(Abg. Klaudia Friedl: Ich verzichte!)*

Die Frau Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend „3-2-1-Regelung beim Pickerl für Mopeds und Motorräder“ ist somit einstimmig gefasst.

4. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung (Beilage 214) betreffend Verwendung der Landes-Fördermittel für burgenländische Kindergärten auch für Einrichtungsgegenstände (Zahl 20 - 126) (Beilage 219)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Wir kommen nun zum 4. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung, Beilage 214, betreffend Verwendung der Landes-Fördermittel für burgenländische Kindergärten auch für Einrichtungsgegenstände, Zahl 20 - 126, Beilage 219.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Edith Sack.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Frau Berichterstatteerin.

Berichterstatteerin Edith Sack: Sehr geehrter Herr Präsident! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Verwendung der Landes-Fördermittel für burgenländische Kindergärten auch für Einrichtungsgegenstände in ihrer 9. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 11. Mai 2011, beraten.

Ich wurde zur Berichterstatteerin gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Verwendung der Landes-Fördermittel für burgenländische Kindergärten auch für Einrichtungsgegenstände unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Danke Frau Berichterstatteerin. Ich erteile nun dem Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly als erstem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Bevor ich auf den Punkt „Verwendung der Landes-Fördermittel der burgenländischen Kindergärten auch für Einrichtungsgegenstände“ einsteige, ist der Herr Kollege Kovacs jetzt entschwunden.

Wenn er sagt, ich stelle mich einfach hier her und sage dann nichts aus, möchte ich dazu nur Folgendes festhalten: Ich brauche nichts herunterzulesen, so, wie der Herr Kovacs, was ihm der Kollege vorgeschrieben hat, sondern ich weiß, was und wovon ich rede. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn ich das klarstellen darf: Oft ist weniger mehr und es macht mehr Sinn, dass man nicht das herunterliest, sondern klar und deutlich zum Ausdruck bringt, was man eigentlich unterstützt und was man eigentlich haben will. *(Abg. Josef Loos: Das hat er aber sehr wohl auch gesagt.)*

Herr Kollege! Du brauchst keinen verteidigen. Das ist so.

Ich habe auch kein Problem damit. Als Bürgermeister einer Gemeinde weißt Du das ganz genau. Da lässt man gewisse Dinge auch in der Kürze dementsprechend zu. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn man etwas herunterliest, sieben Seiten lang, dann macht das keinen Sinn, sage ich einmal. Aber, ich denke, wir haben einen anderen Punkt.

Ich hoffe, dass der Herr Kollege Kovacs dann auch bei der Vignette mitstimmen wird. Das ist genau so ein Punkt, wie die Pickerl auf den Motorrädern und Motorfahrzeugen. Zweiradgefährte.

Daher glaube ich, dass es auch wichtig ist, wenn wir im Hohen Haus über Kinderbetreuung sprechen. Das ist genau dieser Antrag, der seitens der Liste Burgenland hier eingebracht wurde, wo ich vor Ort und als Verwalter eines Kindergartens sehr wohl weiß, auf was es hier ankommt.

Es kann doch nicht sein, dass ich nur die Mauern hinstelle, die ich gefördert bekomme. Ist ja alles wunderbar und schön. 20 Prozent gibt es dafür. Das ist schon so geregelt, soll so sein. Das finde ich auch für in Ordnung. Wenn man eine gemeindeüberschreitende Kinderkrippe hat, dann gibt es 30 Prozent an Förderung. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist eine tolle Unterstützung für die Gemeinde, für die Kindergärten, für die Kinder und für die Eltern. Aber, genauso wichtig ist es für uns, seitens der Liste Burgenland, auch die Gruppenräume, auch die Einrichtungsgegenstände beziehungsweise die Geräte, womit sich die Kinder befassen und auch lernen können, zu fördern.

Ich sehe ein, dass es in diesem Budget nicht vorgesehen wurde, denn ich lese, dass hier keine Möglichkeit budgetärer Seiten gegeben ist. Das beschlossene Budget für das Jahr 2011 und das geplante Budget für 2012 sehen derzeit keine Möglichkeit vor, Ausstattungen von Kinderbetreuungseinrichtungen zu subventionieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen auch in den Gemeinden, dass es oft schwierig ist, dass man viele Ausgaben tätigen muss, die anfallen. Von irgendwo muss man das Geld auftreiben.

Im Land ist es doch so, dass man immer Nachtragsvoranschläge vorsieht und immer macht. Warum kann man hier nicht für unsere Kleinsten, für unsere Wichtigsten und Liebsten in der Gesellschaft, auch dort ein Geld auftreiben?

Daher glaube ich, dass diese Vorgangsweise sinnvoll wäre, im Gegensatz zu Abänderungsanträgen, die im Endeffekt eine sogenannte „Wischi-waschi-Lösung“ sind. Wir sollten schauen, dass wir das erhalten, was wir haben.

Jawohl! Das sollte man erhalten, dazu stehen wir. Aber, wir stehen auch dazu, dass man auch Gerätschaften für das Innenleben eines Kindergartens bereitstellt.

Ich mache hier einen klaren Vorschlag. Ganz klar und deutlich. Man spricht immer von einem Gratiskindergarten. Ich glaube, die Eltern würden das einsehen, wenn man in Gruppenräumen auch dementsprechende Lösungen finden könnte.

Setzen wir uns mit den zuständigen Leuten in der Regierung zusammen, auch mit den Beamten. Es wird sicherlich eine Lösung geben, dass wir hier die finanziellen Mittel aufstellen können.

Ich habe hier schon einen Vorschlag gemacht, aber vielleicht macht sich auch einmal die Zuständigkeit in diesem Hohen Haus einmal Gedanken, wie man das schaffen könnte.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es ganz wichtig ist, hier diesen Antrag, den die Liste Burgenland eingebracht hat, zu unterstützen. Den Abänderungsantrag wird es

sowieso immer geben. Es gibt keinen einzigen Antrag, der von der Opposition eingebracht wird, der nicht abgeändert wird.

Egal, und wenn es nur ein Satz ist, um dann zu sagen: Wir haben unseren Antrag, wenn es gut geht, umgesetzt. Wenn es schlecht geht, ist es ohnehin egal.

Daher, noch einmal: Für mich und für die Liste Burgenland ist es wichtig, diesen Antrag, der seitens der Liste Burgenland eingelangt ist, auch zu unterstützen, denn es macht Sinn, für unsere Zukunft, für unsere Jüngsten, etwas zu tun. Danke schön.

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächste Rednerin hat sich Landtagsabgeordnete Ilse Benkö zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner, der den zugrunde liegenden Antrag eingebracht hat, hat bereits weitgehend erklärt, worum es geht. Im Resultat geht es wieder einmal um die Frage, wer zahlt was.

Was zahlt das Land, was müssen die Gemeinden zahlen? Die Liste Burgenland vertritt die Meinung, Fördermittel des Landes sollte es auch für Einrichtungsgegenstände in Kindergärten geben.

SPÖ und ÖVP bringen in ihrem Abänderungsantrag zum Ausdruck, dass alles so bleiben soll, wie es momentan ist, nämlich, dass vor allem Personal und bauliche Maßnahmen im Bereich der Kinderbetreuung subventioniert werden sollen.

Ich bin zwar kein Bürgermeister, kann mir aber dennoch vorstellen, warum der Bürgermeister von Deutschkreutz eine Änderung wünscht.

Der Budgetdruck, und das wissen wir, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wird auf allen Ebenen immer größer. Das trifft natürlich auch auf die Gemeinden zu. Da muss ich ihm schon recht geben.

Der Abänderungsantrag der SPÖ und der ÖVP entspricht wieder einmal einem altbekannten Muster. Die Landesregierung wird aufgefordert, ihren so eindrucksvollen Weg weiter so konsequent zu verfolgen.

Ich sage Ihnen, das ist eine Lobhudelei. Natürlich ist das Bestehende in Ordnung. Aber, man muss auch und sollte auch einmal den Mut haben, von Seiten der Regierungsparteien nicht abzuändern, sondern, wenn man das nicht will, einmal dagegen sein und das klar und deutlich sagen, denn diese Abänderungsanträge könnten wir uns wirklich ersparen.

Herr Präsident! Hohes Haus! Gestatten Sie mir, dass ich zwar nicht den Kollegen Reimon unterstütze, aber, er hat mit vielen Dingen nicht so unrecht.

Auch das, was er heute in der Fragestunde gesagt hat. Fakt ist, dass man mangels inhaltlicher Substanz der Anträge gewisse Dinge zur heutigen Landtagssitzung schon anmerken muss.

Ich habe es bei der letzten oder vorletzten Sitzung auch schon hier gesagt und auch meinem Unmut Ausdruck verliehen. Gerade vor der heutigen Sitzung wurde doch, wie Sie alle wissen, von den Medien die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser wäre, die heutige Sitzung abzusagen und die wenigen und nicht besonders wichtigen Tagesordnungspunkte bei der nächsten Sitzung zu behandeln. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Es ist ja wirklich ein Wahnsinn. Man hat gemerkt, dass der SPÖ und der ÖVP diese Frage durchaus unangenehm, sogar mehr als unangenehm war.

Es ist eben so gewesen, dass kein Rechnungshofbericht da war. Man könnte die Regierung fragen, warum keine Regierungsvorlage da war? Es war auch sonst nichts Weltbewegendes.

Daher wurde diesmal speziell und besonders gut erkennbar, und da hat der Kollege Reimon nicht so Unrecht, wenn wir uns die heutige Tagesordnung anschauen, wie die Meinung in der Öffentlichkeit ist, nämlich, dass der Landtag doch fast unnötig ist.

Das müssen wir alle schon ernst nehmen. Die Argumentation der Klubobmänner von SPÖ und ÖVP, liebe Kolleginnen und Kollegen, war doch dazu mehr als peinlich.

Da wurde mit den Kontrollrechten der Abgeordneten argumentiert. Also mit jenen Rechten, die die Opposition in keinem effektiven Ausmaß hat und die die Regierungsparteien als Wurmfortsatz, da hat der Kollege Reimon schon recht, der Regierung nicht einmal effektiv wahrnehmen.

Er hat es angesprochen, das Fragerecht. Da hat er recht, denn wir verfolgen, seit einem Jahr ist es mittlerweile, fragen die SPÖ-Mandatäre und ihre Regierungsmitglieder. Natürlich, das ist demokratisches Recht, das ist auch gut so, das hat der Kollege Radakovits auch gesagt, aber das ist ja ein Theater.

Ich meine, wir erzählen uns wechselseitig wie gut wir sind und was da alles passiert. Faktum ist, dass es sehr, sehr viele Probleme in dem Land gibt und wir sagen nur immer, wie schön es ist und wir feiern 90 Jahre.

Aber Herrschaften, Probleme haben wir mehr als genug!

Meine Damen und Herren! Die Landtage - und da sollten wir alle darüber nachdenken und nicht schon wieder sagen, die Opposition regt sich auf, so, wie sich der Kollege Steiner herstellt und die Aussage des Kollegen Reimon bekrittelt. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Was?)*

Es ist doch nicht so, wir denken uns etwas dabei und wir sollten da gemeinsam versuchen, die Ernsthaftigkeit von uns allen auch in der Öffentlichkeit zu zeigen. Und die Leute - so, wie sie uns ansprechen, werden sie auch andere Kolleginnen und Kollegen ansprechen: "Schafft ab die Landtage, weil das ist eh umsonst." Das ist der Grund. *(Abg. Werner Friedl: Das ist nicht das Thema.)*

Ich habe mir erlaubt, Anmerkungen zu machen, weil ich das inhaltlich schon gesagt habe *(Abg. Werner Friedl: Aber das ist nicht das Thema. - Abg. Edith Sack: Das ist nicht zum Thema.)* und meine Vorredner vieles dazu und darüber muss man reden.

Man muss dazu reden dürfen, und das ist das Traurige, auch in der Öffentlichkeit - geschätzte Kolleginnen und Kollegen, weil die Resultate dieser heutigen Sitzung - und da hat er auch Recht - nur mehr Entschließungen sind.

Auch wir machen es nicht anders. Wir machen es auch darum so, weil uns die Inhalte fehlen, weil keine Vorlagen kommen.

Das soll ja eine konstruktive Kritik sein. Ihr seht immer alles negativ, dass wir auch das gemeinsam überlegen.

Da würde ich den Herrn Präsident schon bitten - es ist ja auch seine Aufgabe -, dass er endlich einmal eine ernsthafte und eine ehrliche Diskussion über die künftige Rolle des Landtages initiiert.

Was wir sind, Kolleginnen und Kollegen, was wir können, das wissen wir. Aber was wir in Zukunft sein und können wollen, das wissen wir nicht. *(Zwischenruf der Abg. Edith Sack)*

Und ich sage Ihnen - Sie hören es genauso wie ich, Frau Kollegin - die Rufe nach der Abschaffung der Landesparlamente in der Bevölkerung draußen, die sind ja daher verständlich und darüber sollten wir nachdenken.

Das sollte eine Anregung sein. Danke! *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Leo Radakovits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Leo Radakovits (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Benkö! Die Demokratie und die demokratische Einrichtung Landtag *(Abg. Ilse Benkö: Ist okay.)* ist davon abhängig, was wir daraus machen, welches Bild wir gemeinsam dafür bereit sind zu leisten. *(Abg. Ilse Benkö: Genau.)*

Es hilft nichts, dass sich jeder seine demokratische Einrichtung so zu Recht zimmert, gerade auf welcher Seite er steht puncto Mehrheitsverhältnissen. *(Zwischenruf der Abg. Ilse Benkö.)*

Ich lade sicherlich gerne alle ein, einen Beitrag mit zu leisten, dass es positiv ist. Ich denke, alle haben sich verdient, dass die heutigen Tagesordnungspunkte genauso wichtig genommen werden. *(Abg. Ilse Benkö: Das habe ich immer gesagt.)* Die können nämlich genauso dazu beitragen, dass sie nachher Ausfluss von Gesetzen werden.

Gerade die Oppositionspartei, dass sie die Tagesordnung abqualifizieren, wenige Punkte und weniger qualitativ, *(Abg. Ilse Benkö: Inhaltlich habe ich gesagt.)* inhaltlich nicht qualitativ. Das ist eigentlich einer Oppositionspartei sicherlich nicht würdig. *(Abg. Johann Tschürtz: Entschließungsantrag . - Abg. Ilse Benkö: Genau.)*

Ich denke, wir sollten uns alle gemeinsam hier am Riemen nehmen *(Abg. Ilse Benkö: Das habe ich gesagt.)* und versuchen, die Arbeit hier hochzuhalten und sie mit Inhalt statt mit Emotion zu füllen. *(Abg. Ilse Benkö: Genau, das habe ich auch gesagt.)*

Zum Antrag des Herrn Kollegen Kölly betreffend Förderung von Einrichtungsgegenständen in den Kindergärten. Die derzeitige Förderschiene läuft auf Grund des Erlasses des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom 22. Dezember 2009, wo die Förderung betreffend Kindergärten, Kinderkrippen, alterserweiterte Kindergarten-Gruppen, Horte und heilpädagogische Kindergarten- oder Hortgruppen festgeschrieben ist.

Unter Punkt 13 ist eben angeführt, dass für Baugrunderwerbskosten und Bauaufschließungskosten sowie Einrichtungskosten keine Zweckzuschüsse derzeit gewährt werden. *(Abg. Manfred Kölly: Derzeit.)*

Andererseits ist dieser Erlass des Jahres 2009 eine große Erleichterung für die Gemeinden, wie das ganze Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz des Jahres 2009 es ist.

Gerade bei der Förderung wurde die Mindestbaukostensumme von 36.000 Euro halbiert. Der Gemeinde reichen schon 18.000 Euro an Investition, um in den Genuss der 20-prozentigen Förderung zu kommen oder bei gemeindeübergreifenden Investitionen 30 Prozent lukrieren zu können.

Ein wichtiger Erlass insofern, weil eigentlich erstmalig vom Land für interkommunale Kooperationen auch bewusst Steuerungsmechanismen eingeführt wurden *(Abg. Manfred Kölly: Bist Du dagegen oder dafür? Das will ich wissen.)* und

insofern ist es auch eine wichtige Sache, die es natürlich auch verdient, dass man sie näher beleuchtet.

Ich habe das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz des Jahres 2009 angesprochen, das in vielerlei Richtungen Verbesserungen gebracht hat:

- Das Eintrittsalter wurde auf zweieinhalb Jahre herabgesetzt.
- Ein pädagogisches Konzept ist zu errichten.
- Zusätzliche Helferinnen und Helfer wurden den Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen zur Seite gestellt.
- Eine Hortförderung wurde erstmalig eingeführt.
- Ein neues Dienstrecht für Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen wurde eingeführt.
- Mit der Kinderbetreuungsbauteil- und Einrichtungsverordnung auch weitere Richtlinien für die Einrichtungsgegenstände verfasst.

Das Ergebnis lässt sich sehen. Das Burgenland hat mit einer Betreuungsquote von 99,5 Prozent bei den Drei- bis Fünfjährigen und 23,5 Prozent bei den unter Dreijährigen eine hohe Quote.

Das ist insofern wichtig zu betonen, *(Abg. Manfred Kölly: Nein.)* weil das eine Spitzenposition ist, die wir alle gemeinsam, das Land und die Gemeinden, nicht verstecken müssen, sondern auf die wir recht stolz sein können. *(Abg. Manfred Kölly: Nein, das stimmt nicht. Der Antrag lautet Verwendung der Landes-Fördermittel für Kindergärten auf für Einrichtungsgegenstände und nicht was Du da erzählst.)*

In 290 Betreuungseinrichtungen *(Abg. Manfred Kölly: Kein Wort.)* werden im Burgenland derzeit 10.300 Kinder betreut. Insgesamt sind 970 Kindergartenpädagoginnen und rund 400 Helferinnen damit beschäftigt.

Durch die Anstellung der Helferinnen wurden für zusätzlich 200 Frauen im Burgenland Arbeitsplatzmöglichkeiten geschaffen *(Abg. Manfred Kölly: Wer zahlt es?)*

Somit ist *(Abg. Manfred Kölly: Wer zahlt es?)* auch die Frauenerwerbsquote im Burgenland *(Abg. Manfred Kölly: Wer bezahlt das?)* über dem Durchschnitt, und ist damit mit ein Antrag eingebracht worden. *(Abg. Mag. Werner Gradwohl: Die Bürger. - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Immer die Bürger. - Abg. Manfred Kölly: Wir können alle anstellen, aber wer zahlt es?)*

Auch Ihren Antrag würden *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die Bürger.)* die Bürger zahlen, lieber Herr Kollege Kölly, wenn die Einrichtungsgegenstände mitgefördert werden.

Jede Förderung ist aus Steuermitteln eine Bürgerförderung. *(Abg. Manfred Kölly: Ja selbstverständlich. Aber wir fördern ja auch, was weiß ich, die Therme in Frauenkirchen.)* Wir brauchen es insofern nicht extra erwähnen, weil ich denke, für uns das selbstverständlich sein sollte.

Aber, wenn wir die Förderungen des Landes angesprochen haben ... *(Abg. Manfred Kölly: Aufgeteilt, die Förderungen. Das ist das Entscheidende. Ich will ja nicht mehr Geld haben, sondern aufgeteilt. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen – Zwiegespräche zwischen den Abgeordneten Manfred Kölly und Ing. Rudolf Strommer.)*

Herr Kollege Kölly, ich habe Ihnen auch zugehört. *(Abg. Manfred Kölly: Ich rede mit dem Herrn Klubobmann.)* Sie haben gemeint, in der Kürze liegt die Würze, ich probiere es kurz, aber wenn Sie ständig ein Ko-Referat halten wird es schwer sein, das umzusetzen.

Vielleicht motivieren Sie die Jugendlichen, dass Sie unheimlich interessant wirken wollen auch von dieser Platzposition her. Aber ich denke, das gesprochene Wort sollte doch Ausfluss ... *(Abg. Manfred Kölly: Heiliger Strohsack! Nein.)* Ich werde mich bemühen, dass auch Sie Ihre Zufriedenheit irgendwann finden können.

Die Hortförderung: 79 Prozent ist die Hortförderung gestiegen seit dem Jahr 2009. Ich darf verweisen, dass im Jahr 2008 19 Horte im Burgenland eingerichtet waren und derzeit 34 Horte in Betrieb sind. Die Zahl der betreuten Kinder in Horten ist von 492 auf 853 erhöht worden.

Bei den Betreuungsplätzen der unter Dreijährigen sind diese von 585 Plätzen auf 1.326 auch erhöht worden.

Was will ich damit sagen? Dass sämtliche Maßnahmen, die wir uns im Jahr 2009 gesetzt haben, gegriffen haben. Das ist nämlich das Entscheidende.

Diese Kinderbetreuungsthematik ist eine sehr dynamische. Eine große Novelle im Jahr 2005 hat bereits die nächste Novelle im Jahr 2007 erfahren, um im Jahr 2008 das neue Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz zu fassen, welches wiederum aufgrund einer Bundes 15a-Vereinbarung weiter ergänzt wurde im Jahr 2009.

Wir sehen, dass hier nicht nur eine große Dynamik ist, sondern auch die Schiene eindeutig in Richtung Verbesserung, in Richtung mehr Angebote, in Richtung mehr Vereinbarkeit von Beruf und Familie und vor allem auch Verbesserung der Möglichkeiten der Kindergartenpädagogik da ist.

Die Gemeinden haben gemeinsam mit dem Land auch viel mehr Geld in die Hand genommen. Der Gemeindefinanzbericht weist das eindeutig aus. Die Kinderbetreuungsförderung entwickelt sich mit dem höchsten Zuwachs zu einer der höchsten Budgetpositionen für die Gemeinde.

Das, was vor einigen Jahren, Jahrzehnten noch undenkbar war, wo viel mehr in Bauten in so genannte Hardware investiert wurde, da gibt es jetzt puncto Betreuung so genannte Software - wenn wir es so nennen wollen - viel mehr Investitionen und das ist auch gut so.

Die Bürger wollen diese Rahmenbedingungen und wir sind auch gut beraten seitens der Gemeinden, das zu forcieren. Das bietet uns die Chance, die Bürger in den Gemeinden zu halten, an die Gemeinde zu binden, wenn wir mehr Möglichkeiten schaffen.

Das Land hat noch im Jahr 2008 zwölf Millionen Euro zirka an Personalkostenförderungen an die Gemeinden überwiesen. Durch das neue Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz sind nunmehr 19 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Das heißt, das Land hat hier vermehrt Mittel in die Hand genommen.

Wenn wir uns noch zu Gemüte führen, dass über das Familienförderungsgesetz 8.000 Familien im Burgenland entweder 500 Euro bei Kindergärten im Jahr oder 1.000 Euro bei Kinderkrippen zusätzlich bekommen, ist hier eine weitere Förderkulisse eröffnet worden, die die Gemeinden entlastet, aber auch die Bürger, und insofern sollten wir das nicht gering schätzen.

Ich wollte das bewusst - lieber Herr Abgeordneter Kölly - einleitend sagen, weil es nicht den Anschein haben sollte, dass wir uns nicht auf dem richtigen Weg bewegen. *(Abg. Manfred Kölly: Das wissen wir. Da waren wir schon längst.)*

Es wird auch sicherlich darüber zu diskutieren sein, wie man das erweitern könnte, welche *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt wird er munter. Jetzt kommt er zum Punkt.)* zusätzlichen Möglichkeiten wir noch schaffen könnten. *(Abg. Manfred Kölly: Jetzt kommt er drauf.)*

Entscheidend ist aber auch, welche zukünftigen Herausforderungen bereits auf Grund der jetzigen Erlass-Regelung auf die Gemeinden kommen. Das Land hat hier im Jahr 2010, im Herbst, eine Erhebung durchgeführt.

34 Gemeinden haben Investitionen bis zum Jahr 2015 angemeldet. Für Neubau, Zubau und Sanierungen werden Investitionssummen von 18,9 Millionen Euro geschätzt.

Das heißt, in diesem Bereich sind sehr viele Meldungen bereits vorhanden, die es gilt, auch budgetmäßig zu fassen, auch die Realisierung natürlich zu überprüfen.

Wenn wir jetzt auch zusätzlich Erweiterungen vornehmen wollen, dass die Schiene aufgemacht wird punkto Einrichtungsgegenstände, muss natürlich auch vorher realisiert werden, wie realistisch sind diese 18,9 Millionen Euro, die die Gemeinden gemeldet haben, damit auch das Land dementsprechend die zusätzlichen Förderungen übermitteln kann?

Was wurde auf Grund dieses Erlasses mit den 20 Prozent beziehungsweise 30 Prozent von gemeindeübergreifenden Kinderbetreuungseinrichtungen vom Land gefördert? Im Jahr 2010 waren es 1.831.000 Euro, die wurden aus dem Kindergartenbauprogramm zur Verfügung gestellt.

Eines muss ich Ihnen noch sagen, Herr Kollege Kölly, weil Sie ja vermutlich damit auch nicht so vertraut sind: Wenn zusätzliche Förderschienen eröffnet werden, dann geht das zu Lasten der Gemeinden. *(Abg. Manfred Kölly: Eine Umschichtung.)*

Weil derzeit für weitere Förderungen Bedarfszuweisungsmittel der Gemeinden vorgesehen sind, als Vorwegabzüge. 218.000 Euro sind von den Bedarfszuweisungsmittel der Gemeinden als Auffangbudget für das Kindergartenbauprogramm vorgesehen.

Jede Erweiterung, ohne gleichzeitige Landesmittel, würde natürlich bedeuten, dass sich die Gemeinden das selber zahlen. *(Abg. Manfred Kölly: Wir zahlen das jetzt auch selber.)* Also wir sollten auch ein bisschen die Hintergründe beleuchten.

Es würde Ihnen auch nicht schlecht anstehen, wenn Sie sich vielleicht in diese Richtung bemühen würden. *(Abg. Manfred Kölly: Herr Kollege, ich weiß nicht, wie groß Deine Gemeinde ist, 280.000 Euro kostet mein Kindergarten. – Beifall bei der ÖVP)*

Wichtig ist natürlich *(Abg. Manfred Kölly: Herr Kollege, ich weiß nicht, wie groß Deine Gemeinde ist.)* für die Gemeinden, dass eine weitere Bundesschiene erhalten bleibt, das ist die steuerliche Förderung.

So, wie wir es bei vielen anderen hoheitlichen Projekten gerne hätten, haben wir bei den Kinderbetreuungseinrichtungen den Vorsteuerabzug von 20 Prozent.

Das gilt es natürlich auch zu erhalten bei den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen, damit diese Bereiche sehr wohl nicht angetastet werden, weil es wichtige Maßnahmen sind, die es den Gemeinden zusätzlich, zu diesen Landesförderungen ermöglichen, weiterhin auch rasch und kostengünstiger investieren zu können.

Der Bund hat zweimal jetzt noch eine Förderaktivität zusätzlich eingebracht, nämlich für die verpflichtende Kindergartenbetreuung der Fünfjährigen, für die Halbtagesbetreuung, sind wiederum 70 Millionen Euro für die Jahre 2011 und 2012 zur Verfügung gestellt.

Hier ist derzeit gerade die entsprechende 15a-Vereinbarung bis 3. Juni noch in Begutachtung und das wird dem Land Burgenland weitere 2,2 Millionen Euro bringen.

Was als Wermutstropfen derzeit qualifiziert werden muss, das sind die fehlenden 15 Millionen Euro, die ja in drei Etappen vom Jahr 2008 bis 2010 für die Erweiterung der Kinderbetreuungsplätze der unter Dreijährigen zur Verfügung gestanden sind. Das hat für das Burgenland 437.000 Euro jeweils gebracht.

Aber wie man so hört, auch auf Bundesebene, haben viele Bundesländer das auch mitverursacht, weil sie diese drei Jahre andauernde Förderung nicht abgerechnet haben und hier jetzt ein Evaluierungsprogramm eingezogen wurde.

Selbstverständlich kann es nur die Forderung des Landes sein, dass hier diese Mittel auch für die nächsten Jahre wiederum zur Verfügung gestellt werden, denn sonst werden die erstellten Ziele vielleicht, für 33 Prozent der unter Dreijährigen auch diese Betreuungsplätze zu haben - derzeit sind wir bei 23 Prozent -, dass wir diese dann auch leichter erreichen.

Insofern möchte ich vielleicht noch anmerken, dass gerade - weil es ganz aktuell ist - die Studie der Jugendlichen in Sachen Kinderbetreuung veröffentlicht wurde und viele, nicht nur Politiker, sondern auch Kommentatoren, etwas ratlos zurückgelassen hat.

Da schreibt eine Autorin in der Tageszeitung „Kurier“ „55 Prozent der Frauen, aber auch 34 Prozent der Männer würden gerne nur Haushalt und Kinder schupfen, wenn der Partner genug verdient“, und so weiter.

Da läuft etwas falsch und die befragten Jungen sind wahrscheinlich realistischer als jene oft kinderlosen Politiker und Sozialpartner, die die lückenlose Vollzeitberufsbiografie zum Ideal erhoben haben. Also sicherlich starker Tobak.

Derzeit behilft man sich damit, in der Erläuterung, dass man meint, dass das Studien sind, die ein Idealbild der Jugendlichen vielleicht präsentieren, wo sich dann aber herausstellt, dass dieses Idealbild in der Praxis nicht hält und man sehr wohl dann, um die Erreichung des Lebensstandards sicherstellen zu können, verpflichtet ist beziehungsweise sich verpflichtet fühlt, dass beide Elternteile berufstätig sind.

Das heißt, hier wird noch viel Diskussion insofern notwendig sein, damit man das auch in die Schiene reinbringen kann, was derzeit an Angeboten da ist, beziehungsweise die notwendig sind, in Zukunft dann auch gelegt zu werden und man nicht am Bedarf vorbei arbeitet.

Aber man sieht es ja, dass oft erst das Angebot richtig die Nachfrage dann schafft. *(Abg. Ingrid Salamon: Das ist jetzt ein Scherz.)*

Ich selbst habe in meinem Bezirk vor elf Jahren die erste Kinderkrippe im Bezirk errichtet, gegen viele Widerstände. Und siehe dann, es ist nicht nur gut angenommen worden, sondern es ist eine mustergültige Einrichtung geworden.

Die Nachfrage ist eben mit dem Angebot gestiegen und wir sind alle gut beraten, Betreuungsplätze so viel wie möglich in dieser Richtung auch anzubieten, weil die Realität auch sicherlich eine andere sein wird, als die jetzige Studie.

Man sollte sich vielleicht davon nicht so abbringen lassen, in dieser Richtung, dass wir alle gemeinsam trachten, so viele Betreuungsplätze wie möglich, mit der freien Wahl, so viele wie möglich, auch für die Elternteile zu realisieren.

In diesem Sinne werden wir unserem Abänderungsantrag auch die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächste Rednerin auf der Rednerliste scheint Landtagsabgeordnete Edith Sack auf.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Edith Sack (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war es natürlich und ist es natürlich auch immer noch ein ganz großes Anliegen, dass unsere Kinder im Burgenland die bestmögliche Betreuung bekommen.

Der Frau Kollegin Benkö anscheinend nicht, denn die hat ja zum Thema eigentlich fast gar nichts gesagt.

Im Burgenland haben wir bei der Kinderbetreuung rechtzeitig die richtigen Schritte und wichtige Schritte gesetzt. Wir haben das Budget für die Kinderbetreuung auf einen Rekordstand gebracht.

Herr Abgeordneter Kölly, es werden 21,2, also fast 22 Millionen Euro für die Kinderbetreuung im Burgenland zur Verfügung gestellt. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist auch gut, das ist in Ordnung so.)*

Und da kann man nicht wie Sie, von einer „Wischi-Waschi“-Förderung sprechen, sondern das ist sehr, sehr viel Geld. *(Abg. Manfred Kölly: Nein, Abänderung, der „Wischi-Waschi“-Abänderungsantrag.)* Die Investition ... *(Abg. Manfred Kölly: Das hat keinen Sinn.)* Das, was wir machen, hat alles einen Sinn.

Und die Investitionen, die wir in den letzten Jahren gemeinsam mit den Gemeinden in die Kinderbetreuung investiert haben, die haben sich natürlich ausgezahlt.

Die Betreuungsquote für die Kinder im Alter - das hat der Herr Leo Radakovits angesprochen - von den Drei- bis Sechsjährigen ist im Burgenland bundesweit die höchste und bei den unter Dreijährigen liegen wir nach Wien auch im Spitzenfeld.

Das ist eine sehr erfreuliche Tatsache und das aus zweierlei Gründen: *(Abg. Manfred Kölly: Das ist in Ordnung.)*

Erstens: Die Eltern in unserem Land sind fast ausnahmslos von der Bedeutung einer frühen Bildungsbeteiligung ihrer Kinder überzeugt. *(Abg. Manfred Kölly: Es geht um das, können wir das fördern, oder können wir das nicht fördern.)*

Zweitens: Die Gemeinden sind sehr wohl in der Lage, die Kinderbetreuung selbständig und effektiv zu organisieren.

Unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister tragen dazu auch einen sehr, sehr großen finanziellen Anteil und dafür möchte ich mich bei ihnen auch sehr herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ)*

Eines ist ganz, ganz wichtig: Unsere Kinder- und Bildungsbetreuungseinrichtungen sind heute elementare Bildungseinrichtungen, die über die Betreuung hinaus den Kindern einen ersten kostenlosen Zugang zur Bildung bieten.

Die Einführung des Gratiskindergartens hat natürlich für unsere Familien zu einer wirklichen Verbesserung ihres Familieneinkommens beigetragen. *(Abg. Manfred Kölly: Da schau her, jetzt ist das gratis.)*

Unsere Landesrätin Verena Dunst *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ein Zuschuss.)* und auch der Herr Landeshauptmann haben sich hier sehr bemüht, damit dieser Gratiskindergarten verwirklicht wird und dass den Familien auch finanziell unter die Arme gegriffen wird.

Durch Initiativen von Bund, Land und Gemeinden konnten in den vergangenen Jahren zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden. Es wurden die Öffnungszeiten erweitert beziehungsweise auch Ferienbetreuungsangebote ermöglicht.

Um das Ziel eines möglichst flächendeckenden und bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebotes in allen Gemeinden zu erreichen, haben wir auf flexible Lösungen gesetzt, auch mit unserem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz.

Durch gemeindeübergreifende Kooperationen, aber auch durch die Einbeziehung der Kindergartenhelferinnen, durch die Einbeziehung der Tagesmütter haben auch kleinere Gemeinden die Möglichkeit, bedarfsgerechte Betreuungsplätze anzubieten, die sie sich auch leisten können.

Wie erfolgreich so ein Zusammenschluss sein kann, das zeigen auch die aktuellen Zahlen: Wir haben im Burgenland, acht Jahre nach der ersten gemeindeübergreifenden Kinderkrippe in Draßburg, wo ja unser Klubobmann Christian Illedits Vorreiter war, *(Abg. Manfred Kölly: Die ÖVP war das.)* wir haben heute 27 gemeindeübergreifende *(Abg. Manfred Kölly: Wer sagt das? Das haben wir schon längst gehabt.)* Kinderkrippen und 42 gemeindeübergreifende Kindergärten und das haben wir auch durch unser neues Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz ermöglicht. *(Beifall bei der SPÖ)*

Es haben sich überhaupt durch unser Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz starke Verbesserungen gegeben. Es hat starke Verbesserungen gegeben in der Qualität, genauso wie in der Quantität.

Zweckmäßige und moderne Räumlichkeiten, die allen fachlichen und gesetzlichen Kriterien entsprechen, sind eine Selbstverständlichkeit im Burgenland. Hier bemühen sich die Erhalter der Kinderbetreuungseinrichtungen.

Ich weiß schon, Herr Abgeordneter Kölly, dass die Gemeinden finanziell Schwierigkeiten haben, aber Sie müssen auch bedenken, dass das Land auch finanzielle Einbußen hat. *(Abg. Manfred Kölly: Und Schwierigkeiten.)*

Sie sind Bürgermeister, ich bin Gemeinderätin, also wir haben beide in der Gemeindepolitik zu tun. Wir sind aber auch beide Abgeordnete und daher ist es schon unsere Pflicht, eine Balance zu finden zwischen Land und zwischen Gemeinden.

Von unserer Seite, wir versuchen das zu tun und ich hoffe, dass Sie auch drauf kommen *(Abg. Manfred Kölly: Nein, das hat ja keiner abgestritten, dass das nicht in Ordnung ist. Aber kann man nicht zusätzlich sagen, dass das noch gefördert wird? Geht das nicht? Das ist schlecht.)* und hier auch als Abgeordneter fungieren.

Ich bin aber sehr froh darüber, Herr Abgeordneter Kölly, dass wir im Burgenland die Kinderbetreuung kontinuierlich mit den Gemeinden ausbauen konnten und wir können heute stolz sein auf das, was wir bei der Kinderbetreuung im Burgenland erreicht haben. *(Abg. Manfred Kölly: Das hat niemand abgestritten. - Beifall bei der SPÖ)*

Ich freue mich aber auch im Sinne der Frauenbeschäftigung, dass wir durch unser Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz fast 200 zusätzliche Dienstposten geschaffen haben. Das heißt, mehr Qualität für die Kinder, aber es wurden auch Arbeitsplätze geschaffen, die hauptsächlich von Frauen besetzt werden.

Wir haben insgesamt in den burgenländischen Kinderbetreuungseinrichtungen 933 Pädagoginnen und 521 Helferinnen, das sind viele Frauen, die bei uns im Burgenland in den Gemeinden einen Arbeitsplatz gefunden haben und sie leisten dort auch sehr wertvolle Arbeit für unsere Kinder.

Kinderbetreuungsangebote, das ist uns auch bekannt, sind unverzichtbar für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ein auf die Arbeitswelt abgestimmtes Angebot an Kinderbetreuung dient den Kindern, dient den Eltern, aber auch den Arbeitgebern.

Die Eltern können sich darauf verlassen, dass ihre Kinder gut betreut sind, die Arbeitgeber können sich darauf verlassen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voll bei der Sache sind und in erster Linie aber profitieren die Kinder, wenn sie sich entfalten können, weil sie ja optimal betreut werden.

Daher kommt der qualitativen Kinderbetreuung auch im Sinne der Chancengleichheit eine ganz große Bedeutung zu.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wenn wir alle Voraussetzungen für eine optimale Kinderbetreuung geschaffen haben, wollen wir uns auch weiterhin bemühen, damit diese Betreuungsmöglichkeiten und Einrichtungen ständig ausgebaut werden. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist jetzt ein Punkt.)*

Wir blicken weiterhin in die Zukunft, wir blicken weiterhin in die Zukunft unserer Kinder. Und dazu ist natürlich auch die Weiterführung der Anstoßfinanzierung durch den Bund für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen unbedingt notwendig.

Von diesen Geldern zum Beispiel haben Sie nichts gesagt. Wir haben über eine, *(Abg. Manfred Kölly: Was?)* das werden Sie vielleicht nicht wissen, denn Sie sind ja einmal da und dann wieder weg und dann wieder da.

Wir haben über eine 15a-Vereinbarung für die Jahre 2008 bis 2010 rund 1,3 Millionen Euro erhalten. Dieses Geld ist auch eins zu eins zu den Gemeinden gegangen, die ja bekanntlich den Großteil der Kosten tragen für den Ausbau dieser Betreuungsangebote. *(Abg. Manfred Kölly: Großteil.)*

Diese Finanzierung ist mit Ende 2010 ausgelaufen. *(Abg. Manfred Kölly: Wer zahlt den Großteil?)* Die Gemeinden. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die Bürger. – Abg. Mag. Werner Gradwohl: Die Bürger.)* Na, das habe ich ja gesagt, hören Sie mir zu!

Diese Finanzierung ist mit Ende 2010 ausgelaufen und daher entgehen ja dem Burgenland jährlich 437.000 Euro an Förderungen.

Diese Förderung brauchen wir aber unbedingt. Die ist für uns sehr notwendig und daher schließen wir uns auch ganz klar unserer Frauenministerin Gabi Heinisch-Hosek an, die sich für eine Fortführung dieser Förderung stark macht.

Diese Anstoßfinanzierung soll bis 2013 weitergeführt werden, denn Sie wissen, jeder Euro, den wir in die Kinderbetreuung investieren, der kommt doppelt zurück.

Die Gemeinden - wie gesagt - leisten einen enormen Beitrag, damit Familien gut funktionierende Betreuungseinrichtungen vorfinden und wir von der Landesseite sind natürlich sehr bemüht, den Gemeinden finanziell den Rücken zu stärken.

Mit dem neuen Förderungsschlüssel, den wir im Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz festgeschrieben haben, profitieren die Gemeinden finanziell.

Mit der höheren Baukostenförderung konnten die Mehrbelastungen für die Gemeinden auch abgefedert werden. Und das hat ja der Leo Radakovits sehr gut vorhin ausgeführt.

Wir haben aber auch im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kölly, Budgetverantwortung zu tragen. *(Abg. Manfred Kölly: Ach so.)* Sie kennen das beschlossene Budget 2011, Sie kennen das geplante Budget für 2012. *(Abg. Manfred Kölly: Da haben wir schon einen Nachtragsvoranschlag gemacht.)*

Zumindest (*Abg. Manfred Kölly: Jedes Jahr machen wir das.*) hoffe ich das. (*Abg. Manfred Kölly: Jedes Jahr. – Zwiegespräche bei den Abgeordneten.*) Ich sage eh, ich hoffe das!

Aber bei uns können Sie sicher sein, wir werden uns weiterhin bemühen, die Förderungen von Bauvorhaben im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen, (*Abg. Manfred Kölly: Entweder ich will oder ich will nicht, das ist die Frage.*) im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeit sicherzustellen, und zwar deshalb, weil wir wissen, dass ein gutes Kinderbetreuungsangebot heute wichtiger ist denn je.

Zum einen für die Kinder, weil der Kindergarten eine Bildungseinrichtung ist und zum anderen für die Eltern, weil es in der Arbeitswelt immer schwieriger wird, Familie und Beruf optimal zu vereinbaren.

Ohne diese Rahmenbedingungen wäre es nicht möglich gewesen, dass wir im Burgenland eine 70-prozentige Frauenbeschäftigung haben. (*Abg. Manfred Kölly: Bezahlt gehört das aber auch, dementsprechend der Einstellung.*)

Wir liegen hier über dem Österreichdurchschnitt und ohne diese Rahmenbedingungen es nicht möglich wäre, dass unsere Kinder eine qualitätsvolle Betreuung bekommen und wir Österreichmeister bei der Kinderbetreuung sind. Danke. (*Beifall bei der SPÖ*)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser (*der den Vorsitz übernommen hat*): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor, die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort. (*Abg. Edith Sack: Ich verzichte!*)

Sie verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jenen Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend die weitere Unterstützung der burgenländischen Kinderbetreuungseinrichtungen ist somit in der von der Frau Berichterstatterin beantragten Fassung einstimmig gefasst.

5. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung (Beilage 216) betreffend Maßnahmen zur Förderung von Hackschnitzelanlagen im Burgenland (Zahl 20 - 128) (Beilage 220)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Herr Landtagsabgeordneter Josef Loos ist Berichterstatter zum 5. Punkt der Tagesordnung.

Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Agrarausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung, Beilage 216, betreffend Maßnahmen zur Förderung von Hackschnitzelanlagen im Burgenland, Zahl 20 - 28, Beilage 220.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Josef Loos: Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Agrarausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordnete Manfred Kölly auf Fassung einer Entschließung betreffend Maßnahmen zur Förderung von

Hackschnitzelanlagen im Burgenland in ihrer 1. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 11. Mai 2011, beraten.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Maßnahmen zur Förderung von Hackschnitzelanlagen im Burgenland unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht doch noch ein paar Sätze oder Worte zu meinen Vorrednern beim vorigen Thema.

Ich bin schon verwundert, dass ein Vertreter der Gemeinde, eines Gemeindevertreterbundes eigentlich gegen seine wirkliche, das kann nicht seine Meinung sein, sage ich einmal klipp und klar.

Weil, das sind Gelder der Gemeinde, des Erhalters, wenn ich sage, warum können wir nicht die Möglichkeit wahrnehmen, nachzudenken wie können wir das finanzieren?

Die Gruppenräume, und alle fünf Jahre, glaube ich, sollte man einen Gruppenraum austauschen, dass die Kinder neues Spielzeug, andere Möglichkeiten haben zum Spielen, das ist uninteressant. Da wird aufgelistet wie gut und schön alles gemacht wird. Na selbstverständlich, habe auch klar zum Ausdruck gebracht. Ist ja toll was hier geschieht, aber im Endeffekt bezahlt alles der Steuerzahler.

Man sollte sich Gedanken machen. Nicht Förderungen an ein Kuschelhotel geben mit 150.000 Euro. Vielleicht hat man 80.000 Euro für Zähneputzen für Kinder und andere Prophylaxe, das hat man auch nicht. Das ist genau das, was wir und ich kritisieren. Sonst gar nichts.

Daher sollten wir nachdenken, ob es nicht möglich ist, hier wirklich diese Unterstützung der Gruppenräume auch dementsprechend wahrzunehmen. Ich wette, dass die Frau Landesrätin Dunst, wenn sie wirklich die Möglichkeit hätte, mit ihrer Dorferneuerung auch in diesem Sinne etwas dazu beiträgt. Vielleicht kann man auch hier einen Ansatz finden, dass wir das machen.

Ich werde mit der Frau Landesrätin in Kontakt treten, wir werden darüber sprechen, weil ich der festen Überzeugung bin, sie sieht das genauso wie ich. Übrigens, denke ich, alle, aber man muss ja halt irgendwo dagegen sein, weil das Budget halt 2011/2012 anderes vorsieht.

Aber wir haben die Möglichkeit, man sieht das Jahr für Jahr beim Rechnungsabschluss oder beim Nachtragsvoranschlag, dass es Möglichkeiten geben kann und soll.

Aber jetzt zur nächsten Debatte und das ist genau das, wo wir schon vorher diskutiert haben. Ja, was machen wir? Ändern wir diesen Antrag selbstverständlich wieder einmal ab, weil das gang und gäbe ist. Sei es wie es sei.

Ich muss dazu sagen, ich vertrete noch immer die Meinung, wenn man Hackschnitzelanlagen errichtet und auch fördert, die fördert man übrigens, ja, dann gehören aber andere Dinge auch dazu, wie Rebschnitt, Schilf und, und, und. Da sollte man sich Gedanken machen. Diese Art und Weise wird noch nicht unterstützt.

Das heißt, es wird aber Elefantengras unterstützt und das, und das gehört auch dazu. Aber ich, und die Liste Burgenland, wollen dorthinaus, dass wir sagen, schauen wir uns das an, welche Möglichkeiten gibt es dort unterstützend für Alternativenergie, die sonst irgendwo verbraucht wird und in der Umwelt noch Vergiftungen herbeiführt. Warum mache ich nicht irgendetwas anderes?

Wir haben das diskutiert, übrigens mit dem Osterfeuer und, und, und. Du kannst Dich erinnern, Herr Kollege? Da bin ich schon der Meinung, dass man sich Gedanken machen soll.

Dieser Antrag ist ja nicht von irgendwo her, sondern ich mache mir Gedanken, Gott sei Dank, weil ich aus einer Gegend komme, Weinbaugegend, wo wir den Rebschnitt vielleicht verwerten können. Oder das Stroh verwerten können und so fort.

Das heißt, es ist ja nichts anderes, dass ich mich herstelle und sage, schauen wir uns das an. Gibt es hier Möglichkeiten zur Unterstützung? Mehr will ich nicht. Wenn ich mir vorher die Debatte angehört habe, ein jeder redet 20 Minuten, liest irgendetwas herunter.

Das wissen wir alles. Im Endeffekt muss es heißen, will ich oder will ich nicht? Kann ich oder kann ich nicht? Umsonst geht es nicht. Wenn ich jetzt eine Stunde die sechs Zettel vorlese, was habe ich dann davon gehabt?

Mir geht es um das, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir uns zusammensetzen, darüber diskutieren. Ist eine Möglichkeit gegeben, ja oder nein? Das ist das Gleiche gewesen, Kleinkraftwerke, da hat man dagegen gestimmt.

Das ist für mich total unverständlich. Wohlwissend, dass es sehr wohl möglich wäre. Aber das lässt man einfach nicht zu, weil es vielleicht doch von einer anderen Seite kommt.

Daher noch einmal meine Aufforderung und Überlegung, sich das zu Herzen zu nehmen und dass wir tatsächlich auch solche Maßnahmen treffen. Ich sage Euch ein Beispiel. Ich habe in Deutschkreutz die Bioenergie. Die Bioenergie hat eine Hackschnitzelanlage, Fernwärme, die haben 40 Prozent Förderung bis jetzt bekommen.

Jetzt wollen wir das Netz erweitern, wissen Sie was ist? Sie können es nicht mehr. Weil es finanziell gar keine Möglichkeit gibt. Weil damals haben sie eine 40 Prozent Förderung für solche Dinge bekommen, jetzt gibt es die Möglichkeit nicht mehr. Auch hier sollten wir uns Gedanken machen. Was passiert da? Das sind genau die Punkte, wo wir uns zusammentun müssen und darüber diskutieren.

Die Kapazität ist vorhanden bei unserem Fernwärmenetz und von den Möglichkeiten, aber es gibt keine Unterstützung mehr. Das heißt, was machen wir? Man kauft wieder Gasöfen, man kauft wieder Ölbrenner und so weiter.

Das sind genau die Dinge, die ich klar und deutlich zum Ausdruck bringen will. Schauen wir uns das an, diskutieren wir darüber und stimmen dann dafür ab, welche Möglichkeiten gibt es.

Wenn die Bioenergie der BEGAS gehört und noch jemandem und ich das nicht schaffe, dann bin ich leider falsch am Platz. Das sage ich auch mit dieser Deutlichkeit. Ich will, dass das ausgebaut wird, dass das unterstützt wird, dass es auch für unsere Bevölkerung dementsprechende Alternativangebote gibt.

In diesem Sinne ist das wieder dieser Abänderungsantrag, lautet ja wieder im Endeffekt ja egal, ich werde auch dem zustimmen. Es muss sich etwas bewegen, aber ich will, dass sich etwas bewegt.

Ich hoffe, dass auch die anderen Fraktionen hier mitgehen können und vielleicht in der nächsten Zeit oder so rasch als möglich ein tolles Ergebnis davon haben. Danke.

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Michel Reimon.

Abgeordneter Michel Reimon, MBA (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Als Grüner freut man sich ja immer, wenn in jeder Landtagssitzung irgendwie ein Entschließungsantrag ist, dass man wieder mehr Ökoenergie braucht und da wieder etwas eingesetzt wird. Aber gut gemeint, ist nicht immer gut gemacht. So wie es da umgesetzt wird, stößt das nicht auf meine Zustimmung.

Es kann nicht sein, dass jetzt immer Einzelanträge einlaufen zu verschiedenen Ökoenergieformen. Jetzt ist es die Hackschnitzelanlage. Beim letzten Mal oder vorletztem Mal war es zu Kleinkraftwerken und zu Kleinwindkraftwerken.

Dann werden die Anträge von den Regierungsparteien abgeändert in der Form, dass dann letztendlich, so wie heute, drinnen steht, ja, ja, ist eh nett und die Bundesregierung soll sich darum kümmern, dass das so in dieser Form ein bisschen weitergeht.

Natürlich stimmen dann alle zu und sagen ja, den Antrag nehmen sie an, weil dieser Antrag in dieser Form einfach bedeutungslos ist. Was wir brauchen würden, ist, dass wir uns im Burgenland ernsthafte Gedanken darüber machen, wie wir mit all diesen Energieformen gemeinsam weiter vorgehen.

Wir bräuchten eine abgestimmte Strategie. Wir können nämlich nicht Hackschnitzel, Kollege Kölly, das hör Dir an, das ist nämlich jetzt sehr wichtig zu Deinem Antrag, wir können nicht mit diesen Hackschnitzelkraftwerken nur die fördern und mit denen weitermachen, weil wir kriegen teilweise im Burgenland auch schon Probleme, wie wir diese mit Material versorgen.

Es werden Uferböschungen abgeholzt ... (*Abg. Manfred Kölly: Der Berlakovich sagt das anders!*) Nein, von der Landwirtschaft kommt schon etwas, aber Du beginnst, wenn Du anfängst die Dinge zu fördern, und zwar auszubauen, massiv auszubauen, dann erzeugst Du eine Nachfrage. Die Nachfrage musst dann mit Biomaterialien gefüllt werden.

Das passiert jetzt teilweise, wenn Uferböschungen angeholzt werden, in einem Ausmaß, das schon über den Naturschutz hinausgeht. Das schon zu kritisieren ist, (*Abg. Manfred Kölly: Rebschnitt, Stroh ist alternativ!*) an einigen wenigen Stellen im Burgenland. (*Abg. Reinhard Jany: Es wird Grünschnitt gesammelt!*) Nicht flächendeckend. Aber über das müssen wir nachdenken. Die Dinge gehören aufeinander abgestimmt.

Die Ökoenergiepolitik, die wir im Burgenland jetzt machen, hat einen Namen mit fünf Buchstaben, der heißt BEWAG. Das ist jetzt einmal grundsätzlich nichts Schlechtes, ist ja schön, dass unser öffentlicher Energieversorger sehr stark ... (*Abg. Reinhard Jany: Güssing zeigt vor, wie es funktioniert!*) Güssing wäre ein durchaus ausbaubares Beispiel, kommt von mir kein schlechtes Wort, was man nehmen könnte und viel stärker ausbauen könnte.

Aber selbst Güssing ist für mich noch nicht die perfekte Lösung. Auch wenn es lobenswert ist. Was ich mir wünschen würde, ist, dass wir hergehen und all diese Kleinkraftwerke, die man jetzt schon andiskutiert hat und immer wieder gesagt hat, ja, machen wir ganz nett, in ein Konzept setzen, so dass burgenländische Haushalte beginnen können, für sich selbst stromautark zu werden.

Ich würde mir 100.000 Kleinkraftwerke wünschen, wenn die Leute das haben wollen mit ihrer Förderung. Mit Windkraftanlagen, mit Solaranlagen, mit eigenen kleineren

Hackschnitzelanlagen. Ja, aber dazu braucht es ein abgestimmtes Konzept. Dazu braucht es ein abgestimmtes Konzept, an dem alle arbeiten und nicht jede Fraktion bringt kleine Anträge ein.

Ich habe einen Ökoenergieantrag vor drei, vier Sitzungen einmal durchgebracht, zu meinem Erstaunen, fast unabgeändert von den Regierungsparteien. Es gibt doch Fälle, wo so etwas geht, das hat mich damals selbst sehr positiv überrascht.

Ich glaube, in diese Richtung muss es gehen, das alles abzustimmen und gemeinsam weiter zu machen. Da sehe ich schon die Kritik, möchte ich kurz zusammengefasst den Regierungsparteien ausrichten.

Es ist zu viel Konzentration auf die zentralisierte BEWAG. Weil die BEWAG den Ökoenergie-, Ökostromanteil decken soll. Dieser Unabhängigkeit machen Sie halt. Macht ihr keinen Platz auf, dass sich die Haushalte selbst mit eigenen Dingen versorgen. Die Deckelung bei Ökoförderung für die Privathaushalte ist ausgeschöpft auf Jahre kaum noch etwas zu kriegen, macht dort auf.

Ja, ist eine Konkurrenz zur BEWAG, wird die BEWAG wohl aushalten müssen. Es wäre der öffentliche Auftrag, so wie ich einen öffentlichen Auftrag eines Unternehmens, eines Landesunternehmens verstehe, dass man sich in diesen Wettbewerb mit den Haushalten begibt. Das wäre mein Wunsch und in dieser Richtung wird es dann einen Entschließungsantrag geben, ich bin davon überzeugt. Danke.

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gerhard Kovasits zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Gerhard Kovasits (FPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gebäude verursachen etwa 40 Prozent des Energieverbrauches. Auch der Stromverbrauch der Kältetechnik ist mit etwa 15 Prozent des gesamten Stromverbrauchs eine gewichtige Größe.

Die Energie und CO₂-Einsparungspotenziale sind immens. Dieser Bereich steht viel zu selten im Fokus, obwohl die Ziele eines Energiekonzeptes im starken Maße von Fortschritten in diesem Bereich abhängen.

Insbesondere in der Effizienz müssen wir unser Tempo stark erhöhen. Wichtige Impulse für energieeffiziente Produkte der Heizungs-, Klima- und Lüftungstechnik sind vermutlich noch in diesem Jahr von der EU-Ökodesignrichtlinie für Heizkessel und Kombiboiler für Warmwasserbereiter und für Klimageräte im Wohnbereich zu erwarten. Hackschnitzelheizungen sind in allen Leistungsbereichen ab zirka zehn kW verfügbar.

Die meisten modernen Anlagen verfügen über eine Leistungsregelung über die Brennstoff- und Verbrennungsluftzufuhr, so dass sie sowohl bei Volllast als auch bei Teillast betrieben werden können.

Derzeit erreichen Hackschnitzelheizkessel bei Volllastbetrieb, also der sogenannten Nennwärmeleistung einen feuerungstechnischen Wirkungsgrad von rund 80 bis 93 Prozent. Das ist geringfügig weniger als die Werte für Pelletsöfen mit 85 bis 96 Prozent.

Als förder- und verbrennungstechnisch einfachere, jedoch deutlich teure Brennstoffalternative können in Hackschnitzelanlagen auch Holzpellets eingesetzt werden. Umgekehrt können Hackschnitzel jedoch in der Regel nicht für Pelletsheizungen verwendet werden.

Anlagen, die auf die Verwendung verbrennungsförderbar- und emissionstechnisch anspruchsvoller fester Biobrennstoffe wie Getreideverbrennung oder Halmgüter wie Stroh oder Heu ausgelegt sind, können in der Regel auch mit Hackschnitzel betrieben werden.

Die Kombination von Hackschnitzelheizungen mit der Brauchwassererwärmung und Heizungsunterstützung durch Sonnenkollektoren ist aus zwei Gründen vorteilhaft.

Zum einen können die Anlagen, die bei Teillastbetrieb und kurzen Betriebszeiten oft weniger effizient arbeiten, in Zeiten geringer Wärmeanforderung über Monate hinweg außer Betrieb genommen werden.

Zum anderen ist mit dem für Hackschnitzelheizungen teilweise nötigen Pufferspeicher ein wesentlicher Anteil der für eine Wärmeversorgung über Solarenergie nötigen Anlagen bereits vorhanden.

Vor allem wegen des hohen Lagerraumbedarfs von Hackschnitzeln, aber auch wegen der im Vergleich zu anderen Brennstoffen geringen Transportwürdigkeit auf dem Landweg, sind Hackschnitzelheizungen vor allem in ländlichen Regionen verbreitet. Besonders häufig sind diese Heizungsanlagen in Regionen mit einem hohen Waldanteil.

In den letzten Jahren hat sich der Anteil an Hackschnitzelheizungen zwar erhöht, aber die Machtentwicklung blieb jedoch deutlich hinter den starken Zuwächsen bei den Pelletsheizungen zurück.

Der größte Mengenanteil der produzierten Hackschnitzel zur energetischen Verwertung wird derzeit von Biomasseheizwerken verbraucht.

Hackschnitzelheizungen sind im Vergleich zu Öl- oder Gasheizungen derzeit ab einem Leistungsbedarf von 20 kW wirtschaftlich sinnvoll und eignen sich deshalb vorzugsweise für größere Altbauten, Mehrfamilienhäuser oder Gebäudekomplexe.

Die Anschaffungskosten sind in der Regel deutlich höher als bei herkömmlichen Öl-, Pellets- oder Gasanlagen.

Die Brennstoffkosten hingegen sind sehr viel niedriger als bei den letztgenannten.

Der Zeitraum, nach dem sich die Investition in eine Hackschnitzelheizung finanziell auszahlt, ist daher stark von der Relation der Rohstoffmarktpreise abhängig.

Im Vergleich zu Öl- oder Gasheizungen wird für den Betrieb mehr elektrische Energie benötigt. Zum Beispiel für den Antrieb des Rührwerks, die Förderschnecke und die automatische Aschenaustragung.

Hackschnitzelheizanlagen gelten im Vergleich zu Heizanlagen für fossile Brennstoffe als umweltverträglich.

Die Menge an CO₂, die bei der Verbrennung von Hackschnitzeln freigesetzt wird, entspricht genau der Menge CO₂, die beim Wachstum der Hölzer in diese eingebunden wurde.

Auch bei Einberechnung der CO₂-Freisetzung durch Waldbewirtschaftung, Transporte, Aufbereitung, Stromverbrauch der Heizung und so weiter, erzeugen Hackschnitzel bei nachhaltiger Waldbewirtschaftung deutlich weniger klimarelevante Emissionen als fossile Energieträger.

Der CO₂-Ausstoß von Holzhackschnitzel beträgt etwa 35 Gramm pro Kilowattstunde. Bei Heizöl liegt dieser Wert bei 303 Gramm pro Kilowattstunde.

Durch den Einsatz des biogenen Energieträgers Holzhackschnitzel wird die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduziert.

Zudem kann im Unterschied zu fossilen Brennstoffen bei der Nutzung von Holzhackschnitzeln auf regional erzeugte Brennstoffe zurückgegriffen werden. Die

Ausgaben für den Brennstoff bleiben dann weitgehend in der eigenen Region und erhöht dort die Wertschöpfung.

Die Emissionen von Kohlenmonoxid, flüchtigen organischen Kohlenwasserstoffen, Stickoxiden und Staub in den Rauchgasen liegt über denen von Heizöl oder Gaskesseln. Jedoch zum Beispiel weit unter denen von Kaminöfen alter Bauart.

Die Schadstoffemissionen moderner Hackschnitzelheizanlagen liegen weit unter den aktuellen Grenzwerten auch nach der vorgesehenen Absenkung der Abgaswerte im Jahr 2015.

Bei schlechter Brennstoffqualität oder mangelhafter Wartung können allerdings die Abgasemissionen stark ansteigen. Durch Systeme zur Rauchgasreinigung können die Emissionen weiter reduziert werden.

In größeren Heizanlagen für Hackschnitzel kommen Filtersysteme für Feinstaub und Stickoxide zum Einsatz. Für Hackschnitzelheizungen unter 100 kW sind erste Systeme zur Abgasreinigung für Feinstaub auf dem Markt.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Burgenland ist durchaus auf einem guten Weg was die Förderung alternativer Energien anbelangt.

Wenn wir unser Ziel ernst nehmen und wirklich in einigen Jahren energieautark sein wollen, dann sollten wir alle effizienten alternativen Systeme in die Förderung einbinden und dazu gehört auch die Hackschnitzelheizung.

Zusätzliche Förderungen sollten gewährt werden, wenn die Anlagen in effizienten Gebäuden errichtet werden oder gleichzeitig eine Solaranlage zur Warmwassererwärmung errichtet wird.

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Werner Gradwohl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Werner Gradwohl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Wäre jetzt angedacht zu sagen, nicht Hohes Haus, sondern leeres Haus.

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich kann dem Kollegen, meinem Vorredner durchaus Recht geben, wenn er sagt, dass sich das Burgenland auf einem guten Weg bei der Forcierung von erneuerbarer Energie bewegt.

Es gibt natürlich überall, wenn es auch noch so gut geht, Verbesserungen und neue Innovationen.

Ich kann auch dem etwas abgewinnen, was der Abgeordnete Kölly gesagt hat, dass durchaus zusätzliche andere Förderschienen auch möglich wären. Aber wir wissen alle, dass aufgrund der nicht sehr vollen Kassen hier auch zu haushalten ist.

Bisher konnten im Burgenland, und da schließe ich also nahtlos an, mit Unterstützung der Ziel 1-Förderungen fast 40 Biomassefernheizwerke, Fernwärmeanlagen mit einer Gesamtleistung von 70 Millionen Euro errichtet werden.

In erster Linie handelt es sich dabei um Hackschnitzelfern- und Nahwärmeprojekte.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Diese stolze Bilanz ist nicht zuletzt auf die Offensive und gute Arbeit der dafür zuständigen Verantwortlichen in der Burgenländischen Landesregierung, aber auch in vielen anderen Institutionen, auch im Landtag zurückzuführen.

Nicht umsonst wird der ehemalige Agrarlandesrat Paul Rittsteuer als Vater der Biomasse im Burgenland bezeichnet. Er hat nämlich in einer Phase, wo dieses Thema kaum an derartiger Aktualität auch nur annähernd angrenzte, wie das heute der Fall ist, den Startschuss dazu gegeben.

Vielleicht erinnern Sie sich dabei auch noch daran, dass sich diese Initiative gegen viele Widerstände dann letzten Endes auf einer sehr breiten Basis und breiten Ebene durchgesetzt hat.

Erinnern Sie sich noch an den Sager, der hier in diesem Hohen Haus gefallen ist: „Lieber verbrenne ich einen Tausender“, damals hat es also noch den „Blauen“ gegeben, „lieber verbrenne ich einen Tausender, als dass ich dafür Fördergeld für Hackschnitzelanlagen zur Verfügung stelle“. (Abg. Matthias Weghofer: *Wer war das?* – Abg. Mag. Thomas Steiner: *Wie hat er geheißen?*) Hat ein ehemaliger Landeshauptmann des Burgenlandes hier von der Regierungsebene gesagt.

Ich bin überzeugt davon, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dass das, was Paul Rittsteuer begonnen hat, was dann letzten Endes vom derzeitigen Umweltminister Nikolaus Berlakovich fortgesetzt wird, auch beim jetzigen Agrar- und Umweltlandesrat Andreas Liegenfeld eine gute Fortsetzung findet, davon bin ich fest davon überzeugt. (Beifall bei der ÖVP)

Der Herr Kollege Trummer hat vorher auch erwähnt, weil ich schon den Namen Berlakovich in den Mund genommen habe, dass der derzeitige Umwelt- und Lebensminister kaum Initiativen setzt.

Dann soll er sich einmal die Mühe machen, mein Kollege Trummer aus meiner Region, erstens einmal, die vielen Initiativen, die es in unserer Region gibt und die es ohne die Unterstützung von Berlakovich nicht in der Form geben würde, und er soll sich auch die Mühe machen, auf die Website des Lebensministeriums zu gehen.

Dort sind nicht nur eine Unmenge von Presseaussendungen da, sondern dort ist auch konkret von den hunderten Fördermillionen, die in den letzten Jahren durchaus also in Connection mit dem Wirtschaftsminister Mitterlehner initiiert worden sind, was Photovoltaikförderungen betrifft, was Elektromobilität betrifft.

Hier haben wir also durchaus etwas aufzuweisen oder hat er etwas aufzuweisen. Aber es geht nicht um die Vergangenheit, sondern es geht auch uns und ihm um die Zukunft unseres Landes und die Energie. (Beifall bei der ÖVP)

Lieber Herr Kollege Kölly! Wenn Sie sich daher stellen und sagen: „Sie alle, von SPÖ und ÖVP“ - oder wen sie da meinen – „gehts außi und redets da 20 Minuten oder lests vom Blattl owa“, dann kann ich nur für meine Fraktion eines feststellen: Unsere Mandatare der Volkspartei bereiten sich auf die Reden vor, haben Inhalte und lesen nicht irgendetwas vom Blatt herunter, sondern bereiten sich akribisch vor und das nehme ich auch von allen anderen 36 Abgeordneten in diesem Hohen Haus an. Machen wir uns selber nicht schlechter als wir sind. (Abg. Manfred Kölly: *Na, eh nicht!*)

Ich spreche also hier von meiner Fraktion und möchte Ihnen das erwidern und auch ins Stammbuch schreiben, (Abg. Manfred Kölly: *Ein Gemeindevertreterobmann...*) ins Stammbuch schreiben. Ins Stammbuch schreiben.

Ins Stammbuch schreiben, mein sehr geehrter geschätzter Kollege Kölly. (Der Präsident gibt das Glockenzeichen)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die bisherigen Fördermodelle EU, Bund und Land in diesem Bereich der alternativen Energie, der erneuerbaren regenerierbaren Energie, hat nicht zuletzt

entscheidend dazu beigetragen, dass bis heute an die 4.000 burgenländische Haushalte mit umweltfreundlicher Fern- und Nahwärme versorgt werden.

Noch einmal, weil jetzt beide herinnen sind, das, was Sie über den Kollegen Radakovits gesagt und ihn kritisiert haben als Gemeindeverbandsvertreterpräsident, weise ich in aller Entschiedenheit zurück.

Denn er hat nicht nur in diesem Hohen Haus, sondern auch für Deutschkreuz und für viele andere Gemeinden Initiativen gesetzt. *(Zwiesgespräche zwischen den Abg. Manfred Kölly und Leo Radakovits)*

Weil Deutschkreuz eine der 171 burgenländischen Gemeinden ist und Sie, Herr Kölly, sind ja erst seit einigen Jahren dort Bürgermeister. Es gibt also auch andere vor Ihnen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Aus persönlicher Erfahrung und Arbeit weiß ich, dass es dort, wo es derartige Biomassefernheizwerkprojekte gibt, wie zum Beispiel bei uns zu Hause in Lindgraben, eine große Zufriedenheit und Akzeptanz in der Bevölkerung da ist.

Was nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen ist, bei dieser speziellen Art von erneuerbaren Energie, dass es sich bei den meisten dieser Projekte um Gesellschaften, meistens Genossenschaften handelt, wo Wärmeenergieabnehmer und Zulieferer von Hackgut in einem Boot sitzen.

Das ist ein entscheidender Faktor. Letzten Endes auch die erfreuliche Tatsache, dass die Wertschöpfung bei diesen Fern- Nahwärmanlagen aus Hackschnitzel nicht nur in der Region, sondern meistens auch in einem hohen Maße im Dorf bleibt.

Erfreulich ist auch die Tatsache, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dass nach der Statistik das Burgenland bei der installierten Biomasse, bei der Fernwärmeleistung pro Einwohner an zweiter Stelle in Österreich liegt.

Damit sind wir, wie es in unserem gemeinsamen Abänderungsantrag heißt, eine Modellregion im Bereich erneuerbarer Energie und am besten Weg zu einer energieautarken Region. Mit den Stärken Windkraft durchaus, Solarenergie und letzten Endes Biomasse.

Ich darf hier nochmals darauf hinweisen, dass in einer breiten Palette in der Landesregierung, sind ja sehr viele Regierungsmitglieder dafür zuständig, federführend unter anderem auch die Kommunen unterstützt werden vom Gemeindereferenten, dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl. Es wurde heute schon teilweise ausgeführt mit dem Schwerpunkt umweltfreundliche Mobilität.

Nicht zuletzt hat 2009 dieser Impuls mit dem Motto „Stromstoß für sieben Gemeinden“ begonnen, wo an sieben Gemeinden Elektrofahrräder bereits übergeben worden sind und dass mit Jahresbeginn 2011 eine neuerliche Förderschiene in diesem Bereich für Kommunen aufgemacht worden ist, inszeniert, in Szene gesetzt worden ist.

Gemeinden, die für gemeindeeigene Fahrzeuge Elektrofahrzeuge anschaffen, können die Investitionssummen zum Teil auch als Bedarfsmittel bekommen.

Ich verweise also auch auf die zwei Energiesparwettbewerbe in den Gemeinden, in den Kommunen. Die Kommunen spielen eine zentrale Rolle hier. Den Energiesparwettbewerb und Energy Globe Award, der derzeit im Gange ist. Also hier werden die Gemeinden aufgefordert beziehungsweise eingeladen, sich entsprechend daran zu beteiligen.

Sehr geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Stromunabhängigkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz sind die zentralen Ziele, die es gilt, Schritt für Schritt zu erreichen.

Als Energiesprecher meiner Fraktion der Volkspartei möchte ich darauf hinweisen, dass Holz als Brennstoff eine bedeutende Rolle dabei einnimmt, weil das richtige Verbrennen von Holz CO₂-neutral ist und damit nachhaltig zum regionalen Klimaschutz beiträgt.

Übrigens zum Motto Holz, das Mittelburgenland hat auch hier eine Vorreiterrolle inne. Morgen findet beispielsweise der zehnte, wenn mich nicht alles täuscht, Holztag, Holzbautag in Oberpullendorf statt. Wo also von der Bringung von Holz bis hin zur Verarbeitung, Verbrennung, aber vor allem von der professionellen Verarbeitung von Holz, also eine breite Palette auch von den Tischlermeistern und Lehrlingen und von den Tischlern angeboten wird.

Darauf sind wir sehr stolz, und wir von der ÖVP haben uns schon immer in diesem Bereich für die Forcierung erneuerbarer, regenerierbarer Energieträger und dabei speziell für den Einsatz von Hackschnitzelanlagen stark gemacht.

Das schon deshalb, weil dieser Energieträger im Burgenland eine natürliche und stark nachwachsende Ressource darstellt.

Es wird dem Wald im Regelfall viel weniger derzeit noch entnommen, was natürlich nachwächst. Also wir haben hier schon noch bedeutende Reserve, also auch beim Projektträger Holz.

Beim vorliegenden Entschließungsantrag, um auf den noch einmal einzugehen, kommt auch sehr stark und deutlich, wie ich erwähnt habe, die Rolle der Kommunen, der Gemeinden zum Tragen.

Ich meine, dass den Gemeinden, den Kommunen, die entscheidende Bedeutung beim Klimaschutz zukommt, nicht nur eine, sondern die bedeutende insbesondere, weil gerade in unseren Gemeinden und dort können wir am meisten auch Einfluss nehmen, weil gerade in unseren kleinen Gemeinden und dabei vor allem dort im öffentlichen Bereich, bei den Kommunen, ein riesiges Energiesparpotenzial steckt.

Es wurde heute schon die Gemeinde Neckenmarkt unter anderem erwähnt.

Ich könnte viele erwähnen, das ist das neuerliche Beispiel. Der Bürgermeister dort ist also nicht nur sehr innovativ, sondern er setzt auch um. Er kündigt nicht an, sondern er setzt auch um und er hat also jetzt einige Bereiche nicht nur in der Warteschleife, sondern er hat also auch mit dieser Fabrik der Zukunft, die also als Gebäude gebaut werden, ist als Niedrigenergiehaus, die besten Voraussetzungen dafür, dass er auch einen entscheidenden Impuls für unsere gesamte Region Mittelburgenland und damit für das gesamte Burgenland bietet.

Übrigens, wir haben ein derartiges Beispiel. Das wurde vorher auch schon apostrophiert, nämlich das Zentrum, das europäische Zentrum für erneuerbarer Energie, das von Güssing ausgehend jetzt die gesamte Region, das Burgenland, Österreich und auch an internationaler Bedeutung und Reputation hier klare Akzente und Ziele setzt, nachhaltig wirkt in Gesamteuropa und heute also auch schon als touristische Attraktion - unter Anführungszeichen - gesehen wird, wo sich viele Ideen holen und wir brauchen das Rad nicht neu erfinden, sondern können also hier stark aufbauend in diesem Bereich tätig werden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es gibt im Bereich Umwelt und Ökologie - und dazu zähle ich auch die Bereitstellung und Forcierung von erneuerbarer Energie - zwei Strömungen, die ich orte.

Solche, die auf Anlassfälle und Akutfälle reagieren, Stichwort Bohunice, Stichwort Fukushima, und nur reagieren und eine Art Trittfahrerpolitik betreiben und solche, die Taten setzen und damit eine nachhaltige Wirkung haben.

Die Volkspartei hat, und zwar zu einem Zeitpunkt vor Jahrzehnten, wo Umweltpolitik nicht jenen Standard hatte, wie es ihn heute hat, mit dem Programm der ökosozialen Marktwirtschaft von dem ehemaligen Vizekanzler und Umweltminister und Agrarminister, damals war das noch getrennt, Josef Riegler, diese Grundsätze nicht nur propagiert, sondern letzten Endes auch auf einer breiten Ebene in vielen Bereichen realisiert und umgesetzt.

Ich nenne hier beispielsweise die Biomasse als ökologischer Brennstoff, wo das Burgenland ebenfalls profitiert hat und wo die Bundesländer von Vorarlberg bis zum Burgenland alle aktiv geworden sind und hier einen entscheidenden Beitrag nicht nur zur Bereitstellung von Energie leisten, von nachwachsender Energie, sondern wo diese Bundesländer und Gemeinden auch einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leisten und zur Reduzierung der Klimaschadstoffe leisten, meine sehr geschätzten Damen und Herren, und das ist sehr begrüßens- und lobenswert. *(Beifall bei der ÖVP)*

Als Zweites, weil heute es natürlich en vogue ist, gegen Atomkraft, ist nichts dagegen einzuwenden, sondern im Gegenteil zu befürworten.

Der Kampf gegen Zwentendorf, das AKW, und damit ein Paradigmenwechsel in der Energiepolitik, weg von der Kernenergie, damals unter einem Vizekanzler Alois Mock und ÖVP-Obmann Alois Mock, bestimmt auch heute prioritär die Antiatompolitik und seit damals der Volkspartei, weg von der Nuklearenergie europa- und weltweit.

Und wenn ich in diesem Zusammenhang hervorhebe und zwar als einen entscheidenden Impuls und als entscheidendes Go, dass sehr erfreulich ist, die von gestern bei einer europäischen Antiatomkonferenz in Wien von Niki Berlakovich, vom Umweltminister Berlakovich ins Leben gerufene Einigung aller Staaten, EU-weit, Stresstests für Atomkraftwerke und zwar die von unabhängigen Fachleuten in einem dreistufigen Prüfungsverfahren durchgeführt werden, erreicht wurde, dann ist das etwas, wo man sagen kann, eines der größten Erfolge der österreichischen Energie-, Umwelt- und Anti-AKW-Politik und ein großer Erfolg für Österreichs Umweltpolitik, dass wir dementsprechend auch als solches apostrophieren können und müssen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Erfreulich und ganz besonders stolz können wir auch darauf sein, dass jetzt ein Schulterschluss auch im Burgenland insofern gelungen ist und zwar nicht nach Abwarten, sondern sofort, denn wir müssen sofort reagieren auf aktuelle Dinge, dass im Burgenland die beiden Regierungsparteien und zwar auf Initiative der ÖVP, unseres Klubobmannes und unseres Verkehrssprechers auch, muss ich dazu sagen, Thomas Steiner, eine Initiative ins Leben gerufen worden ist, gegen den weiteren Ausbau des Atommeilers, der nicht sehr viele Kilometer von uns entfernt ist, vor allem vom Nordburgenland entfernt ist, des Atommeilers des slowakischen Bohunice, der jetzt eingebracht worden ist, als gemeinsamer Antrag der beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, und das nenne ich also einen guten Schritt in diese Richtung.

Wir werden es wahrscheinlich als kleiner Burgenländischer Landtag nicht per se verhindern können, aber wir können einen entscheidenden Beitrag leisten und stärken damit unserer Bundesregierung den Rücken.

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag gibt uns, gibt mir die Möglichkeit klarzustellen, dass der bisherige erfolgreiche Weg gemeinsam mit der Europäischen Union, Ziel 1-Förderungen, dem Bund und dem Land die Förderung von Energie, erneuerbarer Energie, insbesondere auch bei der Biomasse, Hackgut, Rebschnitt und Stroh, nenne ich hier, auszubauen, weiter gegangen wird.

Setzen wir Taten statt Worte! Das ist die Devise. *(Beifall bei der ÖVP)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Josef Loos.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Josef Loos (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Burgenland war und ist schon lange Vorreiter in Sachen alternativer Energieversorgung.

Anlässlich der erschreckenden Bilder aus Japan ist es aktueller und brisanter denn je, dass es ein Umdenken in der Energiepolitik gibt.

Fossile Energieträger sind nur befristet zur Verfügung und werden immer knapper.

Die Suche nach Alternativen wie Öl, Gas, Kohle wird daher für uns immer wichtiger.

Obwohl es in Österreich kein Kernkraftwerk gibt, und hier haben die Österreicherinnen und Österreicher entschieden, und Herr Kollege Gradwohl, man darf und kann die ÖVP schon loben, man muss aber dazu sagen, einer der ganz groß Atompolitik macht, ist der Wolfgang Schüssel, und das sollte man auch nicht vergessen.

Die Bedrohung ist nicht nur ein Atomkraftwerk in unserer Nähe, sondern wir haben in einer Entfernung von etwa 200 Kilometern zu unserer Landesgrenze mehrere Kernkraftwerke, und deshalb fordern wir einen europaweiten Ausstieg aus dieser gefährlichen Technologie. *(Beifall bei der SPÖ)*

Das Burgenland zeigt wie es geht. Als Landeshauptmann Hans Niessl vor etwa mehr als zehn Jahren zum Landeshauptmann unseres Heimatlandes gewählt wurde, erzeugten wir zirka drei Prozent unseres Strombedarfes aus erneuerbarer Energie. Heute sind es schon mehr als 60 Prozent.

Das Burgenland ist auf dem besten Weg und es wird auch mittel- beziehungsweise längerfristig passieren, dass unser Ziel, 100-prozentige Energieversorgung mittels erneuerbarer Energieträger, zu erreichen ist.

Damit sind wir Vorreiter in Europa. Das ist eine tolle Leistung, Herr Landeshauptmann, herzliche Gratulation dazu! *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn wir unser Ziel erreichen wollen und davon bin ich fest überzeugt, so darf das nicht auf Kosten der Natur gehen.

Es gilt, alle vorhandenen Ressourcen zu nützen, gemäß unserem Leitbild „Mit der Natur zu neuen Erfolgen“.

Zurzeit produzieren wir etwas mehr als 50 Prozent des Strombedarfes im Land aus Windkraft und zirka zehn Prozent aus Biomasse.

Einen noch höheren Stellenwert bekommt die alternative Energie, wenn zum Beispiel die Speichertechnik weiter entwickelt wird. Deshalb gilt es auch, neue Technologien zu unterstützen und die Forschung weiter zu forcieren.

Ich denke hier vor allem, und das wurde heute schon gesagt und auch darauf hingewiesen, dass es sehr positive Beispiele gibt.

Ich denke hier an das europäische Zentrum für erneuerbare Energie in Güssing, an Austria Windpower beziehungsweise auch an ein Feriendorf, das Vila Vita Pannonia, das Superinitiativen gesetzt hat und mit ihrem innovativen Energiekonzept eine Energieunabhängigkeit in den nächsten Jahren anstrebt.

Wir sehen ja - und die vergangenen Jahre haben es gezeigt -, dass dieser Ausbau der Windenergie zu einer lokalen Wertschöpfung von mehr als 150 Millionen Euro geführt hat.

Daher ist die Windkraft ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wichtig für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Wertschöpfung bleibt in der Region und wir machen uns unabhängig von Stromimporten aus dem Ausland.

Unserem Ziel, das Burgenland energieautark zu machen, sind wir im heurigen Jahr wieder einen Schritt näher gekommen.

Wir haben im Burgenland zurzeit etwas mehr als 200 Windräder, die in den nächsten Jahren verdoppelt werden sollen.

Erst vor wenigen Tagen erfolgte in Potzneusiedl der Spatenstich für zwei der weltgrößten Windräder. Mit einer Leistung von je 7,5 Megawatt und einer Jahresproduktion von 14,2 Millionen Kilowattstunden kann man zirka 10.000 Haushalte mit Ökostrom versorgen, und das ist ein ganz wichtiger Beitrag für den Klimaschutz.

Durch die Nutzung der Windkraft werden derzeit im Burgenland rund 550.000 Tonnen CO₂ eingespart. Das entspricht einer Menge von mehr als 50 Millionen Liter Heizöl.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Im Burgenland werden bereits Holz, Rebholzschnitt sowie Schilf- und Strohschnitt für die Energiegewinnung genützt und auch gefördert.

Dabei wird es aber notwendig sein, dass die Verarbeitung und der Transport von Holz, Schilf, Stroh oder Rebschnitt nicht mehr kosten beziehungsweise mehr CO₂-Belastung verursacht als eine herkömmliche Art der Verwertung.

Ich denke an das Einhäckseln von Rebholz. Und hier kann uns nur etwas gelingen, dass wir erfolgreich sind, wenn wir versuchen, eine gemeinsame koordinierte Vorgangsweise. *(Abg. Manfred Kölly: Meine Worte!)*

Ich kann mir zum Beispiel nicht vorstellen, wie der Kollege Reimon gemeint hat, es würde Sinn machen, dass jeder Haushalt hier seine Versorgung macht, denn hier, glaube ich, kämen wir auf keinen grünen Zweig, und es wäre sicherlich auch nicht wirtschaftlich.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Aber nicht nur das Bundesluftreinhaltegesetz, sondern auch ein Umdenken in der Bevölkerung haben dazu beigetragen, dass das ausschließliche Verbrennen auf den Feldern von Schilf, Stroh, Rebholz nicht mehr gemacht wird und dass es so, wie es sich jetzt zeigt, immer mehr zu einer sinnvollen Nutzung kommt.

Umweltlandesrätin Verena Dunst hat mit der Erlassung der Verordnung zu diesem Gesetz einerseits die gute Luftqualität des Burgenlandes für die nächsten Generationen gesichert und andererseits aufgezählte Verbrennungsverbotsausnahmen und tatsächlich eben auch in der Verordnung umgesetzt. Kollege Kölly hat bereits auch darauf hingewiesen.

Ich denke an die Brauchtumsfeuer, die es eben gibt, oder unter anderem auch an das Verbrennen von schädlingsbefallenen Rebschnitten, dass das erlaubt wird.

Sie hat damit vielen kleinen Landwirten und Weinbauern schnell und unbürokratisch einen guten Dienst erwiesen. Herzlichen Dank, Frau Landesrat! *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Landeshauptmann Hans Niessl wird mit Wirtschaftsexperten und den Sozialpartnern die Forschungsquote in den nächsten Jahren mehr als verdoppeln und damit den Wirtschaftsstandort Burgenland weiter aufwerten.

Wir werden daher unserem Antrag, die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit der Bundesregierung die Förderprogramme im Bereich erneuerbare Energie und Klimaschutz, insbesondere im Bereich der Biomasse, nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern auch nach Möglichkeit und entsprechend dem neuesten Stand der Technik immer wieder auszuweiten, unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat daher das Schlusswort. *(Abg. Josef Loos: Ich verzichte!)*

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die EntschlieÙung betreffend die Förderung von Hackschnitzelanlagen im Burgenland ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung einstimmig gefasst.

6. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbstständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 215) betreffend Beseitigung der ehemaligen Grenzübergänge im Burgenland (Zahl 20 - 127) (Beilage 221)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Der 6. und letzte Punkt der Tagesordnung ist der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses über den selbstständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung, Beilage 215, betreffend Beseitigung der ehemaligen Grenzübergänge im Burgenland, Zahl 20 - 127, Beilage 221.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Gerhard Pongracz.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Gerhard Pongracz: Der Rechtsausschuss hat den selbstständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Beseitigung der ehemaligen Grenzübergänge im Burgenland in seiner 8.Sitzung am Mittwoch, dem 11. Mai 2011, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbstständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer

Entschließung betreffend Beseitigung der ehemaligen Grenzübergänge im Burgenland unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Danke Herr Berichterstatter. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, dass dieses Thema ein ganz ein wichtiges ist und ein brisantes Thema ist. Denn wenn ich den Entschließungsantrag seitens der Liste Burgenland mir durchlese, und ich nehme mir jetzt die Zeit und lese ihn durch und dann kommen einige andere Meinungen dazu.

Betreffend Beseitigung der ehemaligen Grenzübergänge im Burgenland: Seit Inkrafttreten des Schengener Abkommens und dem Beitritt der Nachbarstaaten Ungarn, Slowakei zur Europäischen Union müssen die ehemaligen Grenzübergänge im Burgenland ihren ursprünglichen Zweck nicht mehr erfüllen.

Die verwaisten Bauten sind aber kein schöner Anblick und vermitteln all jenen Gästen, die über diese ehemaligen Grenzübergänge ins Burgenland einreisen, keinen guten ersten Eindruck vom Burgenland.

Dies ist für ein Land, das sich touristisch weiter entwickelt und weiter entwickeln möchte und in diesen Wirtschaftszweig entsprechend finanzielle Mittel investiert, kein gutes Zeugnis.

Aufgrund der gegenwärtigen budgetären Entwicklung ist es nicht zu erwarten, dass der Bund von sich die Bauten bei den Grenzübergängen renoviert beziehungsweise anderen Zwecken zuführt.

Aus diesem Grund liegt es im Interesse des Burgenlandes, dass die noch bestehende bauliche Infrastruktur im Bereich der ehemaligen Grenzübergänge geschliffen wird.

Andernfalls muss das Land Burgenland mit den zuständigen Bundesbehörden in Kontakt treten mit dem Ziel, eine Lösung für diese bauliche Infrastruktur - Renovierung, Weiternutzung et cetera - zu finden.

Der Landtag wolle beschließen, die notwendige Abklärung mit den zuständigen Bundesbehörden vorzunehmen, um eine rasche Schleifung der baulichen Infrastrukturen im Bereich der ehemaligen Grenzübergänge im Burgenland zu veranlassen oder - jetzt kommt das oder - andernfalls die notwendige Abklärung mit den zuständigen Bundesbehörden vorzunehmen, um eine rasche Lösung für die noch bestehenden baulichen Infrastrukturen im Bereich der ehemaligen Grenzübergänge - Renovierung, Weiternutzung et cetera - zu veranlassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dann gibt es wieder einmal einen Abänderungsantrag - einen sehr interessanten und brisanten. Gleich habe ich mir gedacht, die FPÖ hat diesen eingebracht, weil es sehr interessant ist, den Abänderungsantrag zu lesen.

Die Schengen-Erweiterung ist als Maßnahme gemeint. Blablabla.

Dann steht, temporäre Grenzkontrollen im Schengen-Raum könnten angesichts der gewaltigen Flüchtlingsströme aus Nordafrika wieder an Bedeutung gewinnen.

Lasst Euch diesen Satz einmal auf der Zunge zergehen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich weiß nicht, Kollegen Abgeordneten, habt Ihr Euch das durchgelesen? Von Rot und Schwarz! Habt Ihr das durchgelesen? Würde mich wundern, wenn Ihr das kennen würdet.

Die Wiedereinführung der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen gemäß Grenzkontrollgesetz erfolgt nach geltender Rechtslage durch die Verordnung der Frau Bundesminister für Inneres. Nur sie ist befugt, diese Maßnahme vorzusehen, wenn es zur Aufrechterhaltung des Öffentlichen, der Ruhe, Ordnung und Sicherheit geboten scheint.

Das heißt, man bricht das auf ganz etwas anderes herunter.

Das muss man sich zergehen lassen, meine sehr geehrten Damen und Herren im Hohen Landtag.

Sollten die Voraussetzungen zur temporären Wiederaufnahme der Grenzkontrollen erfüllt werden, bietet der bauliche Zustand der Infrastruktur an den ehemaligen Grenzübergängen Grund zur Beunruhigung. - Siehe da!

Dann soll der Landtag beschließen, an die Bundesregierung heranzutreten, das Konzept betreffend notwendiger Infrastruktur und Personalstärke für die Durchführung temporärer Grenzkontrollen vorzulegen und dessen Umsetzung sicherzustellen.

Was hat sich hier an diesem Antrag, den ich gestellt habe, oder die Liste Burgenland eigentlich geändert? Ich sage Ihnen was, was sich geändert hat: Es gibt da schlussendlich auf Anfrage diverser Medien einige Stellungnahmen einiger Herren.

Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP haben eine andere Idee. Sie haben Köllys Entschließungsantrag einen Abänderungsantrag eingebracht, in dem steht: Temporäre Grenzkontrollen im Schengen-Raum können angesichts der gewaltigen Flüchtlingsströme aus Nordafrika wieder an Bedeutung gewinnen. Aha, interessant!

Weiter im Text: Der bauliche Zustand der Infrastruktur an der ehemaligen Grenze - blablabla - habe ich schon vorgelesen. Das heißt, durch die gebotene Verwertung stehen die Grenzkontrollanlagen im Bedarfsfall nicht mehr zur Verfügung.

Ein Ersatz dafür beziehungsweise eine alternative Strategie ist daher vorzulegen, heißt es im Antrag.

Darum fordert die rot-schwarze pannonische Koalition die Landesregierung auf, an die Bundesregierung heranzutreten, das Konzept betreffend notwendiger Infrastruktur und Personalstärke für die Durchführung temporärer Grenzkontrollen vorzulegen und dessen Umsetzung sicherzustellen.

Dann frage ich mich: Was wollen Sie damit erreichen? Nachgefragt bei den Herren Klubobleuten, ist ja auch eine sehr interessante Aussage dieser Herrschaften, die sich dann dementsprechend auch distanzieren.

Im Gespräch mit dem „Standard“ - ich sage das auch gleich - kalmiert der burgenländische ÖVP-Klubobmann Rudolf Strommer: Grenzkontrollen wie zwischen Dänemark und Deutschland lehnt er ab. Um Gottes Willen. Als überzeugter Europäer stehe ich ja zur Reisefreiheit in der EU. Ich rechne mit keiner Völkerwanderung.

Aber wenn Wien Schauplatz eines internationalen Gipfels wird und wenn wir wieder eine EM haben, dann brauchen wir einen Mindeststandard für die Sicherung der Grenzen. Zumindest ein kleiner Teil der alten Grenzposten sollte erhalten bleiben. Also jene Grenzübergänge an Autobahnen und Bundesstraßen. So der Klubobmann der ÖVP.

Das heißt, beim Abänderungsantrag hat er brav unterschrieben, ist alles drauf, vorher alle unterschrieben. Ich weiß nicht, wer die Abgeordneten alle sind, die da unterschrieben haben, sehr interessant zu wissen.

Der Einleitungstext - habe ich schon gesagt -: gewaltige nordafrikanische Flüchtlingsströme. Die Rede ist davon, da nimmt er Abstand, der Herr Klubobmann der ÖVP.

Jetzt kommt der nächste Herr, leider nicht da, der Herr Kollege Illedits. SPÖ-Klubchef Christian Illedits nimmt schriftlich Stellung, weil um Gottes Willen, ich vielleicht etwas falsch schreiben könnte. Da lässt er seinen „Maxl“ geschwind schreiben.

Der zitierte Antrag wurde am 9.5.2011 abgefasst und danach in der Ausschusssitzung eingebracht. Zu diesem Zeitpunkt war eher von einem Ausufern als vom Ende der blutigen Unruhen in einigen nordafrikanischen Staaten auszugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag! So geht man mit Abänderungsanträgen oder mit Anträgen um.

Das dürfen wir und wollen wir uns nicht gefallen lassen! Ich sage das mit dieser Deutlichkeit.

Schaut Euch das an! Zieht diesen Abänderungsantrag so rasch wie möglich zurück, ansonsten glaube ich, gibt es andere Möglichkeiten in diesem Hohen Haus!

Steht zu dem, was tatsächlich Ihr wollt und nicht, was gewisse Leute in Klubs vorgeben und Ihr brav die Hände hebt! Das kann es nicht sein. Denkt nach!

Mein Antrag hat gelautet, diese Schandflecke, die tatsächlich an den Grenzen stehen, siehe Pamhagen - fährt über Pamhagen, schaut Euch das an, Frau Landesrätin, Tourismuszuständige, Frau Präsidentin, weil der große Präsident ist ja nicht da, der ist ja vielleicht schon irgendwo auf einer, weiß ich nicht, mein Windrad anschauen in Deutschkreutz, dass wir da energieautark sind in Oberpullendorf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist genau das, was sich hier im Landtag abspielt.

Wir werden uns das nicht mehr gefallen lassen.

Hier muss man klar und deutlich sagen: Der Antrag seitens der Liste Burgenland, meiner Wenigkeit, hat dort hingezielt, dass wir diese Schandflecke einmal wegbringen, dass wir sie nutzen können, dass wir vielleicht auch dem Bund ein Geld einspielen können.

Oder braucht der Bund kein Geld?

Oder brauchen wir eh alles für Griechenland, wo man den großen Schirm darüber spannt oder Irland und wie sie alle heißen.

Dieser Abänderungsantrag ist auf das Schärfste abzulehnen. Ich sage das mit dieser Deutlichkeit, und ich werde das auch tun. Danke schön! *(Abg. Günter Kovacs: Und das mit dem Behindertenparkplatz auch - auf das Schärfste.)*

Präsident Gerhard Steier *(der den Vorsitz übernommen hat):* Danke Herr Abgeordneter. *(Abg. Manfred Kölly zu Abg. Günter Kovacs: Du verstehst noch immer nicht die Welt, um was es da geht. Das ist Dein Problem.)* Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Michel Reimon. Ich erteile ihm das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Michel Reimon, MBA (GRÜNE): Danke Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist widerlich, der Abänderungsantrag, nicht der Antrag des Herrn Kölly.

Was Ihr als Regierungsparteien da beschließen wollt, ist schlicht und einfach widerlich, und die Freiheitlichen sitzen hinten und grinsen und sie grinsen zu Recht, weil sie die einzigen Gewinner von Eurer Strategie sind. (*Abg. Manfred Kölly: Das ist unglaublich, was ... - Zwiegespräche in den Reihen*) Ich würde, nein, „wurscht“!

Es ist wirklich, der Herr Klubobmann Illedits sagt im „Standard“-Interview - das jetzt ausführlich zitiert worden ist -, wie wir das geändert haben, ist von einem Ausufern der Unruhen in Nordafrika auszugehen gewesen.

Ich weiß nicht, seid Ihr keine Demokraten? Da gehen demokratische Revolutionen durch ein Land nach dem anderen und Ihr redet von einem Ausufern der Unruhen, die Ihr irgendwie abwehren wollt. Das unterschreibt Ihr? Zu viert, zu fünft?

Dann steht wortwörtlich drinnen - es ist vorgelesen worden -, gewaltige Flüchtlingsströme aus Nordafrika, die jetzt über das Burgenland hereinbrechen, deswegen bauen wir in Nickelsdorf, in Klingenbach, in Deutschkreutz Grenzanlagen auf, als ob dies irgendetwas bringen würde.

Was Ihr da macht, ist nur blanker Populismus, um die Freiheitlichen rechts zu überholen und Ihr treibt ihnen die Wähler zu, so wie Ihr es seit Jahren macht. Ihr werdet die Rechnung 2013 präsentiert bekommen und ich werde bis 2013 genau das zu Euch sagen, dass Ihr schlicht und einfach völlig falsch liegt und widerlich noch dabei seid.

Es ist absolut unerträglich in einem Land, das wie kein anderes von einer Ostöffnung und von einer Grenzöffnung profitiert hat in Österreich, so zu tun, als würde die geschlossene Grenze uns wieder helfen.

Wir haben in einer Woche oder in zehn Tagen einen internationalen Kongress in Wien - World Economic Forum -, zu dem Demonstranten vielleicht aus ganz Europa anreisen werden. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Es wird dazu Polizeikontrollen geben. All das, ohne dass man jetzt irgendwo einen Grenzübergang eröffnet. Das passiert bereits. Dann zu begründen, wir brauchen das, weil man vielleicht bei internationalen Kongressen in Wien vorbereitet sein will, ist völlig irrsinnig, weil es schon jetzt passiert. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Ihr sucht nur eine Ausrede, denn es geht überhaupt nicht darum, dort irgendetwas sinnvoll zu kontrollieren, weil jeder, der irgendwo vielleicht etwas stiehlt oder über die Grenze bringen möchte, was doch eigentlich die Sorge der Bevölkerung ist, die Ihr damit rechts überholen wollt, der fährt über einen anderen Grenzübergang.

Der fährt zu einer anderen Zeit oder was auch immer. Damit könnt Ihr überhaupt nichts erreichen. Euch geht es schlicht und einfach darum, wiederum gegen Flüchtlinge zu hetzen, wieder einmal Stimmung zu machen und zu glauben, Ihr könnt auf diese Art und Weise die Freiheitlichen überholen.

Zum Klubobmann Strommer muss ich auch noch Folgendes sagen: Diese Ausrede, die im „Standard“ steht, kann ich so nicht gelten lassen. Sie sagen im „Standard“ sinngemäß, dass Sie zu dieser Formulierung in der Begründung nicht stehen und sich nur an diesen Beschlussantrag halten. (*Abg. Ing. Rudolf Strommer: Wie bitte?*)

Wozu wird begründet, warum das geschlossen wird? So lese ich es dort. Du kannst das sehr gerne noch korrigieren, Herr Kollege. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

So geht es einfach nicht. Ich werde das natürlich ablehnen. Ich werde mir jetzt mit viel Zorn im Bauch die begeisterte Rede der Freiheitlichen anhören, und dann Eure. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Klubobmann Johann Tschürtz.

Bitte Herr Abgeordneter. Sie sind am Wort.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Herr Abgeordneter! Danke für die nette Ankündigung meiner Rede. Da gibt es so viele Dinge, wo man sofort ansetzen könnte. *(Angeregte Zwiesgespräche zwischen den Abgeordneten Michel Reimon, MBA, Ing. Rudolf Strommer und Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl)*

Aber, ich beginne einmal bei der Tatsache, dass es sozusagen hinsichtlich der Grünen - das mag auch so sein und das ist auch kein Problem - eben zwei unterschiedliche Haltungen gibt. Das mag auch durchaus für die Grünen natürlich so gelten, die für Einbürgerungsoffensiven stehen.

Die Frau Vassilakou sagt, dass wir eine Einbürgerungsoffensive brauchen. Wenn die Grünen sagen, dass wir Staatsbürgerschaften verleihen müssen und Türkisch als zweite Sprache benötigen, dann ist das die Sache der Grünen.

Das muss ich gar nicht ablehnen, das soll so sein, aber, eines steht auf jeden Fall fest, nämlich, dass wir nicht unbegrenzt Millionen von Flüchtlingen aufnehmen können. Das geht einfach nicht. Das ist nicht möglich. Das ist schon deshalb nicht möglich, weil Österreich sieben oder acht Millionen Einwohner hat und wir wahrscheinlich nicht in der Lage sind, 30, 40, 50 Millionen Flüchtlinge aufzunehmen. *(Angeregte Zwiesgespräche zwischen den Abgeordneten Michel Reimon, MBA, Ing. Rudolf Strommer und Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl)*

Gut. Ich glaube, da brauche ich nicht viel dazu zu sagen. Der Herr Abgeordnete Reimon hat das schon gesagt: Die Freiheitlichen brauchen sich eigentlich nur zurückzulehnen und zu lachen, denn, Faktum ist: Alles, was wir vorher gesagt haben, ist eingetreten.

Als wir vor einem Jahr gesagt haben, dass es zeitweise Grenzkontrollen geben soll, hat man aus allen Richtungen geschimpft. Aus allen Richtungen hat man uns kontaktiert in die Richtung, dass man gesagt hat: Diese Freiheitlichen sind doch so etwas von schlimm. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Tatsache ist, dass man jetzt europaweit an die Aufhebung von Schengen denkt, dass man sogar europaweit daran geht, und das wird wahrscheinlich etwas ganz Neues sein, anschließend an die Phasing Out-Situation bis 2013 eine Phasing Out-Förderung bis 2020, eine Grenzregionsförderung, die wahrscheinlich doppelt so hoch ist, wie die derzeitige Förderung an Phasing Out-Mittel, die doch für Schulungsmaßnahmen, für Arbeitsmaßnahmen und auch für andere Maßnahmen, wie Dorferneuerung und so verwendet wird, zur Verfügung zu stellen. *(Angeregte Zwiesgespräche zwischen den Abgeordneten Michel Reimon, MBA, Ing. Rudolf Strommer und Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl)*

Das heißt, man möchte auch seitens der EU dafür sorgen, dass die Sicherheit gewährleistet ist. Deshalb wird man das jetzt ändern und 2013 die Förderungsrichtlinien in eine Grenzregionsförderung umgestalten. Wir haben vor eineinhalb Jahren schon gefordert, dass es zeitweilige Grenzkontrollen geben soll.

Aus dem einfachen Grund, weil es natürlich deshalb sinnvoll ist - und das, glaube ich, bestätigt doch mittlerweile jeder - dass stichprobenartig Kontrollen durchgeführt werden. Man kann sich das so vorstellen und das passiert derzeit in Deutschland genau so, dass man, so ähnlich wie bei den Planquadraten, sich aufstellt und ganzen Tag dort Aufstellung nimmt.

Man braucht ja nicht jeden kontrollieren, aber, man fischt einzelne Fahrzeuge heraus. Das genügt manchmal schon. Das ist schon einmal ausreichend. Das hat damit nichts zu tun, dass man jetzt, so, wie anno dazumal, wieder Grenzkontrollen einführt, sondern man eben aufgrund der hohen Kriminalitätsrate natürlich Akzente setzen muss.

Nun aber zu den Gebäuden. Es ist schon richtig, dass die Gebäude natürlich nicht so wunderschön ausschauen. Aber, es gibt jetzt einige Möglichkeiten. Ich finde den Antrag der SPÖ als einen sehr guten Antrag. Ich muss wirklich sagen, dass das ein sehr guter Antrag ist.

Denn, an die Bundesregierung heran zu treten, das Konzept betreffend notwendige Infrastruktur und Personalstärke für die Durchführung temporärer Grenzkontrollen vorzulegen und dessen Umsetzung sicher zu stellen, finde ich sehr gut, denn das heißt ja nicht, dass dort alle Gebäude niedergerissen werden müssen.

Es heißt doch nicht, dass alle Gebäude erhalten werden müssen, sondern, man muss natürlich auch eine Evaluierungsphase in Angriff nehmen und sagen: Wo ist es sinnvoll, wo kann man mit den größten Flüchtlingsströmen rechnen und wo nicht? Das hat gar nichts damit zu tun, dass man irgendwo menschenverachtend unterwegs ist.

Aber, Faktum ist und das ist einfach so: Österreich wird keine 50, 60, 70, 80 und 100 Millionen Menschen aufnehmen können. Es sind nicht 50 Millionen, sondern es sind sicher 500 Millionen Menschen in Afrika und überall auf der ganzen Welt armutsgefährdet. Das heißt, wo fängt man an, wo hört man auf?

Es ist nun einmal notwendig - und das ist nichts Negatives - auch auf die eigene Bevölkerung zu schauen. Auf die eigene Bevölkerung insofern zu schauen, dass man selbstverständlich auch hier Rahmenbedingungen setzt, wo sich jeder wohl fühlen kann und wo dieser Standard, den wir derzeit haben, auch erhalten bleibt.

Zwei, drei Anmerkungen noch zur Polizei selbst: Was mich natürlich besonders stört ist, dass man jetzt daran geht, 500 Planposten bei der Polizei abzubauen. Das hat der Kollege Schneckler auch schon bekannt gegeben. Das stört mich ganz besonders. *(Angeregte Zwiegespräche zwischen den Abgeordneten Michel Reimon, MBA, Ing. Rudolf Strommer und Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl)*

Die Pensionsabgänge sollten jetzt radikal eine Neuaufnahme nach sich ziehen. Das heißt, wir brauchen Polizisten, wir brauchen immer mehr Polizisten. Bei diesen vielen Zwiegesprächen linker Hand kann man sich wirklich sehr schwer konzentrieren. Das ist wirklich ein Wahnsinn! Aber bitte, soll es halt so sein. In Ordnung. *(Abg. Ilse Benkö: Die Herrschaften sollen im Büro diskutieren.)* Das stimmt, das wäre sicher gescheiter. *(Abg. Ilse Benkö: Geht in die Pause!)*

Faktum ist natürlich, dass die ÖVP, das muss ich schon wirklich sagen, die einzige Partei war, die definitiv gesagt hat was war, die gesagt hat, passt auf, das ist so, dass diese Planposten zwar fehlen, aber dass man diese nicht mehr nachbesetzen kann.

Die ÖVP hat das auch definitiv so gesagt, wie es ist. Von der SPÖ habe ich natürlich andere Töne gehört. In der SPÖ hat man gesagt: Die gehören nachbesetzt! In der SPÖ hat man massiv Gas gegeben und hat vor der Landtagswahl populistisch agiert. Jetzt, wo Planstellen abgebaut werden, ist es dem Landeshauptmann auch wieder egal.

Das ist natürlich das, was mich stört. Es stört mich natürlich auch, dass der Herr Landeshauptmann gesagt hat, dass es im Burgenland nur einen einzigen Polizisten gibt, der unter 30 Jahren ist.

Das stimmt auch nicht. Man kann als Landeshauptmann sagen was man will. Medial ist auch egal, denn es bringt ohnehin keiner etwas. Man kann sozusagen machen was man will.

Nun aber zum heutigen Antrag: Wir werden dem SPÖ-Antrag unsere Zustimmung geben, denn mir gefällt dieser Antrag. Er ist auch richtig, denn wir alle wissen nicht, was auf uns zukommt. *(Abg. Manfred Kölly: SPÖ und ÖVP! Beide!)* Wie bitte? *(Abg. Manfred Kölly: SPÖ und ÖVP! Beide! Du erwähnst immer nur die SPÖ.)*

Den Abänderungsantrag von SPÖ und ÖVP, sicher, genau richtig, werden wir unsere Zustimmung geben, da wir glauben, dass es sehr wichtig ist, auch im Hinblick auf unsere Zukunft, schon Evaluierungsphasen in Angriff zu nehmen und abzuchecken ist, muss man jetzt entweder Maßnahmen oder keine setzen.

Man kann nicht für alle Ewigkeit sagen: So, jetzt ist es vorbei und es ist geschehen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Klubobmann Ing. Rudolf Strommer.

Herr Abgeordneter Sie sind am Wort.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag, der hier in Rede steht, ist vom Abgeordneten Kölly in einer Art und Weise gestellt worden, wie man das so nicht stehen lassen kann. *(Abg. Manfred Kölly: Ah so? Entschuldige!)*

Ein Entschließungsantrag hat grundsätzlich zu beinhalten, dass jemand aufgefordert wird, etwas zu tun. Wenn Sie sich Ihren Antrag durchlesen, werden Sie darauf kommen, dass Sie eigentlich niemand auffordern, irgendetwas zu tun. *(Abg. Manfred Kölly: Sind wir beim Bundesheer? Kriegsthemen sind nämlich nicht so meines!)*

Ein Entschließungsantrag fordert die Burgenländische Landesregierung auf, entweder selbst etwas zu tun, oder an die Bundesregierung heran zu treten. Aus diesem formalen Grund musste Ihr Antrag schon abgeändert werden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Inhaltlich haben wir uns diesem Antrag sehr eingehend genähert und haben uns sehr genau erkundigt, wie die Situation an der burgenländischen Grenze mit diesen Liegenschaften tatsächlich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Schengener Übereinkommen - und jetzt bin ich bei der Diskussion, die jetzt im small talk geführt wurde, die gestern auch im Standard geführt wurde - regelt den kontrollfreien grenzüberschreitenden Verkehr zwischen den meisten EU-Staaten sowie einigen weiteren Ländern, die sich dem Abkommen angeschlossen haben.

Diese Staaten verfolgen auch eine gemeinsame Visum-Politik und sichern ihre Außengrenzen nach gemeinsamen Standards - ihrer gemeinsamen Außengrenze, nicht jeder seine eigene Außengrenze. Schengen - wir wissen es, ist ein kleiner Ort in Luxemburg. Dort haben 1985 die Vertreter Frankreichs, Deutschlands, Belgiens, der Niederlande und von Luxemburg dieses Abkommen unterzeichnet, mit dem die Grenzkontrollen zwischen ihren Ländern aufgehoben werden sollen.

Tatsächlich geschah dies erst aber 1995, nachdem 1990 ein Durchführungsabkommen geschlossen worden war und die technischen Voraussetzungen geschaffen worden waren.

Das hat eigentlich mit diesem Antrag nichts zu tun, den der Kollege Kölly gestellt hat. Nur, in der jetzigen Diskussion scheint das eine Rolle zu spielen, denn wir wissen, dass die Europäische Union eine Werte- und Gesinnungsgemeinschaft ist.

Eine Friedensgemeinschaft, wo die vier Grundfreiheiten entscheidend sind. Die Freiheit des Personenverkehrs, die Freiheit des Warenverkehrs, die Freiheit der Dienstleistungen und der freie Kapitalverkehr. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Diese vier Freiheiten, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind gerade bei der ÖVP sehr hoch im Kurs. Wir halten uns daran, wir genießen diese neue Qualität der Reisefreiheit und wir wollen nicht, dass jemand glaubt, dass ich durch Grenzkontrollen zwischen Eisenstadt und Sopron ein Problem in Lampedusa lösen könnte. *(Abg. Manfred Kölly: Abänderungsantrag durchlesen! Durchlesen Herr Klubobmann Strommer! Durchlesen! – Beifall bei der ÖVP)*

Im Gegenteil, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind nicht dafür, dass Grenzbalken hoch gezogen werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich ist im Zuge und im Hintergrund von den Boatpeople aus Nordafrika in der Europäischen Union eine Debatte um eine mögliche Reform des Schengener Abkommens entstanden.

Frankreich und Italien sind hier federführend gewesen und haben zeitweise die Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen gefordert. Auf einer Sondersitzung der EU-Innenminister hat sich die Mehrheit für eine Flexibilisierung des Schengener Abkommens ausgesprochen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Unterdessen kündigte die dänische Regierung die Wiedereinführung der Kontrollen an den Grenzen zu Deutschland und zu Schweden an und provozierte damit natürlich heftige Kritik.

Ich will nicht haben, dass Österreich vorgeht, wie Dänemark. Im Gegenteil, wir sind stolz darauf, dass wir diesen freien Personenverkehr, den freien Kapitalverkehr, den freien Verkehr der Dienstleistungen, dass wir diesen freien Warenverkehr hier bei uns in der Region haben, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Abg. Manfred Kölly: Sie haben aber hier unterschrieben, Herr Klubobmann!)*

Erinnern Sie sich, was wir vor dem 1. Mai auch hier im Hohen Haus debattiert haben. Ich glaube, es war die letzte Sitzung im April, als wir hier in einer Aktuellen Stunde debattiert haben, wie sich die Öffnung des Arbeitsmarktes für alle EU-Bürger in Österreich auswirken wird.

Wir haben es gesehen: Die Arbeitslosenzahlen in Österreich sind, Gott sei Dank, zurückgegangen. Wenn Sie sich das Lohngefälle von Ostungarn an der ukrainischen Grenze zu Westungarn an der österreichischen Grenze anschauen, so ist das in einem Ausmaß ungefähr die Hälfte davon, was zwischen Burgenland und Vorarlberg gegeben ist.

Deshalb werden die Burgenländer nicht in Scharen nach Vorarlberg auswandern, sondern, wir werden hier bleiben und mit unserer Kraft dieses schöne Burgenland weiter gestalten und weiter entwickeln. So machen das auch die ungarischen Nachbarn, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Tatsache ist, dass wir diesen Antrag abgeändert haben. Einerseits aus sachlichen Gründen, weil es nicht möglich ist, ohne irgendjemanden aufzufordern, einen Entschließungsantrag einzubringen, dass dieser Text der beschlossen werden soll nunmehr lautet, ich lese ihn vor:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heran zu treten, ein Konzept betreffend notwendige Infrastruktur an Personalstärke für die Durchführung temporärer Grenzkontrollen vorzulegen und dessen Umsetzung sicher zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist genau das, was für einen guten Innenminister und für eine gute Innenministerin selbstverständlich ist, nämlich, für die Sicherheit im Inland zu sorgen.

Wenn es notwendig ist, sind innerhalb des Schengener Abkommens temporär Grenzkontrollen dann durchzuführen, wenn besondere Ereignisse oder besondere Bedrohungen da sind. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn in Wien ein Weltwirtschaftsgipfel stattfinden sollte, dann wird man wohl an den österreichischen Grenzen zu unseren Nachbarn hin besondere Kontrollen durchführen, besondere Kontrolle vorsehen und die Infrastruktur dafür vorhalten und installieren. *(Abg. Michel Reimon, MBA: Das passiert doch ohnehin schon! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn wieder einmal eine Europameisterschaft im Fußball stattfinden wird, so wird man das genauso wie bei der letzten Europameisterschaft so tun, dass man temporär wieder an Grenzen kontrolliert. Wenn man im Internet, auf Facebook, mitbekommt, dass sich im Ausland oder im Inland möglicherweise Gruppen zusammenrotten, weil sie bei einem Fußballspiel mit Gewalt stören wollen, dann wird man auch an den Grenzen kontrollieren und wird das temporär tun. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Damit man das tun kann, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es notwendig, ein Konzept zu erarbeiten, wie viel von der derzeitigen Grenzinfrastruktur, von Liegenschaften, dafür benötigt wird.

Dann wird man nicht nur daran gut tun, alle Liegenschaften, die als Grenzgebäude verwendet wurden, zu verkaufen, sondern wird einen Teil ganz einfach vorhalten und darüber nachdenken müssen, wenn solche besonderen Bedrohungsbilder da sind, wo kann ich dort, mit welcher Mannstärke solche Dinge tun.

Das ist der Inhalt dieses Antrages. Das ist der Inhalt der Beschlussformel, der wir heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, gerne zustimmen werden. In dieser Situation gibt es mir aber auch die Möglichkeit, über andere Dinge zu sprechen.

Die Frau Innenministerin hat natürlich auch gesagt, dass wenn es notwendig ist, es wohl nicht anders gehen wird, dass man einen Assistenzeinsatz des Bundesheeres möglicherweise wieder anfordert.

Wenn ich mir diese Diskussion derzeit ansehe, dann wird das mit dem geplanten Söldnerheer von Minister Darabos nicht möglich sein, wenn insgesamt 12.500 Mann für Katastrophenschutz deshalb zur Verfügung stehen sollen, weil damals bei der Hochwasserkatastrophe genau 12.500 Mann im Einsatz waren.

Sollten in Österreich 12.500 Mann, sofern sie für eine Berufsarmee überhaupt rekrutiert werden können, für Hochwassereinsätze notwendig sein, werden wir dann wohl keine Soldaten haben, die wir an die Grenze schicken können.

Die gestrige Tagung der Symposien der Offiziersgesellschaft, bei der ich deshalb nur ganz kurz dabei war, weil ich dann nachher zur Festveranstaltung „90 Jahre Burgenland“ gegangen bin, hat sich mit diesem Thema beschäftigt.

Dort hat der Präsident der Offiziersgesellschaft, Hofrat Paulus, klar gesagt, dass die Situation sich in allen Nachbarländern Österreichs so darstellt, dass jene, die erst kürzlich von einer Wehrpflicht zu einer Berufsarmee umgestellt haben, große Probleme mit dem Rekrutieren haben.

Ich habe mich persönlich sehr gefreut, dass der Wehrsprecher der SPÖ, der Herr Nationalratsabgeordnete Pregartner, für sich selbst festgestellt hat, dass er selbstverständlich an der Wehrpflicht festhalten wird, weil er weiß, dass es die richtige Form ist, wie die Armee derzeit ihre Rekrutierungsmöglichkeiten ausschöpfen kann.

Unbestritten ist, dass die Armee reformiert werden muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind alles kleine Mosaiksteine, die zu unserer aller Sicherheit beitragen.

Dieser Entschließungsantrag, den wir heute guten Gewissens die Zustimmung erteilen werden, ist ein solcher Mosaikstein für unser aller Sicherheit.

Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Ewald Schneckner.

Ich erteile ihm das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ewald Schneckner (SPÖ): Danke Herr Präsident! Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Nun wurde von meinen Vorrednern alles gesagt. Jeder hat seine Interpretation. Dabei wurde allerdings eigentlich alles vermischt und vermengt. Sogar das Bundesheer ist jetzt noch vorgekommen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wenn wir über die Zukunft der Grenzhäuser reden, dann müssen wir, denke ich, vom Status quo reden. Die Fakten sind eben so, dass die Situation in Nordafrika sich derzeit so entwickelt, dass Flüchtlingsbewegungen durchaus entstehen können.

Das zum einen. Ein Faktum ist auch, dass Dänemark die Grenzkontrollen wieder eingeführt hat. Man kann dazu stehen wie man will. Es ist eben ein Faktum.

Wir werden am 8. und 9. Juni in Wien, in der Hofburg, einen Weltwirtschaftsgipfel haben, wo 500 oberste Vertreter aus Wirtschaft, Politik und zivilen Organisation daran teilnehmen.

In diesem Zusammenhang: Alles was hier in Abrede gestellt wurde und was wir nicht brauchen oder nicht wollen, wird genau dann passieren, nämlich, dass das Innenministerium die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen für mehrere Tage anordnen wird. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Die Abfangjäger werden den österreichischen Luftraum sichern. - Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Sicher, Herr Kollege!)*

Die Ziele, Herr Klubobmann, die Abfangjäger, sind unter anderem, die Verhinderung der Einreise von Störern und von gewaltbereiten Demonstranten.

Das heißt, die Grenzkontrollstellen werden als solche auch wieder gekennzeichnet und für jedermann als solche erkennbar sein. Der Grenzübertritt wird in diesem Zeitraum eben nur an diesen Grenzkontrollstellen möglich und erlaubt sein.

Im Gegensatz dazu stehen die Maßnahmen, die vom Innenministerium quasi als Tagesgeschäft derzeit getätigt werden. Da wird Sicherheitsinfrastruktur abgebaut, Sicherheitsinfrastruktur vernichtet in dem man die Gebäude verfallen lässt. Auch das wurde schon angesprochen.

Den Strom abschaltet zum einen, Anlagen abbaut, Kontrolleinrichtungen entfernt oder gar nichts macht und die Anlagen dem Verfall preis gibt, weil man kein Konzept, keinen Plan und keine Strategie hat, weil man im Innenministerium gar nichts hat. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Kollege Kölly! Sie haben in der Fragestunde im April angeregt, Tiere statt den Einsatzkräften in der Grenzstation unterzubringen. *(Abg. Manfred Kölly: Ich finde das auch so in Ordnung.)* Das war auch einer der amüsanten Vorschläge, nur weil es gerade im Zusammenhang mit dem Tierschutzhaus eben opportun war, *(Abg. Manfred Kölly: Hast Du vielleicht etwas gegen Tiere?)* aus Eigennutz, oder aus Egoismus. *(Abg. Manfred Kölly: Herr Kollege? Hast Du etwas gegen Tiere?)*

Aber, so sind Sie uns bekannt. Kein Antrag, keine Wortmeldung ohne Eigennutz Herr Kollege! Amüsant, eigennützig, aber ohne erkennbaren Wert für eine ordentliche Lösung. *(Abg. Manfred Kölly: Noch einmal: Haben Sie etwas gegen Tiere? - Beifall bei der SPÖ)*

Herr Präsident! Hohes Haus! Was wollen wir also? Wir wollen natürlich die Reisefreiheit im derzeitigen Ausmaß. Wir sind Europäer. Wir wollen, dass die Grenzhäuser, die eine erste Visitenkarte Österreichs sind, keinen Schandfleck darstellen. Die Abklärung ist bereits im Gange. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das Land macht die Hausaufgaben. Es wird abgeklärt, wer zuständig ist. Wir wollen auch, dass die Grenzkontrollen als Einrichtung zweckdienlich sind. Das heißt, wir wollen, dass man sie hat, wenn man sie braucht.

Wir wollen auch, dass die Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen, der Polizistinnen und Polizisten, die dort dann ihren Dienst versehen sollen und müssen, gewährleistet ist.

Dazu gehört auch eine ordentliche Beleuchtung, wenn Kontrollen durchgeführt werden. Dazu gehört eine ordentliche Infrastruktur. Das ist zweifelsfrei nicht gegeben, wenn zum Beispiel der Strom abgezwickt wird.

Es kann auch nicht sein, nur weil sich die polizeiliche Führung des Burgenlandes nicht um die Infrastruktur kümmert, dass, zum Beispiel, sichergestellte Fahrzeuge, die dort in einer Grenzübergangsstelle verwahrt werden, aus der solchen gestohlen werden und dann mühsam wieder nach denen gefahndet werden muss.

Geschätzte Damen und Herren! Die burgenländische Exekutive ist ein Sicherheitsdienstleister für die Ballungsräume und für ganz Österreich. Wir sind als Sicherheitsdienstleister für ganz Österreich tätig.

Es wird eine hervorragende Arbeit geleistet. Wir wollen nichts anderes, als ein Konzept betreffend der notwendigen Infrastruktur für die Einführung eben solcher vorübergehender temporärer Grenzkontrollen.

Dazu brauchen wir die Erhaltung der grenznahen Dienststellen. *(Abg. Manfred Kölly: Einen eigenen Antrag musst Ihr einmal einbringen und nicht einfach einen anderen abändern.)*

Sie, geschätzte Damen und Herren von der ÖVP, sind gerade dabei, das ist eben so, zehn solche Dienststellen zu schließen.

Sie lassen damit zu, dass auch der Personalstand im Burgenland massiv verringert wird. Kollege Tschürtz! Uns und auch dem Herrn Landeshauptmann ist es weder vor, noch nach der Wahl egal, dass 500 Planposten vom Burgenland verschwinden sollen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Was wir weiters wollen und brauchen ist ein Konzept für die Personalplanung. Ganz wenige Polizisten sind unter 30 Jahren. Das Durchschnittsalter liegt bei über 45 Jahre. Das wird in den nächsten Jahren zu einem Problem führen. Für eine dauerhafte Sicherheitslösung ist es auch unerlässlich, auf diese Fragen Antworten zu geben. *(Abg. Manfred Kölly: Das ist ein Sicherheitsantrag!)*

Die frühere Innenministerin, und sie ist jetzt bei der Finance, um in Ihrer Sprache zu sprechen, hat in diesem Bereich nichts, aber auch schon gar nichts auf die Reihe gebracht.

Es bleibt die Hoffnung, dass sich die neue Innenministerin weniger um die Umfärreaktionen, die auch jetzt bei einer Planstellenbesetzungen wieder laufen, kümmert und viel mehr für die Sicherheit Österreichs und damit auch für die Sicherheit unseres Heimatlandes Burgenland einsetzt und engagiert.

Dem Abänderungsantrag werden wir natürlich zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter Schneckner. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Michel Reimon.

Ich erteile ihm das Wort. Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Michel Reimon, MBA (GRÜNE): Danke Herr Präsident. So, jetzt ergibt sich für mich ein neues Bild. Offensichtlich hat die SPÖ diesen Antrag so abgeändert und durchgepeitscht und die ÖVP vielleicht nicht in diesem Ausmaß aufgepasst, wie sie aufpassen hätte sollen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben das vorhin diskutiert. Ich möchte es nur noch einmal veröffentlichen.

Kommen Sie heraus und korrigieren Sie mich. Hier steht: An die Bundesregierung wird herangetreten, *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ja!)* ein Konzept betreffend notwendiger Infrastruktur und Personalstärke für temporäre Grenzkontrollen vorzulegen und die Umsetzung sicherzustellen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Das ist Dänemark. Das ist kein Unterschied zu Dänemark. Temporäre Grenzkontrollen mit den Häusern hinstellen. Wir sperren für einige Tage, Wochen, Monate, was auch immer ab, und kontrollieren temporär.

In Ordnung, so habe ich Sie vorhin verstanden. Wir wollen das Dänemark-Modell nicht. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ja!)* Wir wollen die Grenzen temporär nicht zumachen.

Für mich ist dieser Antrag aber das Dänemark-Modell. Wir setzen Schengen außer Kraft. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Dieser Antrag ist kein Dänemark-Modell.)*

Es steht doch da! Wir setzen temporäre Grenzkontrollen um. Es ist kein Unterschied zu Dänemark was da steht. Der Kollege von der SPÖ hat Sie auch gerade bestätigt. Die SPÖ steht dazu. Das ist Dänemark was Ihr hier beschließt.

Begründen tut Ihr es noch einmal mit den nordafrikanischen Flüchtlingen, die da gerade um ihre Demokratie kämpfen. Das finde ich noch besonders tragisch und grauslich. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ich stelle daher, um aus dieser Debatte herauszukommen, einen Abänderungsantrag und lese nur die Beschlussformel vor, wenn ich das richtig im Kopf

habe. (Abg. Ing. Rudolf Strommer: Ja, ja. - *Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Kann ich das? Weil da gerade eine große Diskussion ist? (Abg. Christian Sagartz, BA: *Ist der Antrag bekannt?*)

Wird abgestimmt, damit ich die Mehrheit habe? Ich weiß, ich bin alleine, dass weiß ich. Das ist mir schon hin und wieder bewusst geworden. (Abg. Christian Sagartz, BA: *Wir kennen doch nicht die Begründung. Die Begründung ist eben nicht bekannt. Du kannst erst dann die Beschlussformel vorlesen, wenn die Begründung bekannt ist.*)

Gut, die Begründung ist: (Abg. Christian Sagartz, BA: *Nein, Nein! Wenn Du einen Antrag einbringst, dann müssen wir auch die Begründung kennen.*)

Präsident Gerhard Steier | (das Glockenzeichen gebend): Ich darf hier für den Abgeordneten Sagartz die Sachlage präzisieren: Er muss schriftlich vorliegen und in der Präsidiale verlesen werden.

In der Umsetzung muss er jetzt schriftlich formuliert sein und auch verlesen werden.

Der Abänderungsantrag, jetzt.

Abgeordneter Michel Reimon, MBA (GRÜNE) (fortsetzend): Das heißt, ich darf ihn jetzt nicht einbringen.

Präsident Gerhard Steier: Doch er müsste jetzt vorgelegt und vorgelesen werden. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Abgeordneter Michel Reimon, MBA (GRÜNE) (fortsetzend): Dann muss er kopiert werden. Gut, ich habe ihn handschriftlich gemacht. Ich hoffe, Du kannst es lesen. Er ist ganz einfach.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, ein Konzept für die Nutzung der Infrastruktur an den Grenzübergängen vorzulegen.

Nichts anderes. Damit sind wir auch aus der Dänemarkgeschichte herausen. (Abg. Manfred Kölly: *Das ist doch nichts anderes, als mein ursprünglicher Antrag. Was soll das?*) Ich möchte wissen, wer hier für das Dänemarkkonzept stimmt.

Danke. (Der Abgeordnete übergibt dem Präsidenten den Abänderungsantrag - *Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Präsident Gerhard Steier: Herr Abgeordneter! Ich möchte darauf verweisen, dass es gewisse formale Gegebenheiten gibt, die auch einzuhalten sind.

Abgeordneter Michel Reimon, MBA (GRÜNE) (fortsetzend): Ja, beim nächsten Mal.

Präsident Gerhard Steier: Es geht nicht um das nächste Mal, sondern der Landtag ist quasi jetzt nicht zur Verwaltung im Sinne einer Abänderungsantragstellung da, die jetzt handschriftlich eingereicht wird.

In der Vorbereitung müsste dafür auch die Zeit aufgebracht werden. Aber, in der Zulässigkeit liegt er schriftlich vor. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Daher werden wir auch in diesem Sinne jetzt verfahren. Nachdem keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, gehen wir jetzt auf diesen Abänderungsantrag als erstes ein.

Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag des Landtagsabgeordneten Michel Reimon, MBA, ist nicht gehörig unterstützt. Ich stelle daher gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT die

Unterstützungsfrage und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die den Abänderungsantrag unterstützen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Abänderungsantrag des Landtagsabgeordneten Michel Reimon, MBA, hat die notwendige Unterstützung nicht erfahren, so dass er in die Verhandlung nicht miteinbezogen wird. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Wir kommen daher zur Abstimmung des vorangegebenen diskutierten Punktes.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort. (*Abg. Gerhard Pongracz: Ich verzichte!*) Danke.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Entschließung betreffend Sicherstellung der Durchführbarkeit temporärer Grenzkontrollen ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung mehrheitlich gefasst.

Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer Entschließung betreffend die Verhinderung einer europäischen Transferunion

Präsident Gerhard Steier: Nachdem die Tagesordnung erledigt ist, erfolgt nun die Behandlung des Dringlichkeitsantrages der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer Entschließung betreffend die Verhinderung einer europäischen Transferunion, Zahl 20 - 137, Beilage 228.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Klubobmann Johann Tschürtz das Wort zur Begründung der Dringlichkeit des gegenständlichen Antrages.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordneten! Die Griechenland-Förderung ist ja in aller Munde und Pleitestaaten bringen Europa an den Rand der Pleite. Griechenland, Portugal, Irland sind, so meinen viele Experten, der Anfang vom Ende. Und unsere EU-Unterwerfungspolitik von Rot und Schwarz fügt unserer Bevölkerung immer mehr Schaden zu.

Als einzige Partei spricht sich die Freiheitliche Partei gegen diesen Globalisierungswahnsinn aus. Dieser gigantische Schuldenberg, welcher sich in Folge dieser Heimatausverkaufs-Politik von Rot und Schwarz angehäuft hat, wird uns noch ein Milliardengrab bringen. Das werde ich anhand einiger Zitate auch zur Verlesung bringen.

Auch unser Burgenland ist natürlich massiv davon betroffen. Denn sollte es zu einer Pleite Griechenlands kommen, dann ist nicht nur Österreich davon betroffen, sondern mit Österreich natürlich auch unser Bundesland Burgenland.

Eines steht auf jeden Fall fest, das dann auch, wenn es dazu kommt, der Staat die laufenden Zuweisungen an die Länder massiv reduzieren muss.

Es werden auch die Ertragsanteile an die Gemeinden stark reduziert werden müssen und das wiederum wird das Wirtschaftswachstum ins Fallen bringen.

Schauen wir uns einmal die einzelnen Einnahmen im Landesvoranschlag an. Die einzelnen Einnahmen im Landesvoranschlag, wo der Staat den Ländern Geld zur Verfügung stellt.

Wenn man sich das Burgenland anschaut, dann werden für die Bildung 180 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, für Unterricht und Bildung. Für die Soziale Wohlfahrt

und Wohnbauförderung 168 Millionen Euro, für die Gesundheit 95 Millionen Euro, für den Straßenbau und für die Straßen zehn Millionen Euro und so weiter.

Wir wissen alle, dass die Finanzwirtschaft, die Gesamteinnahmen der Finanzwirtschaft bewegen sich bei 520 Millionen Euro. Was wird passieren? Was passiert in Folge dieser unendlichen Geldvernichtungsaktion?

Es wird so sein, dass die SPÖ dann endlich zu ihren Versprechen kommt und die Vermögenszuwachssteuer einführt. Und damit verbunden mit dieser Reichensteuer oder Vermögenszuwachssteuer wird natürlich auch die Grundsteuer kommen. Das heißt, es wird noch einiges auf uns zukommen.

Man kann sich vorstellen, welcher Wahnsinn auf uns zukommt, wenn wir noch mehr Geld in diese Pleitestaaten oder in die nächsten Pleitestaaten pumpen.

Wir brauchen eine EU der Vaterländer, mit bilateralen Wirtschaftsverträgen. Wir brauchen einen Zusammenschluss von Hartwährungsländern und wir dürfen nie zum Vielvölkerstaat werden.

Denn eines steht auf jeden Fall fest, dass anhand von bilateralen Abkommen, so wie die Schweiz es jetzt schon mit der EU hat, natürlich sich leichter wirtschaften lässt, als wenn man gleich EU-Mitglied ist und für alles mithaften muss.

Denn die Schweiz braucht sich natürlich an diesem Debakel und an dieser Griechenland-Pleite oder Irland-Pleite nicht beteiligen. Das ist Faktum.

Wenn man sich die Schweden anschaut oder wenn man sich die Schweizer anschaut, die eine eigene Währung haben, dann kann man schon erkennen, dass es natürlich nicht gerade so ist, wie von so manchen Experten zur Schau getragen wird, dass der Euro so eine tolle Währung ist.

Sondern da kann man natürlich auch erkennen, dass es besser gewesen wäre, die Hartwährungsländer hätten sich zusammengeschlossen.

Wenn man sich den Schuldenberg, diesen Schuldenberg anschaut, der derzeit in Österreich angehäuft wird, da kann es einem ja schon fast schlecht werden. Die Staatsschulden 2011 bewegen sich schon bei 241 Milliarden Euro.

Unter Kanzler Faymann hat es einen Schuldenstand jetzt gegeben von plus 39 Milliarden Euro. (*Abg. Robert Hergovich: Da hättest Du bei Kärnten anfangen müssen.*) Wir zahlen jährlich, nur für die Schulden, zahlen wir Zinsen von neun Milliarden Euro. Das sind nur Daten, Fakten und Zahlen, ohne da irgendetwas dazu zu schminken oder wegzunehmen.

Die direkten Zahlungen für Spekulationsverluste waren zirka sechs Milliarden Euro. Die Haftungen für die Banken, für die Bankenspekulationen, waren 21 Milliarden Euro.

Wenn man sich anschaut, wo viele sagen, das sind ja eh nur Haftungen die wir für diese Pleite-Staaten eingehen, dann kann ich berichten, dass natürlich die Barzahlungen für EU-Pleitestaaten bisher 2,2 Milliarden Euro ausgemacht haben.

Die Zahlungen der österreichischen Nationalbank für Pleite-Staaten waren schon vier Milliarden Euro und der Beitrag zum Euro-Rettungsschirm beträgt somit 17,3 Milliarden Euro.

Das heißt, es ist ja nicht so, dass man kein Geld in die Hand genommen hat. Sondern man hat definitiv auch Geld zur Verfügung gestellt.

Wenn man sich nun die Gesamtsituation Griechenlands ansieht und natürlich von Portugal, da wird es noch ärger werden, oder Irland. Dann bewegt sich ja das Brutto-

Inlandsprodukt, bewegt sich ja die Kaufkraft eines Landes, bewegt sich ja natürlich auch auf Rücklagen, die nicht nur Banken haben, sondern die Gesamtrücklagen des Staates beinhalten.

Wenn man sich Deutschland zum Beispiel ansieht. Deutschland hat bis jetzt so zirka an die sieben Milliarden Euro in die Schweiz und Nicht-EU-Ländern verlegt, weil sie gesagt haben, dann ist das Geld sicher.

Jetzt hat es folgende Auswirkungen gehabt in Deutschland, nämlich dass nicht sieben Milliarden sondern 41 Milliarden Euro in das Ausland transferiert wurden. Weil man sich natürlich in der Schweiz oder auch in Schweden natürlich sicherer fühlt und man dort auch im Hinterkopf hat, dass mit diesem Geld nichts mehr passieren kann.

Oder schauen wir uns Griechenland an. In Griechenland ist es überhaupt skandalös was da passiert. In Griechenland wird fast ausverkauft. In Griechenland wird das Zwanzigfache, wurde das Zwanzigfache an Rücklagen und Ersparnissen ausgelagert. Das Zwanzigfache!

Das heißt... *(Zwischenruf von Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl.)* Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich darf Ihnen mitteilen, dass der Chef der Hypo ein „Schwarzer“ immer war. Und das der Schwarze die Verschuldung zu verantworten hat. *(Allgemeine Heiterkeit)*

Der war derjenige, der die Hypo dort hingebacht hat, wo es ist. Soviel ich weiß, wurde dieser Bankdirektor ja freigesprochen. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl: In Kärnten, das habe ich übersehen.)* Ich weiß ja nicht, ob der die Schuld gehabt hat. *(Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl: Das habe ich übersehen.)* Ich weiß es ja nicht. In Ordnung, das Gleiche in Kärnten. Ich habe auch kein Problem nicht. Gut.

Aber deshalb muss man natürlich auch in aller Ernsthaftigkeit darüber sprechen, dass halt in Griechenland derzeit das Zwanzigfache außer Landes gebracht wird.

Dass natürlich die Stabilität eines Staates, die Stabilität und das Wirtschaftswachstum und die Wirtschaftskraft natürlich schon abhängig ist von der Bonität der Banken und natürlich auch schon abhängig ist von der gesamten Finanzkraft. Und das kann man nicht so einfach wegbiegen.

Wenn man sich zum Beispiel einige Zitate ansieht. Da gibt es den Jim Rogers und es werden wahrscheinlich einige den Wirtschaftsteil des „Kurier“ gelesen haben. Jim Rogers ist derjenige der den Hedgefonds gegründet hat. Und dieser Hedgefonds, das darf man nicht vergessen, hat innerhalb von nur zehn Jahren einen Gewinn von 4.200 Prozent gemacht.

Der sagt, „Lasst Griechenland in die Pleite gehen!“ Er sagt das definitiv. „Lasst Griechenland in die Pleite gehen!“ Denn ob Griechenland jetzt in die Pleite geht oder ob man Griechenland in die Pleite gehen hätte lassen, sagt er, „Es wäre das kleinere Übel gewesen, Griechenland in die Pleite gehen zu lassen.“

Und er glaubt auch, niemand von Euch hier oder niemand von uns kann das auch behaupten wie es wirklich sein würde. Aber der schreibt zum Beispiel:

„Lasst Griechenland in die Pleite gehen. Klar werden dann einige Banken Geld verlieren, aber die Steuerzahler in Österreich oder Deutschland werden auf Dauer nicht zulassen, dass sie immer draufzahlen.“

Eine Pleite Griechenlands wäre zudem ein klares Signal an die internationale Anlegerwelt, das den Euro stärken und ihm ein neues Vertrauen bringen würde. Die Politiker aber schieben die Entscheidung auf die lange Bank.“

Er sagt dann weiter: „Auch wenn wir jetzt wieder Geld nach Griechenland pumpen, dann wird das auch nicht das Ende sein. Denn die Griechen haben einfach keine Struktur. Die Griechen haben mit ihrer Beamtenschaft, wie wir alle wissen, natürlich die größten Probleme.“

Das Einzige was richtig wäre, sagt er, wir hätten Griechenland in die Pleite gehen lassen sollen. Dann wäre das natürlich auch nicht passiert mit Irland und Portugal.

Und was kommt als Nächstes? Kommt Spanien? Kommt als Nächstes Italien, wer kommt als Nächstes? *(Abg. Werner Friedl: Kärnten. – Abg. Günter Kovacs: Kärnten.)*

Wir dürfen das gar nicht so lächerlich nehmen. Denn ich weiß schon, manche sehen das vielleicht ein bisschen lächerlicher. Aber vielleicht haben einige schon ein paar Umfragen mitgekriegt, dass die Freiheitliche Partei erstmalig in der Geschichte bei Umfragen die Nummer eins ist. Das ist einfach so.

Die Freiheitliche Partei ist nicht nur deshalb Nummer eins, weil wir alle so fesch sind, sondern die Freiheitliche Partei ist Nummer eins, oder so hässlich sind, sondern die Freiheitliche Partei ist deshalb die Nummer eins - *(Heiterkeit bei der Abg. Doris Prohaska.)* und Sie brauchen gar nicht lachen, Frau Oberlehrerin - denn das war nur ein Beispiel. *(Abg. Doris Prohaska: Danke, das ist eine Alterserscheinung.)*

Dann sagen wir es halt anders. Nicht weil wir alle so hässlich sind, sind wir die Nummer eins, sondern weil wir ganz klar auch diese Daten und Fakten auch ansprechen.

Ich glaube Ihnen schon, dass das so lächerlich ist. Aber wenn ich heute am Stammtisch oder in irgend ein Gasthaus gehe und mit den Menschen spreche, die wirklich auch selbst Geld verdienen und die wirklich auch dafür sorgen müssen, dass sie überleben können teilweise, dann werden Sie sehen, was Ihnen diese Menschen sagen.

Wenn man sich zum Beispiel ansieht, schauen wir uns bitte die Geschichte an, wir haben da erst bei der letzten Landtagsitzung darüber gesprochen, wie die Kohäsionspolitik stattfindet.

Wenn man bedenkt, zum Beispiel wurde in Athen das U-Bahn-Netz mit Hilfe der EU so ausgebaut, dass es zu einer Reduzierung von 120.000 Autofahrten täglich gekommen ist. Das heißt, da hat man Unmengen Geld hineingepumpt, Unmengen Geld.

Oder wenn man sich Spanien anschaut. In Spanien wurde mit einer Förderung das Hochgeschwindigkeitsnetz von 471 Kilometer auf 1.594 Kilometer ausgebaut, also verdreifacht.

Man pumpt Geld überall hin, ohne dass man definitiv wirklich auch sozusagen im Hinblick auf Rückflüsse darauf achtet, ob das auch in Ordnung ist. Denn heute wird ja Geld nach Tunesien gesteckt und überall hin.

Eines ist auf jeden Fall klar, man kann natürlich die Augen verschließen, man kann sagen, na die werden das schon alles machen.

Aber ich bin davon überzeugt, ich bin wirklich davon überzeugt, wenn es uns nicht gelingt, wenn es uns nicht gelingt auch einmal Nein zu sagen, Nein zu sagen gegen diesen „EU-Darüberfahrens-Mechanismus“, dann wird es uns auch nicht gelingen, Wohlstand in Österreich zu halten, da bin ich mir ganz sicher.

Deshalb ist es auch wichtig, diese Dinge auch im Burgenland anzusprechen. Denn auch das Burgenland, auch das Burgenland ist doch irgendwo, wenn es zur Pleite kommt, unmittelbar davon betroffen.

Denn wir alle brauchen unser Budget für die Gesundheit. Wir brauchen unser Budget im Burgenland für die Soziale Wohlfahrt. Und auch die Bürgermeister, die sich sehr gerne aufregen, weil sie zu wenig Ertragsanteile bekommen, auch die werden das spüren.

Daher muss man eines vorausschicken, wir brauchen Politiker mit Stärke, wir brauchen Politiker mit Kraft, Kopf hoch und keine EU-Unterwerfungspolitik. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter für Ihre Begründung des Dringlichkeitsantrages.

Geschäftsordnungsgemäß gehen wir nun in die Verhandlung des Antrages ein. Als erstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Michel Reimon, MBA, das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Michel Reimon, MBA (GRÜNE): Danke. Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Im ORF steht so nett, dass eine Debatte im Burgenländischen Landtag dürfte auf der Europäischen Ebene keinen Eingang finden wird. Das glaube ich nämlich auch.

Das ist eine rein populistische Attacke die Ihr hier reitet. Es ist niemand da um es zu hören und die Medien sind auch schon fast weg. *(Abg. Johann Tschürtz: Aber es ist schon interessant, dass alle Regierungsmitglieder da sind. Also ist das Thema ernsthaft, Herr Einbürgerungsoffensiv-Parteimensch.)*

Gut, ich nehme das Thema sehr ernst. Ich frage mich, worauf das hinauslaufen sollte?

Wenn wir in einer Währungsunion sind, ist es unser allergrößtes Interesse, dass wir diese Währungsunion einmal stabil und gut strukturiert halten. Dass die Länder, die da drin sind, auf die Beine kommen. Oder? Das nehme ich einmal an.

Also, so nehme ich auch Ihre Rede an und das was im Antrag drin steht wahr, dass Sie der Meinung sind, Österreich sollte aus dieser Währungsunion mehr oder weniger sofort oder so schnell wie möglich sich wieder verabschieden und sich auf eigene Beine stellen.

Das halte ich für äußerst problematisch. Wir waren, bevor wir im Euro waren, schon in einer anderen Währungsunion. Ich weiß nicht ob Ihnen das bewusst ist, aber wir hatten eine Währungsunion mit der D-Mark. Die war nicht sehr viel anders als das, was wir jetzt haben.

Sie war nur nicht weniger offensichtlich, weil wir sieben zu eins im Verhältnis getauscht haben. Aber es war ein Fix-Kurs, und egal in welche Richtung sich die D-Mark bewegt hat, in die hat sich auch der Schilling bewegt. Das war eine Währungsunion.

Wir haben nur zwei verschiedene Scheine gehabt und zwei verschiedene Münzen. Jetzt haben Sie eine Münze wo drauf steht, geprägt in Österreich oder geprägt in Deutschland. Das ist vielleicht ein bisschen schwer auseinander zu halten, de facto ist es aber eine Währungsunion. *(Abg. Johann Tschürtz: Das stimmt ja nicht.)*

Es wurde in Österreich die D-Mark genauso genommen, die sieben Schilling, weil es eine Union war über Jahrzehnte hinweg. Was hat das bedeutet?

Dass wir stabile Kurse gehabt haben für den Export nach Deutschland und davon sehr lange profitiert haben. Und dass wir stabile Kurse für deutsche Touristen gehabt haben, die gewusst haben was ein Urlaub in Österreich kostet.

Was wäre passiert wenn der Schilling um 30 Prozent im Wert gestiegen wäre gegenüber der D-Mark? Es wäre plötzlich für die deutschen Touristen um 30 Prozent teurer gewesen in Österreich Urlaub zu machen und sie hätten diesen Urlaub vielleicht nicht gemacht. Deswegen haben wir uns an die D-Mark gebunden.

Was wäre passiert wenn der Schilling sich in die andere Richtung bewegt hätte? Plötzlich wäre für uns jedes Produkt um 30 Prozent teurer gewesen und das wollten wir auch nicht.

Aus genau diesem Grund ist es für ein kleines Land und eine kleine Volkswirtschaft ausgesprochen sinnvoll sich in fixe Wechselkurse, in große Volkswirtschaften, zu begeben und das haben wir jetzt mit dem Euro, mit einer wesentlich größeren Anzahl von Ländern mit denen wir jetzt sehr eng verbunden sind.

Gott sei Dank haben wir es auch mit Osteuropa, weil die Österreichische Wirtschaft ja in den Osten gewachsen ist in den letzten zehn bis 20 Jahren.

Also ein fixer Wechselkurs der gegenüber den Deutschen bis in die 90er Jahre sehr sinnvoll war, ist extrem sinnvoll gegenüber Osteuropa und extrem sinnvoll gegenüber der gesamten europäischen Wirtschaft und so funktioniert auch die Währungsunion.

Jedes Land prägt seine eigenen Euro, das wird Ihnen nicht bewusst sein. Jedes Land hat für seine Euro eine eigene Goldreserve. Es ist in Wahrheit für jedes Land eine eigene Währung die halt eins zu eins hin und her getauscht werden wird. So wie damals sieben zu eins, Schilling zu D-Mark.

Es ist nichts anderes nur die Scheine und die Münzen schauen sich ähnlich. Und das ist mit Verlaub ein hochgradiges erfolgreiches Modell in den letzten 40 bis 50 Jahren gewesen.

Deswegen sollten wir dieses Modell unbedingt beibehalten. Und deswegen sollten wir unbedingt darauf schauen, dass einige Länder die in Schwierigkeiten schlittern repariert werden.

Dann sollte man da mitreden um Beträge die zum Beispiel im Fall von Griechenland niedriger sind, als das was wir bei Kärnten haften. Ich weiß, ein schwarzer Bankdirektor.

Trotzdem, nach Ihren Kriterien, wenn wir denn zum Schilling zurückgehen würden, was ich von H.C. Strache immer wieder höre, dann haben wir auch eine Währungsunion mit neun Bundesländern. Wo jedes Land Geld ausgibt, aber für die Steuereinhebung nicht zuständig ist.

Ich glaube das kritisieren auch die Freiheitlichen. Diese Form von Föderalismus ist auch eine Währungsunion. Dann passiert so etwas wie Kärnten, oder es passiert so etwas wie die Bank Burgenland, wo dann der Bund vielleicht einspringen muss und helfen muss.

Das Ganze dort ist der Konstruktionsfehler. Wenn man eine gemeinsame Währung hat, sollte man eine gemeinsame Wirtschaftsregierung haben, so wie die Bundesländer keine Steuerverantwortung haben und dadurch in ein Problem schlittern.

Das Problem sollte man beim Euro nicht multiplizieren. Eine gemeinsame europäische Wirtschaftsregierung, die den ganzen Raum vernünftig steuert und nicht 20

Länder die alle kreuz und quer steuern, das wäre die Antwort auf die Lösung des Problems.

Völlig das Gegenteil von dem was die Freiheitlichen wollen, sich wieder zurück zu ziehen auf irgendeine kleine Währung, die dann eh nicht steuerbar ist. Weil wir müssten ja dem Euro nachlaufen.

Das ist ja das nächste Problem. *(Abg. Johann Tschürtz: Was machen die Schweizer?)* Wenn sich der Euro nach oben bewegt, müssten wir die Entwicklung... *(Abg. Johann Tschürtz: Die Schweizer.)*

Die Schweizer binden sich, Entschuldige, die Schweizer binden sich an unser Währungssystem. Regulieren auch. Schweiz ist ein super Beispiel. Danke für das super Beispiel.

Wenn Europa eine Entscheidung trifft, dann kann die Schweiz sich überlegen, wie sie hinterher humpelt um die Währungsbewegung auszugleichen. Weil die Schweiz kann es sich nicht leisten, dass ihre Währung im Vergleich zu Europa irgendwie groß zu schwanken beginnt.

Wenn die Schweizer Währung sich um zehn, 15, 20, 30 Prozent wegbewegt vom Euro kracht die Schweizer Wirtschaft wie eine Kaisersemmel. Das dürfen sie nicht. Jeder Bewegung der Europäischen Währung müssen die Schweizer nachhüpfen und dürfen nicht mitreden. *(Abg. Johann Tschürtz: Die Schweden auch?)*

Und dürfen nicht mitreden und dort sollte man nicht hin zurück. *(Abg. Johann Tschürtz: Die Schweden. – Landesrat Helmut Bieler: 20 Prozent.)*

Das allerschönste ist ja, der größte Vorteil des Euro sollte ja Sie als Freiheitliche irrsinnig freuen, gegenüber dem Dollar sind wir in den letzten Jahren um 70 Prozent gesunken. Sprit ist um 30 Prozent billiger durch den Euro. Wie hoch wäre er mit dem Schilling? *(Zwischenruf der Abg. Ilse Benkö)*

Also ich werde diesem mäßig sinnvoll volkswirtschaftlichen, volkswirtschaftlich mäßigen sinnvollen Vorschlag natürlich nicht zustimmen.

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Kurt Lentsch. Ich erteile ihm das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Kurt Lentsch (ÖVP): Danke Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kollegen! In vielen Punkten habe ich mit dem Kollegen Reimon übereingestimmt mit dem letzten – die Schweiz betreffend - nicht ganz.

Die sind nicht gekoppelt, deswegen gibt es ja die Probleme bei dem Schweizer Franken Kredit. Aber Schweiz ist schon ein gutes Beispiel. Aber nicht so wie es vom Kollegen „Einbringer dieser dringlichen Stunde“ gebracht wurde. Das „die dies alles selber entscheiden können und nicht bei den Hilfspaketen dabei sind!“, das ist nämlich falsch.

Die Schweiz ist beim internationalen Währungsfonds, das Hilfspaket das dort beschlossen wurde, ist einstimmig beschlossen worden. Der Anteil der Schweiz ist ganz genau gesagt 480 Millionen Euro. Also doch ein ganz schöner Patzen.

Die wissen auch warum sie dabei sind. Weil das die einzige Chance ist um viele Forderungen die sie gegen diese Länder haben zu schützen.

Ja der Euro ist das Feindbild der Freiheitlichen. Und eigentlich wollen sie den Euro abschaffen und die EU loswerden, oder zumindest dass wir aus der EU austreten.

Dass aber der Euro eine stabile Währung ist, eine harte Währung ist, ignorieren sie dabei. Das wir weltweit in der Zwischenzeit auch eine Reservewährung geworden sind und damit in direkter Konkurrenz zum Dollar stehen und damit an die Tradition der harten Schilling und D-Mark Zeit anschließen, das wird dabei übersehen.

In der Zwischenzeit ist es sogar so, dass der Euro stabiler als der Dollar ist.

Auch in Zeiten wo es nervöse Finanzmärkte gibt, strahlt unser Euro Stabilität aus und Stärke. Das allein ist aber nicht wirklich der Grund warum wir Währungsfreunde und Eurofreunde sein sollten.

Der Beitritt hat dem Land Österreich und vor allem dem Land Burgenland enorm viel gebracht. Lassen Sie mich als erstes die Dinge zur Republik Österreich sagen.

Wir haben jährlich dadurch geschätzte 20.000 Arbeitsplätze mehr und ein zusätzliches Wachstum durch den Beitritt zur Europäischen Union von 0,9 Prozent pro Jahr.

Was sind 0,9 Prozent? Das ist im Moment ungefähr ein Drittel unseres Wachstums das wir für heuer prognostiziert haben. Und das ist in Zeiten wo es eigentlich Krisen gibt und weltweit Probleme da sind für Österreich etwas ganz besonderes.

Richtig ist, dass es jetzt eine Schuldenkrise gibt, die aber nicht alle betrifft, sondern nur ein paar Mitgliedsländer der Eurozone. Und die liegt aber nicht am Euro, sondern in der falschen Finanz- und Wirtschaftspolitik dieser Länder.

Seit vorigem Jahr kämpfen die Finanzminister und die Regierungschefs der Europäischen Union damit, dass wir die Vorteile, die wir durch den Euro haben, nicht verlieren sollen.

Als Ausfluss dieser Bemühungen haben wir diese Bankenhilfspakete beschlossen und es soll in der Zukunft einen Stabilisierungsmechanismus, einen permanenten geben, einen europäischen, der ab 2013 dann ziehen soll.

Der Euro ist sicher nicht schuld an der Krise und er kommt aber und das wissen wir, ein bisschen unter Druck durch diese Krise. Aber genau deswegen müssen wir dazu stehen und deswegen sind auch die richtigen Entscheidungen in den letzten Jahren getroffen worden.

Hätte man Griechenland fallen lassen, käme es wahrscheinlich zu einem Ausfall von 70 Prozent der Forderungen. Was das bedeutet kann man sich gar nicht vorstellen, es wären auf jeden Fall auch für uns spürbare Probleme gewesen.

Wirtschaftswachstum zurück, die Kredite würden auch in Österreich teurer werden, das Finanzsystem wäre marode, also es wäre eine Katastrophe gewesen.

Wenn man sich anschaut was im Vergleich dazu nur der Niedergang einer einzigen Bank, nämlich der Lehman Brothers, auf das Finanzsystem der gesamten Welt für Auswirkungen gehabt hat, dann weiß man, dass auch ganz sicher, jede vernünftige Partei nicht zustimmen kann, dass man ein Land in Konkurs schickt.

Übrigens ist dieses Bankenhilfspaket auch im Parlament mit den Stimmen aller Parlamentsparteien beschlossen worden. Weil man ja wusste, dass es vernünftig ist. Und es hat sich zum damaligen Standpunkt auch nichts geändert.

Wir haben das Problem, dass wir allein an direkten Effekten im Finanzsystem Vermögensverluste von 1,4 bis zwei Milliarden hätten, wenn wir Griechenland dieses Hilfspaket nicht gegeben hätten und indirekte Auswirkungen die sich niemand seriös im Moment vorstellen kann.

Negative Folgen würden sich für Österreich aber auch über die Drittstaaten, die natürlich da auch dran hängen, ergeben. Und die sogenannten Ansteckungseffekte hätten für andere, schwächere Volkswirtschaften wieder das Problem, dass Österreich einen 20 bis 40 Milliarden Schaden davon erleiden könnte.

Was bedeutet dieser Schaden? Das heißt, dass wir jetzt, nach jetzigen Maßstäben sieben bis 14 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsproduktes verlieren würden. Oder mit anderen Worten, dass das Einkommen, das Pro-Kopf-Einkommen jedes Österreicherers zwischen sieben und 14 Prozent sinken würde.

Ich glaube, das kann wirklich niemand wollen. Das gibt es gar nicht. Und da gibt es auch kein Gegenargument dazu.

Die zweite Forderung die auch oft kommt ist, dass Griechenland austreten soll aus der Eurozone um zur Drachme rückzukehren. Das ist genauso grob fahrlässig, alles was ich vorher gesagt habe, würde sich da wiederholen.

Das Dritte was auch oft gefordert wird, ist Griechenland eine Bankrotterklärung machen zu lassen, ein Haircut, eine Umstrukturierung oder eine Insolvenz. Auch das ist wahrscheinlich eine Utopie. Es gibt kaum nennenswerte Lehrmeinungen, die glauben, dass es funktionieren würde.

Ich glaube die einzigen die daran verdienen würden, an so einem Konkurs mit dem es jahrelange, jahrzehntelange Rechtsstreitigkeiten geben würde mit allen möglichen, mit unseren Banken, mit dem europäischen Bankensystem, die die verdienen würden, würden nur die Berater sein und neue Banken. Und ich glaube das ist auch nicht Sinn der Sache.

Warum wollen wir, dass es so ist, wie es ist und auch so weiter geht? Ich glaube wir haben uns in Österreich vorgenommen unsere Hausaufgaben zu erledigen, im Land, im Bund. Der Schuldenstand soll eingebremst beziehungsweise schleunigst rückgeführt werden. Und damit gibt es von unserer Seite kein Problem dazu.

Ich möchte auch noch anmerken, dass weder beim Griechenlandpaket noch bei den Unterstützungen für Irland und Portugal bis jetzt Geld verschenkt wurde, so wie es auch im Antrag drinnen steht.

Bei Griechenland handelt es sich um bilaterale Kredite die wir gegeben haben und keine Zuschüsse. Also das ist... *(Abg. Johann Tschürtz: Selbstverständlich.)*

Nein, keine Zuschüsse. *(Abg. Johann Tschürtz: Selbstverständlich.)* Griechenland hat seit dem Sommer 2010 *(Abg. Johann Tschürtz: Nein! Selbstverständlich.)* auch alle Zinsen ordnungsgemäß und pünktlich bezahlt. *(Abg. Johann Tschürtz: Das ist so unrichtig.)* Das ist richtig. Das habe ich aus dem Finanzministerium von gestern. *(Abg. Johann Tschürtz: Nein, nein, das ist unrichtig.)*

Bei Irland und Portugal handelt es sich um Kredite für die Österreich keine eigenen Mittel zur Verfügung stellt, sondern nur Haftungen. Also ich verstehe nicht ganz was da von der FPÖ gebracht wird. *(Abg. Johann Tschürtz: Um Barzahlungen.)*

Kredite waren diese Barzahlungen, Herr Kollege. *(Abg. Johann Tschürtz: Bitte?)* Das waren Kredite. *(Abg. Johann Tschürtz: Nein.)*

Noch unverständlicher ist das Ganze, wenn man sich anschaut was wir als Burgenländer davon haben. Wir sind wohl die größten Profiteure des EU-Beitrittes und auch des Euros.

Wir haben uns sehr in großen Mehrheiten dafür ausgesprochen, dass wir zur EU kommen. 75 Prozent, Sie wissen es wahrscheinlich noch, im Vergleich zu Österreich 66 Prozent. Es ist seit dieser Zeit eine Aufbruchsstimmung im Land gewesen.

Wir konnten durch vernünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik viel Geld hier her holen, auch von der EU selber und vom Bund. Und es ist uns gelungen damit viele kleine und mittlere Unternehmen zum Profitieren zu verhelfen. Und auch viele Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir haben in den drei Förderphasen Ziel 1, Ziel 2 und Phasing Out im ersten Zeitraum 19.700 Projekte mit 421 Millionen Euro Förderungen zu Stande gebracht. Im zweiten Zeitraum zwischen 2000 und 2006 sind 18.600 Projekte mit 633 Millionen Euro im Ziel 1- und Additionalitätsprogramm gefördert worden.

Das letzte Projekt Phasing Out bis jetzt 372 Millionen Euro. Also weit über eine Milliarde Euro die wir da zustande gebracht haben. Und dagegen zu reden, das versteht glaube ich niemand.

Wir haben es zusammengebracht, dass wir vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise unser Land gut entwickelt haben und was mich besonders freut, Sie haben auch zitiert wie gut die FPÖ jetzt bei den Meinungsumfragen steht.

Gott sei Dank ist es so, dass die jungen Menschen in Österreich und auch im Burgenland doch verstehen, dass es wichtig ist und vernünftig ist bei der EU zu sein und den Euro zu haben.

73 Prozent stimmen im Moment zu, dass wir die EU-Mitgliedschaft haben, besonders Jugendliche bis 25 Prozent sind Europafans und Europafreunde. Und ich glaube, das sagt ganz viel aus.

Das wirkliche Problem ist auch heute schon angesprochen worden, das ist unsere Allianz innerhalb von Österreich, mit Kärnten. Wir haben schon gehört wer dort verantwortlich war. Nicht die Griechen, nicht die Portugiesen und nicht die Spanier, dort war die FPÖ verantwortlich dafür.

Wir werden daher diesem Dringlichkeitsantrag nicht die Zustimmung erteilen.
(Beifall bei der ÖVP)

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Klubobmann Christian Illedits. Ich erteile ihm das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mein Vorredner hat schon zusammengefasst wie sich die finanzielle Situation in der Wirtschaftskrise, jetzt danach, wenn wir durch diese Delle hindurchgetaucht sind und die Maßnahmen der Österreichischen Bundesregierung in Österreich, aber natürlich auch die Maßnahmen der Burgenländischen Landesregierung hier bei uns gegriffen haben und zweifelsohne positive Auswirkungen gezeigt haben.

Das heißt aber nicht, dass wir diese Wirtschaftskrise wegreden können und dies auch nicht wollen, aber wir müssen schon und dürfen feststellen, dass wir diese Wirtschaftskrise gut bis jetzt überstanden haben.

Und wenn wir von dieser schwersten Krise der Nachkriegszeit sprechen, dann ist es auf jeden Fall Faktum, dass wir noch immer ein Erfolgsmodell, wenn es um soziale

Sicherheit geht, geblieben sind und das ist zweifelsohne eine wichtige, eine große, eine historische Leistung der Bundesregierung.

Möglich war diese Leistung durch rasche politische Entscheidungen, die im Sinne der Menschen Österreichs getroffen worden sind. Darauf können wir gemeinsam stolz sein.

Dieses Horrorszenario, die österreichische Wirtschaft am Boden zu sehen, tausende Menschen, die plötzlich ohne Job dagestanden wären, konnte verantwortungsvolle Politik zum Glück verhindern.

Was ist die Lehre aus dieser Wirtschaftskrise, aus diesen Maßnahmen? Eindeutig, und wir sind ja momentan sehr stark konfrontiert mit Politik oder Menschen die meinen, bessere Politik machen zu können. Die einen verstehen von der Wirtschaft her, die anderen von der politischen Seite her.

Aber Gemeinsames verstehen anscheinend viele nicht. Das heißt, es ist Zeit wieder zu einer Politik zurückzufinden und zu -kehren, die Probleme löst. Wir brauchen keine Populisten, denn nur mit Problemlösungen und nicht mit Populisten bleibt Österreich ein stabiles und ein soziales Land. *(Beifall bei der SPÖ)*

Man fragt sich ja, wenn man die Medien verfolgt, wieso diskutiert man jetzt über Politiker die gescheit oder nicht gescheit sind oder Denker, die gescheit oder nicht gescheit sind, die gute oder schlechte Entscheidungen getroffen haben?

Also ich denke, ich gebe gern denjenigen recht, die meinen, es ist manchmal eine persönliche Abrechnung und manchmal denen, die behaupten, es ist ein Ablenkungsmanöver.

Manchmal ist es auch vermeintlich, so wie der heutige Antrag von mir, von uns, gesehen wird, so eine Reaktion auf gute Umfragen, wo man eben vielleicht doch den Rückenwind, wie es der Klubobmann Tschürtz ja in seinen Schlussworten gesagt hat, nutzen will, um eben zu dokumentieren, die FPÖ steht für die richtige Politik hier in unserem Land.

Wir wissen und einige haben es ja schon angezogen, was die Politik am Ende des Tages für politische Verantwortungen gezeigt hat, welche politischen Umsetzungen sie gezeigt hat, wenn sie in Regierungsverantwortung war und wo sie noch in Regierungsverantwortung ist.

Wenn wir hier unterscheiden zwischen Populisten und denjenigen, die tatsächlich Sachpolitik, Politik für die Menschen machen wollen, dann denke ich, sind wir hier im Burgenland im Landtag an der richtigen Adresse, Herr Kollege Kölly.

Strache-Populismus in reinster Form, das dürfen wir heute miterleben. Das ist eigentlich ein Charakteristikum für diesen Dringlichkeitsantrag, *(Abg. Manfred Kölly: Du bist ein Schönredner, sonst nichts!)* Herr Kollege Kölly.

Ich habe es gesagt, die Umfragen spornen an. Wenn man jetzt alles was in Griechenland passiert unter einem Deckmantel jetzt Europäische Krise nennt, dann, denke ich, ist das allemal populistisch angezogen.

Aber natürlich nicht richtig argumentiert, weil eben nur die eine Seite den Menschen vor Augen geführt wird und nicht die tatsächlichen Auswirkungen, die tatsächlichen Maßnahmen und natürlich diese gesamte Einheit der Europäischen Union, wo zweifelsohne auch das Burgenland und Österreich ein wichtiger Part davon sind. Wenn wir hier alles schlecht reden, dann wissen wir auch, dass Österreich schlussendlich hier den Kopf hinhalten wird müssen.

Deshalb ist es vielleicht doch möglich, solch eine wichtige Debatte, die sehe ich auch zweifelsohne, fernab von politischem Populismus auf einer sachlichen Ebene zu diskutieren.

Wenn die FPÖ behauptet, die Griechenlandkredite, Kollege Lentsch hat ja einiges schon dazu gesagt, sind für Österreich ein Desaster, da müssen wir natürlich ganz klar bei einigen Fakten bleiben.

Wir wissen, dass die österreichische Obergrenze für Griechenlandkredite bei zwei Milliarden Euro liegt und davon wurden bis dato 1,2 Milliarden Euro tatsächlich aufgewendet. Dieser Kredit ist so wie jeder andere Kredit zu bedienen, nämlich mit Zinsen zurückzuzahlen.

Griechenland muss im Zuge dieses Rettungsschirms natürlich die Auflagen der Europäischen Union nicht nur einhalten, sondern auch natürlich auf Strich und Beistrich erfüllen. Hier, und das ist ganz klar, auch von unserer Seite gesagt, nehmen wir Griechenland nicht aus der Pflicht. *(Zwischenruf des Abg. Manfred Kölly)*

Herr Kollege Kölly, Du kannst Dich zu Wort melden. Es ist ja an und für sich natürlich schon möglich, sich zu Wort zu melden, *(Abg. Manfred Kölly: Ich komme eh dran!)* wir hören uns alles auch von der anderen Seite an.

Die Behauptungen einer Transferunion sind natürlich falsch. Sie ist in keiner Art und Weise geplant. Es werden keine Subventionen überwiesen. Es geht rein um Garantien um Kredite.

Die Kreditvergabe wird natürlich wie immer an Auflagen geknüpft, die auch streng kontrolliert werden müssen.

Wer natürlich diese Auflagen zeitgerecht nicht erfüllt, kommt nicht in den Genuss der nächsten Tranche.

Es geht auch nicht darum, was fälschlicherweise behauptet wird, in Löhne und in Preise der Schuldnerstaaten einzugreifen. Denn wir wissen, dass zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit es einfach nur sinnvoll und richtig ist, in Forschung, Entwicklung, aber auch in Bildung und Industrie zu investieren und diese zu fördern.

Diese Maßnahmen, wie auch natürlich die Verbesserung der Steuerdisziplin und die Strukturreformen, wurden ja auch schon angezogen, sind natürlich ganz wichtig.

Auch mit denen können natürlich in Griechenland auch wir nicht einverstanden sein, sie müssen natürlich immens mit Verwaltungs- und anderen Reformen schnellstens umgesetzt werden. Diese Vetternwirtschaft, die zweifelsohne dort noch vorherrscht, muss natürlich schnellstens abgeschafft werden.

Das ist unbedingt und dringend notwendig. Fakt ist aber, und auch das ist ein Teil natürlich dieses Vorpreschens in die Offensive, dass wir uns auch hier wieder mit politischen Ablenkungsmanövern zu beschäftigen haben. Es wurde ja schon gesagt, dass man natürlich Griechenland hat, um von Kärnten abzulenken.

Herr Kollege Tschürtz, Sie haben den Kurier in die Hand genommen und dort Zitate vorgelesen. Ich habe auch den Kurier zur Hand genommen, damit wir es mit derselben Tageszeitung zu tun haben. Dort steht eindeutig, die Budgetlage in Kärnten ist vergleichbar mit Griechenland. *(Abg. Johann Tschürtz: Das sagt ein SPÖ-Abgeordneter!)*

Also bitte, *(Abg. Johann Tschürtz: Das sagt ein SPÖ-Mensch!)* Sie haben ja auch jemanden zitiert, der im Kurier etwas sagt. *(Abg. Johann Tschürtz: Das sagt kein Wirtschaftsexperte! Ich habe einen Experten gehabt!)* Ich habe auch Experten, die die Zahlen wiedergeben.

Die Kärntner Budgetsituation wird ja vom Kärntner Landtag, nehme ich an, auch beschlossen und gelesen worden sein. Wenn die Netto-Pro-Kopf-Einschaltung im Vergleich zu anderen österreichischen Bundesländern die höchste ist und Kärnten mittlerweile die niedrigste Kaufkraft aller österreichischen Bundesländer hat, dann spricht das natürlich schon eine eigene Sprache.

Wenn eine Steigerung der Pro-Kopf-Einschaltung um elf Prozent in zwei Jahren aufgetreten ist, dann denke ich, kann man auch davon sprechen. *(Abg. Johann Tschürtz: Kärnten ist wie Burgenland, genauso verschuldet!)*

Wenn in Kärnten jetzt das der Fall ist, dass FPÖ-Politiker regieren, dann müssen sie sich auch anhören, welche Haftungen der Staat für Kärnten eingegangen ist. 20 Milliarden Euro Haftung nur für die Notverstaatlichung der Hypo Kärnten.

Das „blaue“ Debakel in Kärnten ist aber ein zehnmal höheres Risiko als Griechenland, Portugal und Irland zusammen. Das ist Kärnten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Also hier hören wir wenig darüber, dass Sie darüber sprechen. Es ist leichter über Griechenland, Portugal und Irland zu sprechen als über Kärnten. Kärnten ist ja nicht... *(Zwischenruf des Abg. Johann Tschürtz – Abg. Manfred Kölly: Das ist traurig, dass das so ist!)* Kärnten ist ja im Prinzip ein bisschen näher als Griechenland.

Die FPÖ geht sogar noch einen Schritt weiter und meint, und da zitiere ich dann auch Experten, Herr Kollege: Das Beste wäre überhaupt Griechenland aus der Europäischen Union rauszuwerfen. Das haben Sie auch behauptet. Dieser Rauswurf... *(Abg. Johann Tschürtz: Das hab ich nicht gesagt!)* Die FPÖ, Sie stehen ja für die Aussagen der FPÖ.

Ihr Parteichef hat das auch schon gesagt. Schwerwiegende Folgen, negative Folgen, ja auch aus Griechenland, das hätte einen riesigen Schaden für die gesamte Volkswirtschaft zur Folge. *(Abg. Johann Tschürtz: Aus der Währungsunion!)* Wenn man nämlich eine griechische Währung im Vergleich zum Euro hinstellen würde, wäre die natürlich viel weniger wert.

Die Schulden müssten aber weiterhin in Euro zurückgezahlt werden. Das würde für viele Experten nachvollziehbar im ersten Hinschauen eine Tilgung beinahe unmöglich machen. Mehr noch, es würde ein Zusammenbruch der österreichischen Banken drohen, weil natürlich, was die Folge wäre, die Bürger würden, unsere Bürger auch, die Banken stürmen und würden alle ihre Einlagen, Ersparnisse, abheben aus Angst sie retten zu müssen.

Einen Experten darf ich zitieren, nicht einen SPÖ-Abgeordneten aus Kärnten, sondern den Gouverneur der Nationalbank Ewald Nowotny der sagt: „Ein Austritt Griechenlands wäre ein ökonomischer Unsinn, aber für beide Seiten“.

Was würde mit diesem Rauswurf Griechenlands aus der Europäischen Union noch passieren? Diese Gläubigerbanken würden in der EU ihr Geld niemals wieder sehen. Die Aktienmärkte, Sie haben es vorher besprochen, würden kollabieren und die Spekulationen würden eine größere Finanzkrise, als jemals in unserer Geschichte zuvor, auslösen.

Zigtausende Menschen würden dort sein wo sie nicht hinwollen, nämlich auf der Straße, nämlich arbeitslos. Sie würden vor dem finanziellen Ruin stehen. Deshalb ist es notwendig diese Hilfeleistungen zu geben, um das zu erreichen was wir alle wollen, nämlich den Schaden möglichst klein und gering halten, um möglichst wirtschaftlich das Gleichgewicht zu halten.

Sehr geehrter Herr Präsident! Wenn diese Ansagen der FPÖ und des Herrn Strache, die zweifelsohne natürlich bewusst, ich würde nicht sagen unüberlegt, aber

bewusst getätigt wurden, Österreich in eine wirtschaftliche Katastrophe hintreiben würden, dann wissen wir, dass der Euro momentan und auch das ist Faktum, stark und stabil ist.

Wenn wir, auch das wird von Ihnen angezogen, zurückgehen würden in den Schilling, würde unser Land alle diese Vorteile verlieren, die aus der gemeinsamen Währungsunion entstanden sind. Denn der Euro brachte, auch das ist nachvollziehbar, Österreich mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze.

Wir wissen, dass 60 Prozent der österreichischen Wirtschaftsleistungen am Export hängen und mehr als eine Million Menschen davon leben. Die Hälfte aller österreichischen Exporte geht genau in diese Zone die Sie abschaffen wollen, nämlich in die Eurozone.

Durch die Verschlagung dieses Euroraumes würde es zweifelsohne Expertenmeinungen zufolge zur schlimmsten Krise seit den 30-iger Jahren des vorigen Jahrhunderts kommen. Viel schlimmer noch als die Rezession im Jahr 2009.

Zusammengefasst, ein Austritt aus der Eurozone wäre eine Einladung an Spekulanten auf weitere Austritte zu spekulieren und würde zu einer Finanzkrise, schlimmer als die vor 2008, führen.

Das wäre sicherlich höchst unverantwortliche Politik. Das wäre wahrscheinlich die Politik, die sich jetzt Strache und Tschürtz wünschen. Wir als Sozialdemokraten stehen für eine Politik für die Menschen und wir übernehmen Verantwortung und wir lassen Populismus außen vor. *(Beifall bei der SPÖ)*

Wir haben diese Krise, sehr verehrte Damen und Herren, gemeinsam gemeistert und wir müssen jetzt die richtigen Lehren, ich glaube das ist entscheidend, wenn man über Finanzpolitik und wirtschaftliche Ausrichtungen diskutiert, aus dieser Krise ziehen.

Wir wollen und sagen das immer wieder und ich sage es heute nochmals, wir wollen die Reichen, die Spekulanten, in die Pflicht nehmen, die bisher immer nur gehätschelt und getätschelt wurden. Zwei Titel der Mehreinnahmen des Bundesbudgets sind von Vermögenden, von Banken, Aktionären und Konzernen zu tragen.

Mit der Bankenabgabe und mit der Finanztransaktionssteuer und so weiter, haben wir der Bevölkerung eindeutig höhere Belastungen erspart. Wir werden uns sicherlich auf allen Ebenen für strengere Finanzmarktregulierungen und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer weiterhin vehement einsetzen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weil es ja zusammenhängend notwendig ist und dies in einer Spange auch über das zu sprechen, was zweifelsohne mit den Finanzmärkten zu tun hat und den positiven Folgen, beziehungsweise mit der Basis, wie sie eben auch reguliert werden, nämlich mit arbeitsmarktpolitischen Überlegungen, Maßnahmen, denke ich, ist es auch nicht an der Zeit und wir haben vor dem 1. Mai darüber diskutiert, dass man Panik macht.

Hier ist auch ganz klar zu erkennen, wenn ich mit einer populistischen Vorgehensweise wie sie die Freiheitliche Partei wählt, Panik gegen Arbeitsmarktöffnung mache, war auch Ihr erster Ansatz vor dem 1. Mai. Hier lassen Sie eben nur parteipolitisches Kalkül eindeutig heraus.

Wenn man daran denkt, dass Sie gegen Maßnahmen wettern, die Sie manchmal sogar mitbeschlossen haben. Hier sage ich nur, das Bankenrettungspaket in Österreich, wo Sie gegen diese Bankenrettung noch 2008 im Nationalrat mitgestimmt haben, dann, denke ich, glauben Sie, Politik machen zu können, die tatsächlich sich tagtäglich Ihren Bedürfnissen gegenüber verändern kann.

Eigentlich habe ich den Eindruck, dass sich die FPÖ permanent im Wahlkampf befindet und andere, (*Abg. Manfred Kölly: Wer ist daran schuld?*) wir, zweifelsohne die Arbeit für die Burgenländerinnen und Burgenländer in den Vordergrund all unseres Schaffens stellen.

Weil es wichtig ist, dass man nicht so wie in Kärnten ein Land in ein Desaster stürzt, mit falschen politischen Entscheidungen, sondern weil es wichtig ist, Steuergeld richtig und effizient und auch Fördergeld einzusetzen, weil diese Politik der Belastungen, wie Sie Herr Kölly auch damals als FPÖ-Politiker mitunterschrieben, mitgetragen und mitbeschlossen haben. (*Abg. Manfred Kölly: Ich war kritisch!*) Ich erinnere nur, 58 Belastungen, 2000, da waren Sie FPÖ-Politiker.

Sie waren nicht kritisch, Sie haben Belastungen für die Menschen beschlossen. (*Abg. Manfred Kölly: Denk an die Post! – Beifall bei der SPÖ*) Belastungen, die Sie zu verantworten haben. Jetzt stellen Sie sich da her und reiben großartig auf und sind gegen alles und gegen jeden (*Abg. Manfred Kölly: Wir tragen Verantwortung! Bei der Post hast Du Dich vertschüssst!*) und wollen einfach hier der Robin Hood aller und jeder Menschen sein, Herr Kollege Kölly, (*Abg. Christian Sagartz, BA: Das ist aber auch so geschrieben, wie es aussieht! - Abg. Ilse Benkö: Aber Du hast auch schon viel mit ihm paktiert!*)

Ich kann mir nicht vorstellen und ich weiß es auch nicht, dass ich irgendetwas mit ihm unterschrieben habe. Dass ich zum Beispiel, Frau Kollegin, da waren Sie auch dabei, vielleicht ein Kinderbetreuungspaket mit dem Herrn Kölly, damals, als FPÖ beschlossen habe. Darauf bin ich stolz.

Das war der erste Schritt, weil sich die FPÖ damals nicht bewegt hat. (*Allgemeine Unruhe*) Ich bin ja für Sacharbeit zu haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Abg. Manfred Kölly: Bei den Rauchfangkehrern war es das Gleiche!*) Sie alle sind ja dahingehend aufgefordert, Sachpolitik für die Menschen zu machen.

Wir sprechen uns gegen populistische Politik auf allen Ebenen aus. Hier im Land, im Bund, aber auch auf europäischer Ebene. Wir wollen mit den Burgenländerinnen und Burgenländern Politik machen und im Speziellen für die Menschen in Österreich, im Burgenland. Populismus lehnen wir ab.

Übrigens auch die... (*Beifall bei der SPÖ*)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch (*der den Vorsitz übernommen hat*): Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich bin dankbar für diese Diskussion. Auch für diesen dringlichen Antrag der Freiheitlichen Partei. Denn es gibt eine Möglichkeit und Gelegenheit, dass man als Partei Stellung nimmt.

Selbstverständlich gibt es im Bereich der Europäischen Union sehr viele Pro und Kontras. Jede Medaille hat zwei Seiten. Das wissen wir. Man kann die negative Seite nur hervorstreichen, das Positive ganz weg lassen und nur das Negative sehen und den Weltuntergang jeden Tag herauf beschwören.

Man kann auch nur die positiven Seiten sehen. Auf die kritischen Bemerkungen nicht eingehen. Auch das wäre schlecht. Sondern, wenn man über die Europäische Union redet, dann muss man beide Seiten betrachten. (*Abg. Manfred Kölly: So ist es!*)

Das bedeutet, es gibt auch sehr viele negative Seiten, was die Europäische Union betrifft. Nämlich, dass zum Beispiel Entscheidungen getroffen werden, auf europäischer

Ebene, die nur in Österreich, im Burgenland, Kopfschütteln hervorrufen. Das muss man ganz deutlich sagen.

Es gibt auch Entscheidungen, wo man vielleicht erwarten würde, dass die Europäische Union viel flexibler darauf reagiert.

Wenn man sich zum Beispiel die gesamte Diskussion um Außenpolitik, Sicherheitspolitik anschaut. Dann muss man wirklich sehr kritisch feststellen, dass es hier keine einheitliche Meinung innerhalb der Mitglieder der Europäischen Union gibt. Das ist ein Defizit.

Aber man muss auf der anderen Seite, aber auch klar und deutlich sagen, dass sich diese Europäische Union als eine Wertegemeinschaft gefunden hat. Als eine Wertegemeinschaft.

Daneben auch als Solidargemeinschaft. Als Solidargemeinschaft, wo man versucht, eben dieses Europa zu formen. In unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Es gibt Mitglieder der Europäischen Union, die sind nicht in der Währung, die sind auch nicht im Schengenbereich.

Es gibt Mitglieder, die sind im Schengenbereich, nicht in der Währungsunion. Also das heißt, wir haben ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Das Österreich, unser Österreich, befindet sich nicht nur als Vollmitglied, sondern wir sind in der Eurozone. Wir sind auch im Schengenbereich.

Dazu bekennen wir uns. Dazu bekennt sich auch die österreichische Volkspartei, die immer eine Europapartei gewesen ist. (*Abg. Manfred Kölly: Jetzt machen wir die Grenzen zu!*)

Selbstverständlich, wenn es jetzt, Herr Abgeordneter Kölly, (*Abg. Manfred Kölly: Die Grenzen machen wir zu!*) verschiedene Diskussionen gibt - auf das werde ich schon eingehen - wenn es jetzt Diskussionen gibt, dass man denen, die in wirtschaftliche Finanzprobleme gekommen sind, solidarisch hilft, dann gehört das genauso zu einer Wertegemeinschaft dazu.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Sie wohnen vielleicht in einem Haus mit Anderen. Stellen Sie sich vor, es würde auf einmal eine Wohnung zu brennen beginnen. Was machen Sie dann, wenn ich dieses Beispiel hier hernehme? Sie verbarrikadieren sich, Sie ziehen sich zurück und sagen, das ist ein Witz, der soll abbrennen. Die Wohnung soll abbrennen.

Sie gehen das Risiko ein, wenn die Wohnung abbrennt, dass das gesamte Haus Feuer fängt und auch Ihre Wohnung abbrennt.

Oder ist es nicht gescheiter, man geht her und versucht dort, wo Not am Mann ist, zu helfen, damit man das Gesamte retten kann? Das passiert letztendlich mit diesen Rettungsschirmen. Mit diesen Haftungen.

Oder schauen Sie sich zum Beispiel (*Abg. Johann Tschürtz: Wenn es ein kleines Gartenhaus ist, ist es besser wenn man es abbrennen lässt!*) das österreichische Finanzsystem an. Der Finanzausgleich, bitte. Ist doch genauso auf diesem Prinzip aufgebaut, dass man versucht, dort zu helfen, wo Not am Mann ist.

Ich sage Ihnen ein anderes Beispiel. Wir feiern 90 Jahre Burgenland. Es hat in unserer Geschichte des Landes sehr viele Diskussionen gegeben, wo man gesagt hat, vor 1921 und nach dem 2. Weltkrieg.

Braucht man ein neuntes Bundesland? Löst man es auf? Sind die überhaupt überlebensfähig? Gott sei Dank hat es in Österreich eine Solidargemeinschaft gegeben,

wo man versucht hat, zu helfen. Wir wissen als Burgenländer, auch wenn wir Nettozahler österreichweit sind, dass gerade wir im Burgenland am meisten profitiert haben.

Wir haben von 1995 bis 2013 eine Milliarde Euro, das ist ein Landesbudget, (*Abg. Johann Tschürtz: Ein kofinanziertes!*) seitens Brüssel zu erwarten. Ohne Brüssel, sage ich Ihnen, ohne die Hilfe des Bundes, (*Abg. Ilse Benkö: Von der Kofinanzierung redet keiner!*) ohne diese Solidargemeinschaft, hätten wir diesen Aufschwung im Burgenland nicht geschafft. (*Beifall bei der ÖVP*) Das muss man auch ganz deutlich sagen.

Also insofern muss man da wirklich sehr aufpassen, dass man nicht das Kind mit dem Bade ausschüttet. Wenn man sich anschaut, weil Sie sagen, Schilling. Schauen Sie sich bitte an, als wir den Schilling gehabt haben.

Das war gerade die Zeit, wo ich in die Regierung eingetreten bin. Wie also die Umstellung war, dann letztendlich von Schilling auf Euro. Wir alle haben uns schwer getan.

Aber bitte schauen wir uns die Fakten an. Wie war die Inflationsrate im Bereich der Jahre, wo der Schilling die Währung war? Die Inflationsrate hat geschwankt zwischen zwei Prozent, drei Prozent, bis zu 3,8 Prozent.

Wissen Sie, dass wir zum Beispiel seit Einführung des Euro nicht nur eine stabile Währung haben, sondern wenn Sie sich die Inflationsrate anschauen, dann war die durchschnittlich seit der Einführung des Euro bei 1,7 Prozent.

Das wird aber nirgends gesagt. Es wird nur immer über den Euro geschimpft, aber es wird nirgends gesagt, dass wir da richtige Vorteile hatten. Noch etwas, Herr Abgeordneter Tschürtz und Abgeordneter Kölly, seitens der Burgenländischen Landesregierung bemühen wir uns, eine Exportoffensive zu starten.

Wir haben insgesamt fast elf Millionen Euro über die WiBAG, über die Fördergelder zur Verfügung gestellt. Weil wir wissen, dass unser Wirtschaftswachstum nur dann florieren kann, wenn wir auf die Exportoffensive aufbauen.

Weil die Inlandsnachfrage nie so viel hergibt, damit man ein kräftiges Wirtschaftswachstum hat. Daher müssen wir exportieren. Wie können wir exportieren? Exportieren können wir, wenn wir das Währungsrisiko möglichst in Europa, in Osteuropa, ausschalten können.

Daher ist es ganz wichtig, dass es diesen Euro gibt, damit wir in den Euroländern auch unsere Dienstleistungen, unsere Waren verkaufen können.

Denn das bedeutet, wenn wir einen Euro, einen stabilen Euro haben, wie er sich jetzt darstellt, bedeutet das nicht nur für das Burgenland mehr Exporte, sondern Wirtschaftswachstum, mehr Qualität, Lebensqualität, mehr Arbeitsplätze, mehr Betriebe im Lande. Das ist die Strategie, die wir auch in Zukunft fahren müssen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Es gibt Berechnungen, wenn man zum Beispiel zurückkehren würde zum Schilling. Da gibt es ökonomische Berechnungen, die beweisen, dass unser BIP dann um fünf Prozent oder mehr schrumpfen würde. Fünf Prozent pro Jahr schrumpfen!

Das heißt, gerade im Bereich des Euro, haben wir Riesenvorteile gehabt. Aber natürlich bedeutet das auch, dass wir Verpflichtungen eingehen gegenüber den Anderen, wenn es denen schlecht geht. Dazu stehen wir.

Eines noch. Ein Land mit acht Millionen Einwohnern unter Schilling, das werden Sie mir zugestehen. Im Vergleich Eurozone, 17 Länder, 327 Millionen Einwohner. Na was ist

stabiler bitte? Der Schilling mit acht Millionen oder eine Eurozone mit 327 Millionen Einwohnern?

Das bedeutet, wir können gar nicht mehr umkehren. Es wäre fatal, nicht nur gesellschaftspolitisch, vor allem wirtschaftspolitisch. Daher sagen wir Ja zu dieser Wertegemeinschaft. Ja zur Solidargemeinschaft. Und Ja zu diesem stabilen Euro. Auch in Zukunft. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächster Redner hat sich Herr Landtagsabgeordneter Manfred Kölly zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! So unauffällig ist ja der Landtag heute nicht, dass wir gesagt hätten, wir halten ihn gar nicht ab. Es ist sehr interessant zuzuhören. Ich denke, dieser Dringlichkeitsantrag ist sehr interessant.

Ich kann vielem, was hier drinnen steht, abgewinnen. Aber dass sich der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter herstellt und sagt, wir sind für die EU im Großen und Ganzen, und wir haben halt einen Antrag unterschrieben, mit der SPÖ, wo wir schauen, dass wir die Grenzen dichtmachen. Das wundert mich, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Das ist ein Antrag der SPÖ mit der ÖVP und abgestimmt wurde genauso. Oder bin ich am falschen Dampfer hier herinnen? Also seid mir bitte nicht böse.

Ich will noch eines sagen. Und an die ÖVP gerichtet, an den Klubobmann Strommer, er geht gerade hinaus. Es muss auch jemand sein, wenn der Illedits sagt, wir springen in den Brunnen, und der Illedits sagt, warte, ich hole mir einen Kaffee und der Rudi ist schon im Brunnen drinnen. Also denkt mal ein bisschen nach. Auch in nächster Zeit, auch bei den Abänderungsanträgen, bei den Anträgen, was tatsächlich passiert.

Diese Sachen kennen wir jetzt schon zu genüge. Wir brauchen das nicht hier im Hohen Haus, sondern wir sind für die Menschen in diesem Land und nicht für Parteipolitik und nicht für den Proporz und andere Dinge.

Aber ich komme auch zurück zu dieser Debatte, Dringlichkeitsantrag. Vieles ist da in diesem Dringlichkeitsantrag richtig, einiges, und das hat der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter sehr wohl auch gesagt, es gibt eine Medaille, die hat zwei Seiten. Gar keine Diskussion. Man kann es in diese eine Richtung betreiben oder in die andere Richtung.

Ich sage klipp und klar, wenn wir Griechenland diese Möglichkeit geben, mit Krediten und anderem mehr, dann muss auch ein Gutsteher da sein. Wenn Sie ein Haus bauen und auf die Bank gehen und einen Gutsteher brauchen, die Großmutter unterschreiben lassen müssen und andere Dinge mehr, dann gehört das Haus, der Bank, oder? Was gehört uns von Griechenland? Vielleicht doch eine Insel? Rhodos oder egal wie das heißt.

Vielleicht können wir auch einmal diese Idee haben in der EU. Aber die EU, dort sitzen ja Leute draußen, Lobbyisten, so wie der Herr Strasser, dem ist das egal, der verkauft noch seine Großmutter. Dem ist ja das völlig egal. Das sind genau die Dinge, wo ich sage, Ja zur EU, aber nicht in dieser Form.

Nicht mit diesen Leuten. Man sollte vernünftige, wirtschaftlich sachlich fundierte Leute hinaussetzen und dort klar und deutlich Signale setzen. Herr Kollege Illedits, Sie haben ganz einfach Ihr Klientel verraten.

Ich sage das nochmals mit der Deutlichkeit, weil es klar und deutlich herausgekommen ist, Sie haben Arbeitsplätze vernichtet.

Die Post, Sie waren bei der Post, was haben Sie daraus gemacht? Jetzt stehen Sie mit dem Partner da und sagen in der Zeitung hurra, super ist die ganze Geschichte.

Oder was könnten wir noch machen, wo wir noch mehr Arbeitsplätze leider Gottes verhaut haben?

Heute haben wir einige Anträge zur Diskussion gehabt, Herr Kollege Illedits. Ich will ein paar auflisten: *(Abg. Christian Illedits: Was habt Ihr gemacht? Ihr habt 500.000 Arbeitslose gehabt.)*

Der Herr Landesrat Rezar sitzt da. Wir haben keine 80.000 Euro für Zahnprophylaxe. *(Abg. Doris Prohaska: Na geh!)* Haben wir nicht, das wurde abgelehnt, wenn Sie sich erinnern können. Können wir uns leider nicht leisten.

Oder heute die Diskussion Kindergarten, Gruppeneinrichtung und dessen gleichen.

Können wir uns nicht leisten, aber nach Griechenland, Irland, Portugal, da schaufeln wir das Geld hin.

Und wenn Sie sagen, wir haben nur die Haftung, na Moment, meine sehr geehrten Damen und Herren. Brav hat Griechenland bis jetzt die Zinsen bezahlt, stimmt.

Jetzt stehen sie an und können gar nichts mehr machen. Das heißt, wir machen eine Umschuldung. Was heißt das dann?

Dann verlieren wir, dann müssen wir de facto bezahlen und der das anders sieht, der tut mir leid.

Ich sage das wirklich mit dieser Deutlichkeit. Dann muss ich mich fragen, in welcher Wirtschaft er lebt. Das ist so.

Oder wenn wir hergehen und Tourismus eine Ortstaxe jetzt einführen wollen, weil von der EU kein Geld mehr kommt, keine Förderung.

Haben Sie überhaupt schon verhandelt? Herr Illedits ist dort draußen der große Verhandler. Ich hoffe, dass er mit viel Geld von Gio Hahn nach Hause kommt, ich weiß ja nicht, ob das möglich ist.

Aber dann sollten wir erst uns überlegen, wenn wir kein Geld mehr bekommen von der EU, ob wir die Ortstaxe wirklich erhöhen. Das wäre das Wichtige, das würde Sinn machen.

Nicht hinausfliegen und dort Schmach führen und was der Teufel, das brauchen wird nicht.

Kommen Sie mit konkreten Beispielen! Welche Förderungen gibt es noch seitens der EU für Tourismus, für andere Dinge? Phasing Out-Phase ist vorbei.

Was können wir noch lukrieren? Das wären Aufgaben, die Sie eigentlich machen sollten.

Wenn ich heute denke, dass wir von Energie sprechen. Energie ist ja jetzt in aller Munde. Gott sei Dank ist es in aller Munde, denn Japan hat uns aufgezeigt oder Tschernobyl.

Wenn heute in der ÖVP gesagt wird, man hat jetzt der Niki Berlakovich, den ich schätze - das muss ich auch dazu sagen und er macht auch seine Arbeit, gar keine Diskussion -, ich bin überrascht gewesen, dass doch ein paar von der ÖVP hergehen und verteidigen und sagen, wir müssen das und das machen, er hat das und das erreicht.

Im Endeffekt hat er nichts erreicht, muss ich offen und ehrlich gestehen bei der Energieseite.

Auch hier gehört ein Lobbyismus in der Europäischen Union, aber nicht so, wie es der Strasser gemacht hat, sondern anderer Lobbyismus gehört da gemacht.

Oder nicht der Pouilly, der die Waffen verscheppert hat, bekommt noch - wie viel? - 340.000 oder 370.000 Euro, weil er ein paar Tage gesessen ist in dem „Tschumpas“... (*Zwischenruf aus den Reihen*) oder 450.000, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Genau das ist es und wir reden hier von einer Wirtschaftskrise anstatt dass wir das Kind beim Namen nennen.

Es ist eine Bankenkrise, denn eines ist klar: Die Banken haben gezockt, sind überall in den Ländern, die hier aufgezählt werden, Griechenland, Irland, überall sind sie unterwegs gewesen, haben unser Geld verspekuliert - ich sage das mit der Deutlichkeit. Und wie wird es weitergehen in den EU-Staaten, in den Ostblockstaaten? Seid Ihr Euch sicher, dass das alles da unten so florieren wird?

Ich denke nicht, daher noch einmal: Einige Punkte sind sehr wichtig, dass man sie diskutiert bei diesem Antrag, es sind einige Dinge, wo ich nichts abgewinnen kann, weil wenn ich wirklich aussteige aus der EU, was macht das für Sinn, gibt es sicher Schwierigkeiten.

Aber das gehört auch einmal gesagt, das gehört diskutiert keine Frage und ich brauche auch nicht mit Schilling, aber zurück zur Euro-Umstellung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich früher ins Gasthaus mit 100 Schilling gegangen bin, habe ich drei Runden ausgeben können. Mit zehn Euro kann ich jetzt nicht einmal einen Kaffee, einen Spritzer und noch einen Kaffee trinken. Das muss man einmal klar sagen.

Ist der Gehalt um das gestiegen? Sicherlich nicht mehr, sehr geehrten Damen und Herren!

Dass wir im Burgenland das niedrigste Lohnniveau haben, das wissen wir auch alle, und dass wir die größte Armut im Südburgenland haben, das wissen wir auch alle, und dass es den Gemeinden nicht sehr gut geht, wissen wir auch alle, Herr Kollege Radakovits.

Dafür frage ich mich: Da stellt sich ein Mensch her und sagt, das ist alles ein Wahnsinn, was wir da - jetzt fordert er noch was. Diskutieren will ich es und noch einmal diskutieren.

Vielleicht finden wir ein Loch, wo wir das wirklich finanzieren können, und wenn wir uns da finden im Bund oben, wo wir klar und deutlich sagen können, ja, wir unterstützen auch Griechenland unter der Voraussetzung, dass ich abgesichert bin, die Möglichkeit besteht, dann habe ich ein Kulturdenkmal dort unten, was uns gehört solange es nicht zurückbezahlt ist. (*Heiterkeit in den Reihen*)

Ist das so ein schlechter Vorschlag? Da lacht man darüber, Herr Kollege, aber das ist so.

Es ist nichts anderes wie wenn ich einen Kredit von der Bank aufnehme, muss ich auch eine Pfändung machen, muss ich meinen Gehalt verpfänden, meine Großmutter muss unterschreiben und alle anderen auch noch.

So ist es und dort soll es das Gleiche sein.

Ich denke, diese „Abzockerei“ muss sich in diesem Land aufhören. Da könnten wir uns viel ersparen, wenn die Energiepreise wesentlich günstiger wären.

Ich sehe da in der Wirtschaft Autofahrer zahlen heuer rund 1,2 Milliarden mehr an Steuern. Die Finanzministerin jetzt, die freut sich natürlich, und wir reden immer Pendler unterstützen und das und jenes. *(Abg. Christin Illedits: Hast Du schon den Antrag gemacht fürs ...)*

Nein, wir haben nur von den Pendlern gesprochen und von der Pendlerpauschale. Es gehört was anderes eingebracht. Zehn Prozent weniger an Steuern an die Finanzministerin oder ans Finanzamt, dann könnten wir auch dementsprechend die Pendler unterstützen.

Das sind Dinge, die auch hier zu diesem Dringlichkeitsantrag dazugehören, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich noch einmal hergehe und sage, Oberwart verzichtet auf 3,5 Millionen Euro, ist ja auch interessant, 4,3. Da können wir verzichten, okay, soll so sein.

Auf der anderen Seite kratzen wir irgendwo alles zusammen, dass wir einen Kindergarten unterstützen können. Das sind ja Gelder.

Oder, Herr Kollege Illedits, die ÖBB. Morgen haben wir eine Diskussion, eine Podiumsdiskussion in Friedberg oder Oberwart, ob wir die Bahn einstellen oder nicht.

Die ÖBB hat, glaube ich, irgendwas verschwitzt.

Oder die Post oder die ASFINAG oder der Flughafen.

Das sind Dinge, wo wir Geld lukrieren könnten, wenn man besser kontrolliert und besser aufpassen könnte.

Ich glaube, das sind so Dinge, die sehr wohl diskutiert gehören und nicht immer schönreden.

Der Kollege Illedits stellt sich hinaus und sagt, es ist alles wunderbar.

Ich sage, es ist vieles in Ordnung, es ist vieles gut gelaufen für das Burgenland, das muss man offen und ehrlich sagen, stehe dazu.

Aber es gibt viele Dinge, die wir leider kritisch hinterfragen müssen und auch Ansätze finden, dass man etwas ändert.

Zudem soll man stehen und nicht immer alles schönreden, was Rot gesagt hat und Blau einmal gemacht hat, ist alles schlecht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich das aufrechne, dann darf ich gar nicht hier herinnen stehen, das sage ich Euch auch gleich.

Das Land Burgenland hat massive Probleme noch immer. Das wissen wir mit der Bank Burgenland. Wir wissen auch andere Dinge, wo das Land massive Probleme hat.

Kärnten hat seine Probleme, Niederösterreich hat seine Probleme, dort haben sie die Wohnbauförderungen komplett zusammengestrichen, und so fort.

Das sind so Dinge, die muss man schon sagen. Und nicht alles, was SPÖ sagt, ist gut und nicht alles, was ÖVP oder FPÖ sagt, sondern schauen wir, dass wir das Vernünftigste für unser Land herausholen können.

Daher sage ich, dieser Dringlichkeitsantrag war wichtig zur Diskussion.

Schauen wir, dass wir die Bundesregierung wirklich dazu bringen, dass sie vernünftige Lösungen findet.

Wenn sie das nicht können, dann müssen sie sich leider „vertschüssen“ - ich sage das auch mit der Deutlichkeit.

Solange nicht klargestellt ist, dass Sicherheiten gegeben sind, von den Ländern, wo wir Geld hingeben oder wo wir die Haftung übernehmen, solange dürfen wir keinen Cent überweisen. Ich sage Euch das auch gleich bei aller Berechtigung, dass man über das diskutiert, soll man helfen, Solidarität, ist in Ordnung. Selbstverständlich ist Solidarität in Ordnung.

Aber wie weit geht man, um nicht unseren Leuten Schaden zuzufügen?

Daher bin ich der festen Überzeugung, dass wir solche Diskussionen brauchen.

Es ist ja sehr interessant, Herr Kollege Reimon, dass heute es doch interessant geworden ist, obwohl Du der Meinung warst, eh alles zum Schmeißen und die Populisten sind da nur am Werk.

Natürlich muss man irgendwas anstoßen, dass darüber diskutiert wird. Herr Kollege Pongratz! Ich würde... *(Abg. Gerhard Pongratz: Kratz Dich dort, wo es Dich beißt! – Heiterkeit in den Reihen)*

Herr Kollege Pongratz! Wenn man auf 4,3 Millionen verzichtet in der Gemeinde, die gehen mir gar nicht ab, als eine Antwort höre, dann beutelt es mich, muss ich ehrlich sagen. Das sind genau die Dinge.

Daher würde ich mich sehr ruhig verhalten und da nichts dazu sagen.

Wenn ich eines klarstellen noch darf: Die Glühbirne, die wir unbedingt mit dem Lobbyismus eingeführt haben, die sollen sie so schnell wie möglich abschaffen, weil das wäre sinnvoll für die Leute, dass man die Umwelt nicht belastet.

Ich glaube, dass die Diskussion ganz wichtig ist, dass wir in nächster Zeit vielleicht doch auf einen Nenner finden und nicht, Herr Klubobmann Strommer, in den Brunnen vorher hineinspringen bevor die anderen mitspringen. Danke schön!

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächster Redner hat sich Herr Landtagsabgeordneter Robert Hergovich zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu der gegenständlichen Debatte fällt mir eigentlich nur ein, dass ich durchaus froh bin, dass als Kärnten in extremen Schwierigkeiten war und die Liquidität des Landes nicht mehr gewährleistet war aufgrund der Situation der eigenen Hausbank, dann bin ich eigentlich froh, dass jene Parteien, die Regierungsverantwortung in Österreich tragen, nicht so populistisch agiert haben, ansonst hätten nämlich damals die Kärntnerinnen und Kärntner wirklich eine durchaus schwierige Situation durchleben müssen und die FPÖ oder zumindest jene Vertreter der FPÖ in Kärnten hätten das Land damals frontal an die Wand gefahren. *(Abg. Johann Tschürtz: Die Bank Burgenland habt Ihr schon vergessen.)*

Das ist schlecht und hier muss man den Österreicherinnen und Österreichern, auch den Burgenländerinnen und Burgenländern ein lautstarkes Dankeschön entrichten, dass sie damals Kärnten, die Bank Kärnten, gerettet haben. *(Abg. Johann Tschürtz: BAWAG!)*

Bedanken Sie sich bei den Steuerzahlern! *(Abg. Johann Tschürtz: ÖGB!)*

Bedanken Sie sich bei den Burgenländerinnen und Burgenländern, dass sie die FPÖ und Kärnten aufgefangen haben! *(Beifall bei der SPÖ)*

Zwei Worte zum Kollegen Kölly. Kölly sehr bekannt für seine Wortmeldungen.

Nicht alle können ihm immer folgen. Gebe durchaus zu, dass es auch sehr schwierig ist, (*Abg. Manfred Kölly: Da muss er noch viel lernen.*) aber ich denke, wenn Unwahrheiten hier gesagt werden, (*Abg. Manfred Kölly: Doch nicht Unwahrheiten!*) dann muss man das wirklich in das rechte Lot rücken.

Beispielsweise hat der Kollege Kölly wieder davon gesprochen, dass das Burgenland in Österreich das ärmste Land sei und... (*Abg. Manfred Kölly: Nein! Lohnniveau habe ich gesagt, oder?*)

Herr Kollege Kölly, Sie werden ja wissen, was sie vor drei Minuten geredet haben? Ich hoffe zumindest, dass Sie wissen, was Sie vor drei Minuten geredet haben.

Sie widersprechen nicht nur der Situation im Burgenland, sondern auch der Statistik Austria, denn die Statistik Austria hat erst vor wenigen Wochen bekannt gegeben, dass das Burgenland einen sensationellen Aufholprozess hinter sich hat und wir immerhin an zweitbesten Stelle in ganz Österreich gelandet sind. Vom Schlusslicht in das Spitzenfeld.

Nehmen Sie das zur Kenntnis, hören Sie auf, dauernd das Burgenland, die Burgenländerinnen und Burgenländer schlechtzureden, Herr Kollege Kölly. (*Beifall bei der SPÖ*)

Nachdem sich die heutige Sitzung ihrem Ende zuneigt und wahrscheinlich nach mir nicht mehr sehr viele Redner zu Wort kommen, hätte ich mir eines erwartet von Ihnen, Herr Kollege Kölly.

Ich hätte erwartet von Ihnen, dass Sie heute hier die Gelegenheit benutzen um sich zu entschuldigen. (*Abg. Ilse Benkö: Hat er doch gemacht.*) Um sich zu entschuldigen bei jenen Burgenländerinnen und Burgenländern mit Handicaps, denn Sie sind auf einem Parkplatz gestanden und haben heute hier nicht den Mut gefunden, eine kräftige und lautstarke Entschuldigung zu formulieren.

Das ist sehr schade. (*Abg. Manfred Kölly: Liest Du keine Medien?*) Sie haben hier großartig aufgesagt, aber nicht von Ihrem Fehlverhalten gesprochen. Das ist sehr schade, (*Abg. Manfred Kölly: Ich habe mich entschuldigt, falls Du das nicht weißt.*) das ist sozusagen eines Politikers hier im Hohen Hause nicht würdig. Herzlichen Dank! (*Beifall bei der SPÖ*)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächster Redner hat sich Herr Landeshauptmann Hans Niessl zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich denke, dass die Wahrheit, wie so oft, in der Mitte liegt. (*Abg. Manfred Kölly: Ja, genau! Hör zu, Hergovich! – Abg. Robert Hergovich: Was ist, Kölly?*)

Es gibt auf die einen Seite glühende Europabefürworter, auf der anderen Seite sehr kritische Stimmen.

Dass man an Europa einiges kritisieren kann und auch kritisieren muss, ist für mich klar und das mache ich auch schon viele Jahre.

Es stellt sich gerade jetzt heraus, dass jene Kritik, die ich angebracht habe mit dem großen Erweiterungsschritt der Europäischen Union, mit dem Wegfall der Schengen-Grenze und Reduzierung der Polizei, die Kritik richtig war.

Dass sich offensichtlich manche Staaten in den Euro geschwindelt haben, stellt sich mittlerweile auch heraus, ohne dass es die entsprechenden Konsequenzen gegeben hat und wer sich irgendwo hineinschwindelt, der sollte auch ein kleines Problem bekommen und das sollte nicht sanktionsfrei erfolgen, denn Manipulationen sind aus meiner Sicht in allen Bereichen in entsprechender Form auch abzulehnen.

Deswegen habe ich einen sehr differenzierten Zugang, nämlich das auch hervorzuheben was positiv ist.

Dass sich das Burgenland durch den Beitritt gut entwickelt hat, dass sich die Exporte - das ist die objektive Statistik - sehr, sehr gut entwickelt haben, dass Arbeitsplätze entstanden sind.

Wenn wir 15 Jahre zurückschauen, dann stimmt das, was Sie heute sagen, dass wir damals wirklich das niedrigste Einkommen im Burgenland aller österreichischen Bundesländer gehabt haben.

Der Rechnungshof, den wir alle sehr ernst nehmen, sagt heute, dass die Burgenländer das zweihöchste Einkommen aller Österreicher haben.

Das ist Faktum, darüber kann man nicht diskutieren, sondern das ist belegbar, weil die, die im Land arbeiten, sondern die, die im Land wohnen, die auch... (*Abg. Manfred Kölly: Mit den Pendlern dazugerechnet. Herr Landeshauptmann. Dass wir das auch richtigstellen.*) - natürlich sage ich natürlich - (*Abg. Manfred Kölly: Die im Burgenland arbeiten, haben das niedrigste Lohnniveau.*) das muss man wieder differenziert sehen, denn wenn ich das Lohnniveau, (*Abg. Christian Illedits in Richtung Abg. Manfred Kölly: Von den Burgenländern, von wem reden wir? – Abg. Manfred Kölly: Von der Post? – Abg. Ilse Benkö: Der Landeshauptmann ist am Wort. – Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) das reine Lohnniveau jeder, die im Burgenland arbeiten, in Relation zu den Lebenshaltungskosten stelle, die bei uns deutlich geringer sind als in anderen Bundesländern, also die realistische Berechnungsart ist, schaut es wieder anders aus.

Faktum ist: Unsere Leute sind so gut ausgebildet, so fleißig, dass sie auch in anderen Bundesländern ihre Frau und ihren Mann stellen und dass wir an zweiter Stelle sind und darauf sollten wir im Burgenland stolz sein, denn das ist eine tolle Entwicklung gewesen. (*Beifall bei der SPÖ*)

War nicht selbstverständlich, dass wir so gut durch die Krise gekommen sind.

Auch hier können wir uns mit den anderen Bundesländern ohne weiteres vergleichen.

Die Wirtschaft weniger eingebrochen ist, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch die Arbeitgeber in einem äußerst geringen Ausmaß von der Krise unmittelbar betroffen waren.

Dass wir im vergangenen Jahr Rekordbeschäftigung im Burgenland gehabt haben mit 95.300 Beschäftigten.

Das ist eine gemeinsame Leistung der Burgenländerinnen und Burgenländer.

Und wenn wir jetzt zu Griechenland kommen: Ja, da sage ich auch in nicht unkritischer Art und Weise - auch dort müssen die Hausaufgaben gemacht werden. Auch dort müssen die entsprechenden Schritte gesetzt werden, die in Österreich, im Burgenland und in vielen anderen Ländern gesetzt wurden. (*Zwischenruf des Abg. Manfred Kölly – Heiterkeit in den Reihen*)

Denn es kann eines natürlich nicht sein, dass die Geberländer niedrigere Sozialstandards haben als die Nehmerländer.

Also hier muss man schon auch im Pensionsbereich, im Sozialbereich selbst, die Hausaufgaben machen, damit dort auch entsprechende Standards sind und nicht bessere Standards sind als das bei uns in Österreich.

Ich sage auch eines ganz bewusst, es kann nicht sein, dass wir oder manche diskutieren, was ja eh wenige wollen, aber diskutieren, das Pensionsantrittsalter bei uns anzuheben und dort, wo die Gelder hinfließen, die gehen um 15 Jahre früher in Pension, das wird nicht der richtige Weg sein.

Da muss man natürlich schon schauen, dass diese Standards auch in entsprechender Form angehoben werden und dass die Privatisierungen, die bei uns erfolgt sind, auch dort zu erfolgen haben.

Da gibt es ein Privatisierungspotential von 50 Milliarden Euro und 50 Milliarden Euro an Einnahmen für Griechenland bei 300 Milliarden Euro Staatsschulden ist natürlich auch kein unwesentlicher Betrag.

Und auch dieses Potential gehört in entsprechender Form gehoben, dass man dann sagt, okay, damit wird sich die Wirtschaft gut entwickeln, damit können sie die Haftungen, die Schulden auch zurückzahlen.

Aber da muss schon ein großer Eigenbeitrag auch gemacht werden und den fordern sehr, sehr viele in der Europäischen Union, in Österreich und auch im Burgenland ein. *(Beifall bei der SPÖ)*

Ich glaube, dass die Balance richtig sein muss. Man soll nicht auf der einen Seite sagen, die sollen jetzt gar nichts kriegen und auf der anderen Seite sagen, die sollen weiter sehr, sehr viel bekommen.

Diese Balance, nämlich zu helfen zur Selbsthilfe und anleiten, dass dort sich die Wirtschaft entwickeln kann.

Mit diesen Bedingungen und Voraussetzungen, die ich kurz erwähnt habe und wo es noch viele Möglichkeiten gibt.

Ich glaube, dass ist der Weg, der in Europa gegangen werden muss.

Denn dieses gemeinsame Europa, dieser gemeinsame Markt ist natürlich für alle eine entsprechende Chance und selbstverständlich müssen wir uns darauf einstellen, dass wir nach dem Jahr 2013 auch wieder gute Förderungen bekommen, dass wir entsprechende Verhandlungen führen, dass wir gute Rahmenbedingungen haben, um Wirtschaftsförderung zu machen, um Arbeitsplätze im Land zu haben.

Wenn immer wieder gesagt wird, den Gemeinden geht es schlecht, all das, was die Gemeinden weniger bekommen, bekommt in Summe das Land Burgenland weniger.

Das ist ja unsere Herausforderung, dass nicht nur die Gemeinden weniger Geld bekommen.

Wenn das Land mehr bekäme, wäre es ja relativ einfach, dass man sagt, man macht einen internen Finanzausgleich vom Land zu den Gemeinden. Das ist aber nicht der Fall, sondern die Gemeinden bekommen deutlich weniger Geld.

Es ist ja jetzt wieder gestiegen, muss man auch objektiverweise dazu sagen.

Alles, was die Gemeinden weniger bekommen haben, hat in Summe auch das Land Burgenland weniger bekommen.

Deswegen sind wir auch von Seiten des Landes ständig gefordert zu sagen, wie können wir die Effizienz steigern, wie könne wir schauen, dass wir Doppelgleisigkeiten

nützen, dass wir die Doppelgleisigkeiten abbauen, dass wir vielleicht den einen oder anderen Speckgürtel, der sich angesammelt hat, reduzieren.

Das ist eine permanente Frage und das ist eine permanente Herausforderung. Und diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen.

Der, der keine Reformen macht, der, der nicht schaut, dass er besser wird, der wird in Zukunft das große Problem bekommen.

Also ich glaube, man muss nicht nur diskutieren, wie man das Geld verteilt. Das ist gestern gewesen!

Man wird bei den Wählern auch nicht punkten können als Größerer mit dem Bauchladen durch das Land zu gehen und zu sagen, wer will noch was haben, und wir machen das und das und das und das.

Das wird nicht die Zukunft sein! Wir haben Verantwortung auch für die nächsten Generationen.

Wir müssen schauen, dass die vorhandenen Mittel ordentlich eingesetzt werden.

Wir müssen schauen, dass unsere Strukturen passen, denn nur wenn wir gute Strukturen haben, wird das Land auch eine gute Zukunft haben. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Ich lasse daher über den Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Verhinderung einer europäischen Transferunion, Zahl 20 - 137, Beilage 228, abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Dringlichkeitsantrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Dringlichkeitsantrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Verhinderung einer europäischen Transferunion, Zahl 20 - 137, Beilage 228, ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 30. Juni 2011, vorgesehen ist.

Außerdem wird an diesem Tag eine 2. Sitzung, nämlich die Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, stattfinden.

Weiters möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz um 16.00 Uhr stattfindet.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n .

Schluss der Sitzung: 15 Uhr 51 Minuten